

- Zusammenleben
- Zusammenhalten
- **Integration  
gestalten**



## **„Integrationskonzept der Landeshauptstadt Magdeburg ab 2021“**

### **„Lebenslagen von Menschen mit Migrationshintergrund in Magdeburg“**

Eine qualitative Studie der Hochschule Magdeburg-Stendal im  
Auftrag der Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und  
Gesundheitsplanung

Reihe Magdeburg – sozial (Band 66)

Reihe Magdeburg – sozial Band 66  
Landeshauptstadt Magdeburg  
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit  
Herausgegeben von der Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung  
der Landeshauptstadt Magdeburg

Magdeburg, 2019

Postanschrift: Landeshauptstadt Magdeburg  
Der Oberbürgermeister  
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit  
Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung  
39090 Magdeburg

Hausanschrift: Landeshauptstadt Magdeburg  
Der Oberbürgermeister  
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit  
Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung  
Wilhelm-Höpfner-Ring 4  
39116 Magdeburg

Der – auch auszugsweise – Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung und  
Quellenangabe gestattet.



# Lebenslagen von Menschen mit Migrationshintergrund in Magdeburg

Eine qualitative Studie auf Basis einer Analyse von Gruppendiskussionen mittels der  
Dokumentarischen Methode

Rahim Hajji, Maxi Hentschel, Marie Pforte, Lena Zintl

## Genderverweis

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit größtenteils die Sprachform des generischen Maskulinums angewendet. Es wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Verwendung der männlichen Form geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
Abkürzungsverzeichnis	4
1 Einleitung	6
2 Methodische Herangehensweise	8
2.1 Der qualitative Ansatz	8
2.2 Das Gruppendiskussionsverfahren	8
2.3 Die dokumentarische Methode	12
3 Spracherwerb	13
3.1 Ergebnisse der Gruppendiskussion	13
3.2 Handlungsempfehlungen	22
4 Arbeitsmarktintegration und berufliche Qualifizierung	24
4.1 Ergebnisse der Gruppendiskussionen	24
4.2 Handlungsempfehlungen	34
5 Gesellschaftliche Teilhabe von Migranten und Geflüchteten	36
5.1 Ergebnisse der Gruppendiskussion	36
5.2 Handlungsempfehlungen	47
6 Deutsche Staatsbürgerschaft	49
6.1 Ergebnisse der Gruppendiskussion	49
6.2 Handlungsempfehlungen	59
7 Willkommenskultur, Diskriminierung und Antisemitismus	63
7.1 Ergebnisse der Gruppendiskussion	63
7.2 Handlungsempfehlungen	75
8 Nachbarschaftliche Integration	78
8.1 Ergebnisse der Gruppendiskussion	78
8.2 Handlungsempfehlungen	85
Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen	88
Literaturverzeichnis	93

## Abkürzungsverzeichnis

AufenthG	- Aufenthaltsgesetz
AGSA	- Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt
AZR	- Ausländerzentralregister
BA	- Bundesagentur für Arbeit
BaföG	- Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAFzA	- Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben
BAGIV	- Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände
BAMF	- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BeschV	- Beschäftigungsverordnung
BFD	- Bundesfreiwilligendienst
BFDG	- Gesetz über den Bundesfreiwilligendienst
BFDmF	- Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug
BMAS	- Bundesministeriums für Arbeit und Soziales
BMBF	- Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMI	- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
BMFSFJ	- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BQFG	- Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz
BVFB	- Bundesvertriebenengesetz
bpb	- Bundesamt für politische Bildung
DAA	- Deutsche Angestellten-Akademie
DESTATIS	- Statistisches Bundesamt
DZA	- Deutsches Zentrum für Altersfragen
ebg	- Europäisches Bildungswerk für Beruf und Gesellschaft

ESF	- Europäischer Sozialfond
EU	- Europäische Union
EWR	- Europäischer Wirtschaftsraum
IAB	- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IBP	- Institut für Berufspädagogik
ICT	- Intra-Corporate Transfer/ Unternehmensinterner Transfer
IQ	- Netzwerk Integration durch Qualifizierung
LAMSA	- Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V.
METOP	- Mensch-Technik-Organisation-Planung
MSO	- Migrantenselbstorganisation
StAG	- Staatsangehörigkeitsgesetz
SV	- Sozialversicherungspflichtig

## 1 Einleitung

Die vorliegende Studie mit dem Titel „Lebenslagen von Menschen mit Migrationshintergrund in Magdeburg - Eine qualitative Studie auf Basis einer Analyse von Gruppendiskussionen mittels der Dokumentarischen Methode“ möchte einen Einblick in die Lebensverhältnisse von Menschen mit Migrationshintergrund bieten. Es ist keine quantitative, sondern eine qualitative Studie und beansprucht vor diesem Hintergrund keine Generalisierung der Ergebnisse. Gleichwohl zeigt die Studie Verbesserungsmöglichkeiten im Handlungsbereich der Integration auf.

Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungswerte der Menschen mit Migrationshintergrund, welche selbstverständlich nur eine Perspektive im Prozess der Integration darstellt. Es gilt in Zukunft sicher auch Menschen ohne Migrationshintergrund bei der Frage der Integration zu berücksichtigen. Denn Integration ist ein Prozess, der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund einschließt und die Makro-, Meso- und Mikro-Ebene einer Stadt berührt. Die Makroebene umfasst dabei die strukturellen Rahmenbedingungen (gesetzliche Grundlagen für die Bereiche Arbeit, Wohnen, Bildung etc.), die Mesoebene (Nachbarschaften, Vereine etc.) nimmt die Gemeinschaften und damit auch die kollektiven Beziehungen in den Blick und die Mikroebene die individuellen Chancen der Selbstverwirklichung auf der Makro-, Meso- und Mikroebene. Dabei ist die Frage zu klären, ob jeder Mensch, unabhängig seiner ethnischen, kulturellen und sozialen Herkunft die gleichen Chancen hat, um sich auf der Makro-, Meso- und Mikroebene zu entfalten. Der Grundgedanke einer integrativen Stadt ist es, dass Menschen unabhängig von der ethnischen, kulturellen oder sozialen Herkunft auf allen Ebenen relativ betrachtet gleich vertreten sind, da jeder die gleichen Chancen besitzen sollte.

Die Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung der Landeshauptstadt Magdeburg beauftragte die Autoren der Studie damit, die wahrgenommenen Zugangswege und Zugangsbarrieren in fünf verschiedenen integrationspolitischen Handlungsfeldern der Landeshauptstadt Magdeburg aus Sicht von Menschen mit Migrationshintergrund zu erheben



und auszuwerten. Zu den fünf Handlungsfeldern der Integrationsarbeit zählen folgende Bereiche:

1. Spracherwerb
2. Arbeitsmarktintegration und berufliche Qualifizierung
3. Gesellschaftliche Teilhabe und deutsche Staatsbürgerschaft
4. Willkommenskultur, Diskriminierung und Antisemitismus
5. Nachbarschaftliche Integration

Die fünf Handlungsbereiche ergeben sich aus dem Beschluss mit dem Titel „Integrationspolitische Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg“, die der Stadtrat am 21.02.2019 (DS0590/18) verabschiedet hat. Damit knüpft die vorliegende Studie an den Strategieprozess der Landeshauptstadt Magdeburg an, der durch Fachveranstaltungen mit Experten und ehrenamtlich Engagierten aus der Kommunalverwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft begleitet wird, um ein Integrationskonzept zu entwickeln. Zur Untersuchung der fünf Handlungsbereiche sind fünf verschiedene Gruppendiskussionen durchgeführt worden.

Die vorliegende Studie geht zu Beginn auf die methodische Herangehensweise ein. Anschließend werden die untersuchten Handlungsbereiche dargestellt durch die Betrachtung der Ergebnisse, welche aus der Auswertung der jeweiligen Gruppendiskussionen hervorgegangen sind und abschließend werden passende Handlungsempfehlungen ausformuliert. Die vorliegende Studie endet mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse und der Handlungsempfehlungen.

## 2 Methodische Herangehensweise

### 2.1 Der qualitative Ansatz

In der vorliegenden Studie wurde mit dem Gruppendiskussionsverfahren eine Methode der qualitativen Sozialforschung angewendet. Der qualitative Ansatz ist neben dem quantitativen Ansatz ein Teilgebiet der empirischen Sozialforschung und hat das Ziel, die soziale Wirklichkeit der Akteure zu rekonstruieren. Im Vordergrund der Dokumentarischen Methode steht das Bestreben, das handlungsleitende Alltagswissen des Individuums herauszuarbeiten, um das Handeln und Denken des oder der Einzelnen nachzuvollziehen. Eine Verallgemeinerung von Aussagen für große Personengruppen ist jedoch weitaus komplexer als in der quantitativen Sozialforschung (Reichertz, 2016, S. 64). Gegenüber dieser ergibt sich jedoch wiederum der Vorteil, dass keine objektivierten Aussagen anhand standardisierter Fragen getroffen werden müssen. Vielmehr kann durch die Offenheit qualitativer Forschung eine größere Nähe zu den Befragungspersonen erreicht und somit eine vielfältigere Anzahl von subjektiven Wahrnehmungen erhoben werden (Flick et al., 2017, S. 14ff). Für die durchgeführte Studie eignet sich in besonderer Weise eine qualitative Herangehensweise, da der Fokus auf den persönlichen Erfahrungen und Wahrnehmungen der Befragten liegt. Mithilfe quantitativer Fragen hätten zwar objektive Fakten erhoben werden können, durch das qualitative Studiendesign wurde den Teilnehmenden jedoch ermöglicht, individuelle und facettenreiche Erfahrungen zu teilen. Diese könnten nachfolgend in einer quantitativen Studie systematisch eingebunden und erhoben werden, um die Verbreitung der Erfahrungen zu messen.

### 2.2 Das Gruppendiskussionsverfahren

Das Gruppendiskussionsverfahren ist eine in der qualitativen Sozialforschung häufig verwendete Methode (Przyborski & Riegler, 2017). Da die Teilnehmenden miteinander interagieren, verschiedene Sichtweisen austauschen, sich ergänzen oder widersprechen ist es möglich, kollektive und individuelle Orientierungen zu erheben und auszuwerten. Dieses Verfahren eröffnet eine entspannte Atmosphäre und unterstützt die Redebereitschaft der Teilnehmenden, da es einem gewöhnlichen Alltagsgespräch ähnelt (Döring und Bortz, 2016, S. 379).

Im Vorfeld fand ein vorbereitendes Gespräch statt, welches die Teilnehmenden über den Hintergrund und den Zweck der Gruppendiskussion sowie über die thematische Ausgestaltung und die Rahmenbedingungen der Zusammenkunft aufklärte. Dabei erhielten sie unter anderem Informationen über den Auftraggeber der Studie, über Themen und Dauer der Diskussionen und wurden über die Anonymisierung der Gespräche in Kenntnis gesetzt. Die Teilnehmer der Gruppendiskussion

unterzeichneten abschließend eine Interviewvereinbarung, wodurch der Erhalt von wichtigen Informationen schriftlich bestätigt und über das Rücktrittsrecht informiert wurde.

Vorbereitend auf das Gruppeninterview wurde zudem ein Leitfaden erstellt. Darin sind mögliche Gesprächsanreize und Fragen vermerkt worden, auf welche die moderierende Person im Laufe der Diskussion flexibel zurückgreifen konnte (Vogl, 2014, S. 583). Im nachfolgenden Text werden die Leitfäden vorgestellt, welche im Rahmen der qualitativen Studie für die jeweiligen Gruppendiskussionen erarbeitet wurden.

Für die Gruppendiskussion zum Thema **Spracherwerb** werden im Folgenden die ausformulierten Fragen und Erzählaufforderungen bezüglich der Ursachen und Kontextbedingungen aufgelistet. Mit dem narrativen Erzählimpuls „Ich würde Sie bitten als erstes davon zu erzählen, wie es dazu kam, dass Sie das erste Mal die deutsche Sprache gelernt haben.“ beginnt die Gruppendiskussion. Des Weiteren werden die Gründe zum Erlernen der Sprache, die Lebensumstände der Personen sowie die Erlebnisse während der Deutschkurse bearbeitet. Auch Nachfragen zu den Beziehungen zu Lehrkräften und Mitschülern sind im Leitfaden aufgeführt. Der Erzählimpuls für den zweiten Themenbereich Kursinhalte und Materialien lautet „Können Sie sich noch an die Kursinhalte erinnern. Erzählen Sie von den Kursinhalten des Deutschsprachkurses und wie Sie dieses wahrgenommen haben und wie Sie damit umgegangen sind.“ Das darauffolgende Themengebiet Lernstrategien wird durch die Erzählaufforderung „Erzählen Sie bitte was Sie alles unternommen haben, um die deutsche Sprache zu lernen.“ eröffnet. Im Anschluss hieran wird das Thema Folgen mit dem Erzählimpuls „Erzählen Sie bitte auch davon, wie sich ihre Kenntnisse in der deutschen Sprache mit dem Deutschkurs entwickelt haben und was Sie alles im Deutschkurs gelernt haben.“ eingeleitet. Der letzte Abschnitt des Leitfadens zum Thema Spracherwerb dient der Bilanzierung. Die Teilnehmenden können hierfür den Deutschkurs bewerten, Verbesserungsvorschläge äußern oder Visionen für ideale Lernumstände formulieren.

Die Gruppendiskussion **Arbeitsmarktintegration** beginnt mit dem Erzählimpuls zum Thema Vorbedingungen, berufliche Qualifizierung und Ausbildung. Dieser lautet „Erzählen Sie bitte als erstes wo und welchen Beruf Sie gelernt haben.“ Bezüglich der Ursachen und Kontextbedingungen werden Fragen gestellt, welche sich an den ersten Gedanken an das Arbeiten in Magdeburg orientieren und auch die Anlässe sowie die zu dieser Zeit herrschenden Lebensbedingungen der Befragten einbeziehen. Es folgen Erzählimpulse zu den Strategien und Auswirkungen der Arbeitssuche und zu den Arbeitserfahrungen. Am Ende des Leitfadenabschnittes steht die Bilanzierungsfrage „Was ist aus Ihrer Sicht nötig, damit man eine gute Arbeitsstelle in Magdeburg findet?“ Im Anschluss werden berufliche Qualifizierungsmaßnahmen thematisiert. Zum Ende der Diskussionspassage wird den Teilnehmenden Raum für Ergänzungen gegeben, wodurch sie die Möglichkeit erhalten, Wünsche zu äußern. Anschließend wird die narrative Eingangsfrage „Können Sie sich erinnern, welche Rolle die

Arbeitsagentur bei Ihnen - als Sie eine Stelle gesucht haben - gespielt hat?“ gestellt. Darauf aufbauend werden die Kontextbedingungen abgefragt. Außerdem wird um eine Erläuterung gebeten, welche Angebote der Arbeitsagentur die Teilnehmenden genutzt haben und wie sie diese bewerten. Beendet wird der Themenkomplex durch die Bilanzierungsfrage „Was müsste aus Ihrer Sicht getan werden, damit die Arbeitsagentur in Magdeburg noch besser Menschen ohne Arbeit auf den Arbeitsmarkt vorbereiten kann?“ Zum Ende der Diskussion hin bietet der Leitfaden nunmehr die Möglichkeit zu erfragen, welche Methoden, Strategien den Teilnehmenden besonders geholfen haben, eine Arbeitsstelle in Magdeburg zu suchen und zu finden.

Zu Beginn der Gruppendiskussion **gesellschaftliche Teilhabe** erfolgt eine Abfrage, wie sich die Diskussionsteilnehmer mit freiwilligen Engagement auskennen bzw. inwiefern sie selbst schon aktiv geworden sind. Es folgen Fragevorschläge, welche sich neben dem freiwilligen Engagement der Teilnehmenden, auch an den, zu diesem Zeitpunkt vorherrschenden Lebensbedingungen der betreffenden Personen orientieren. Generiert werden außerdem Narrative über die Methoden zur Findung eines geeigneten Engagements und konkreten Beispielen dazu. Die Fragestellung „Was müsste die Landeshauptstadt tun, um das gesellschaftliche, bürgerliche Engagement von Migranten weiter zu fördern?“ bildet den Abschluss dieses Themenkomplexes. Im zweiten Teil der Gruppendiskussion geht es um Narrative bezüglich der **deutschen Staatsbürgerschaft**. Hierfür werden die Teilnehmenden zu ihren ersten Gedanken an eine Beantragung der deutschen Staatsbürgerschaft befragt. Zudem kommen thematisch auch der Anlass zur Beantragung der Staatsbürgerschaft zur Sprache sowie die zu diesem Zeitpunkt existierenden Lebensbedingungen und konkrete Handlungen, welche zum Erlangen der Staatsbürgerschaft ausgeführt wurden. Abschließend folgen, wie in den vorangegangenen Themenkomplexen auch, die Fragen nach den Auswirkungen des Prozesses sowie nach den Wünschen an die Stadt Magdeburg, um Menschen mit Migrationshintergrund bei der Beantragung der Staatsbürgerschaft zu unterstützen.

Das erste Thema der fünften Gruppendiskussion **Willkommenskultur, Diskriminierung und Antisemitismus** wird durch den Erzählimpuls „Ich würde Sie bitten, von allen Erlebnissen zu erzählen, wo Sie in Magdeburg das Gefühl gehabt haben, willkommen bzw. angekommen zu sein.“ eingeleitet. In den Themenkomplexen Strategien und Folgen wird das Verhalten der Teilnehmenden in solchen Situationen sowie die Bewertung dieser erfragt. Zum Abschluss besteht die Möglichkeit die Befragten um eine Einschätzung zu beten, wie die Stadt Magdeburg ihrer Meinung nach zu einer Intensivierung der Willkommenskultur beitragen kann. Im zweiten Themenkomplex Diskriminierung sieht der Leitfaden zunächst vor, die Beteiligten nach Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihres Alters, Geschlechtes oder ihrer sexuellen Orientierungen zu erfragen. Im Folgenden können die Teilnehmenden zu konkreten Erlebnissen diesbezüglich sowie ihrem Umgang

damit und den möglichen Folgen ins Gespräch kommen. Als Bilanzierungsfrage fungiert der Impuls „Was müsste die Landeshauptstadt Magdeburg tun, damit Diskriminierung abgebaut wird?“ Der dritte Themenkomplex trägt den Titel Antisemitismus und umfasst Frageformulierungen zu bisher erlebten Antisemitismus, deren Anlässen, Entstehung sowie dem Umgang. Im dritten Themenkomplex konnten die Befragten ihre Erfahrungen mit Antisemitismus äußern und auch dabei bilanzieren, wie diesem entgegengetreten werden kann.

In der fünften Gruppendiskussion wird die **nachbarschaftliche Integration** in den Stadtteilen thematisiert. Die narrative Einstiegsfrage lautet „Ich würde Sie bitten, mir von allen Erlebnissen in Ihrer Nachbarschaft zu erzählen, die Kennzeichen für eine gute oder auch für eine schlechte Nachbarschaft sind.“ Zunächst sollen die Teilnehmenden sich über konkrete Kennzeichen austauschen, im Folgenden dann wie in den vergangenen Diskussionen den nachbarschaftlichen Erfahrungen sowie dessen Auswirkungen schildern. Für die Bilanzierung sollen die Befragten überlegen, was die Stadt Magdeburg tun kann, um die nachbarschaftliche Integration zu stärken. Im zweiten Abschnitt der Gruppendiskussion werden die Teilnehmenden darum gebeten, von Nachbarschaftsangeboten wie beispielsweise Quartiersmanagement, Nachbarschaftstreffs bzw. Kindergärten und Schulen zu berichten, die sie bereits genutzt haben. Im Folgenden sollen die Ursachen und Kontextbedingungen sowie die Bedeutung der Nutzung dieser Angebote besprochen werden. Die Bilanzierungsfrage lautet schließlich „Was müsste die Landeshauptstadt Magdeburg tun, um die Angebote in der Nachbarschaft bzw. den Stadtteilen zu verbessern?“ Es folgt der letzte Themenkomplex Konflikte, zu dessen Beginn die Befragten gebeten werden, von Konfliktsituationen in der Nachbarschaft zu berichten. Weitere, im Leitfaden vermerkte mögliche Nachfragen umfassen den Anlass sowie den Entstehungsort solcher Konflikte sowie die Auswirkungen auf sie und ihr Umfeld. Zur abschließenden Bilanzierung dient die Frage „Was müsste die Landeshauptstadt Magdeburg tun, damit Konfliktsituationen in der Nachbarschaft abgebaut werden bzw. nicht entstehen?“

Die im Leitfaden vermerkten Erzählimpulse stellen lediglich eine Orientierung für die moderierende Person dar. Ihr kommt eine gesonderte Rolle während der Gruppendiskussion zu. Nachdem sie eine Einführung gibt, sowie einen Gesprächsanreiz formuliert hat, soll sie eine selbstläufige Diskussion unter den Teilnehmenden initiieren. Die Voraussetzung hierfür ist jedoch eine zurückhaltende, offene und unvoreingenommene aber dennoch zielgerichtete moderierende Haltung. So soll ein vertrauens- und ebenso verständnisvolles Verhältnis zu den Diskussionsteilnehmern aufgebaut werden (Vogl, 2014, S. 584f). Trotz der Offenheit der moderierenden Person können die Gruppendynamik und das Phänomen der sozialen Erwünschtheit die unbefangene Äußerung von Gedanken hemmen. Zudem erfordert die hohe Teilnehmerzahl anders als bei Einzelinterviews mehr Spontanität und Flexibilität von der moderierenden Person und auch der zeitliche Aufwand bei der Durchführung sowie der Auswertung

ist größer. Doch gerade das Aufeinandertreffen verschiedenster Personen und damit auch Erfahrungen bietet in der folgenden Auswertung einen großen Vorteil des Gruppendiskussionsverfahrens (Döring und Bortz 2016, S. 379).

### 2.3 Die dokumentarische Methode

Zur Auswertung der geführten Gruppendiskussionen werden Techniken der dokumentarischen Methode angewendet, welche ein von Ralf Bohnsack entwickeltes und etabliertes Auswertungsverfahren ist (Nohl, 2009, S. 7). Die in der Gruppendiskussion bereits erhobenen kollektiven und individuellen Orientierungen, besteht aus Orientierungsschemata und Orientierungsrahmen, wobei die Orientierungsschemata das Wissen um die Anforderungen und normativen Erwartungen, denen die Teilnehmenden im Leben begegneten, darstellen und der Orientierungsrahmen die kollektiven bzw. individuellen Orientierungen sowie Sozialisationserfahrungen enthalten (Bohnsack 2012). Das zentrale Ziel der dokumentarischen Methode stellt demnach dar, herauszufinden, „was wie“ erzählt wird und welche der verschiedensten Äußerungen sich zu Orientierungen zusammenfassen lassen (Kleemann et al. 2013, 154ff).

Hierbei folgt der dokumentarische Ansatz einer strukturierten Vorgehensweise. Mit Hilfe der formulierenden Interpretation wird der immanente Gehalt der Aussagen ermittelt. Diese werden thematisch geordnet und ihr wörtlicher Gehalt objektiviert ohne den Sinngehalt zu verändern. Während der nun folgenden reflektierenden Interpretation werden die Ausführungen mit Hilfe des Begriffsinventars zur Diskursanalyse (Przyborski, 2004) ausgewertet. Jede Erzählpassage ist demnach unterteilt in eine Eröffnung, eine Fortführung sowie einen Abschluss. Die Eröffnung erfolgt in Form einer Proposition, es wird ein neuer Orientierungsgehalt aufgeworfen. Während der Fortführung wird diese Orientierung durch Elaborationen, Exemplifizierungen, Differenzierungen und Validierungen konkreter ausgestaltet. Besonders durch Antithesen, Oppositionen und Synthesen können die Standpunkte anderer Diskussionsteilnehmender zu einer getätigten Proposition sichtbar werden. Beendet wird eine thematische Erzählpassage durch eine Konklusion, thematischer oder ritueller Natur. Mit Hilfe der gewonnenen Kategorisierungen von Aussagen ist eine Typenbildung bezüglich der Orientierungen der Gruppe möglich und die herausgearbeiteten Typen können auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede geprüft werden (Przyborski, 2004, S. 176ff).

## 3 Spracherwerb

### 3.1 Ergebnisse der Gruppendiskussion

An der Gruppendiskussion beteiligten sich acht Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan. Unter den Teilnehmenden befinden sich sowohl Männer als auch Frauen. Die Ergebnisse werden im Folgenden unter Berücksichtigung der methodischen Herangehensweise beim Lernen der Sprache, der Darstellung von positiven und negativen Erfahrungen beim Besuch der Sprachkurse und unter Berücksichtigung der Verbesserungsvorschläge der Befragungspersonen skizziert.

#### 3.1.1 Methoden des Sprachelernens

Die von allen Teilnehmenden am häufigsten angesprochene Methode zum Lernen der deutschen Sprache ist der Kontakt mit Deutschen. In verschiedensten Kontexten steht hierbei der lockere Austausch im Vordergrund für die Befragungspersonen. Die Diskussionsteilnehmer berichten von Sprachcafés und Tandem-Programmen, wo im Alltag Freundschaften entstehen und durch den Kontakt die deutsche Sprache verbessert werden kann. Befragungsperson 1 propositioniert „Dort habe ich meine Sprachkenntnisse verbessert, also durch Kontakt letztendlich unter dem Strich [...]“. Somit verdeutlicht er seinen Orientierungsrahmen in Form der positiven Sprachlernerfahrung durch den Kontakt zu Deutschsprachigen.

Auch die Arbeit in der Freiwilligenagentur gilt als Methode zum Spracherwerb, wenngleich diese nur ein Nebenprodukt des ehrenamtlichen Engagements darstellt. Der regelmäßige Kontakt zu Deutschsprechenden im Alltag bringt die Möglichkeit der stetigen Verbesserung außerhalb eines schulischen Kontextes mit sich. Die Befragungsperson 4 propositioniert hierzu „Ich kann nicht zuhause nur [lernen]. Ich brauche Kontakt mit deutschen Leuten [...]“. Ihre Erfahrungen verdichten sich zu einem weiteren Orientierungsrahmen, welcher dem der ersten zitierten Befragungsperson ähnelt. Sie fügt der positiven Lernerfahrung durch Kontakt jedoch noch einen negativen Gegenhorizont hinzu, indem sie berichtet, dass das Lernen allein zu Hause nicht die gewünschten Erfolge mit sich bringt.

Weiteren Befragten scheint das Sprachcafé als Lernmethode bekannt zu sein. Die Orientierungsrahmen hierzu gehen jedoch bei den einzelnen Diskussionsteilnehmern auseinander. So vermutet die Befragungsperson 4 „in Magdeburg gibt es nicht.“ Während die Befragungsperson 2 differenziert, er wisse, „dass es ein Sprachcafé dort gibt [...]“. Ob solch spezielle Angebote wie ein Sprachcafé von den Migranten genutzt werden, hängt demnach von den individuellen Orientierungsrahmen ab.

Doch auch die allgemeinen Integrationskurse stellen ein häufig genutztes Angebot dar. Wie Befragungsperson 1 propositioniert, hat er „die C1 Prüfung abgelegt und [braucht] kein[en] Deutschkurs mehr.“ Hier wird ein Orientierungsschema deutlich, demnach betrachtet er das zertifizierte Absolvieren der Sprachkurse als eingeschränkt relevant für sich. Die Befragungsperson elaboriert weiter, er „brauche die Sprache“ und stellt hiermit zum einen die sprachlichen Anforderungen dar und zum anderen sein Bedürfnis die deutsche Sprache im Alltag im Kontakt mit Deutschsprachigen zu festigen.

Zum Inhalt der Integrationskurse äußern sich die Teilnehmer der Diskussion vielfältig. Die Befragungsperson 1 beschreibt den Ablauf einer Unterrichtsstunde mit „[der Lehrer] fängt an mit dem Buch, mit Grammatik oder lesen [...]. Das dauert voll viel, also die Integrationskurs dauert ungefähr 4 Stunden.“ Das Orientierungsschema der Zitierten kommt mit der Dauer des Integrationskurses von 4 Stunden pro Tag zum Ausdruck. Ihr Orientierungsrahmen in Bezug auf dieses Schema äußert sich in der subjektiven Bewertung der Zeit und der Methodik. Der Inhalt der Unterrichtsstunde veranlasst die Befragungsperson, deren Dauer als zu lang wahrzunehmen und auch als zu sehr durch Grammatikübungen dominiert. Dass „[...] ein- oder zweimal pro Woche [...] hören oder ein Kursvideo [...]“ geschaut wird, elaboriert die Befragungsperson 8 und konkludiert in Form eines positiven Gegenhorizontes „Das finde ich zu wenig. Wir sollen mehr Video und Text hören.“ Damit werden offensichtlich das gesprochene Wort und das Hören als bedeutsamer für den Deutschunterricht wahrgenommen als die Grammatikübungen.

Hausaufgaben sollen auf die Prüfungen vorbereiten, welche zum Abschluss des Kurses – zumeist in Form von Ankreuztests – absolviert werden müssen und bei Bestehen durch ein Zertifikat honoriert werden. Die Befragungsperson 1 propositioniert hierzu „wir [schreiben und reden nicht so viel] in der Prüfung. Wir nur kreuzen.“ In Zusammenhang mit den zuvor herausgestellten Orientierungsmustern der Diskussionsteilnehmer lässt sich ein weiterer Orientierungsrahmen feststellen. Die Befragungsperson elaboriert ihren persönlichen Bezug zu den Prüfungen und macht deutlich, dass sie gern eine alltagsnähere Form der Prüfung hätte. Hieraus spricht der Wunsch, einen Sprachkurs nicht nur formal zu bestehen, sondern durch dessen Beendigung auch auf die Alltagskommunikation vorbereitet zu sein.

Weitere bekannte Kurse sind Sprachkurse, welche auf ein Studium oder die auf einen Beruf vorbereiten sollen. Passend dazu propositioniert die Befragungsperson 2 „speziell Modul für Medizin.“ Die Spezialisierungen verdeutlichen individuelle Orientierungsrahmen der Diskussionsteilnehmer. Manche von ihnen streben ein Studium in Deutschland an und wiederum andere bringen Erfahrungen aus einer im Heimatland bereits ausgeübten Tätigkeit mit. Sie sind mit den Arbeitsanforderungen vertraut, dass für das Ausüben der beruflichen Tätigkeiten ein entsprechendes Sprachniveau



nachgewiesen werden muss. Anhand der vorhandenen Informationen sowie eigener Erfahrungen konkludiert die Befragungsperson 1 „B1, B2, mehr braucht man [zum Arbeiten] nicht. Und für ein Studium braucht man also den anderen Weg [...]“. Deutlich erkennbar ist hier der Orientierungsrahmen der Befragungsperson, denn er wertet die berufsbezogenen Sprachkurse auf B1- und B2- Niveau als Voraussetzung für die berufliche Integration.

Aus verschiedensten Gründen bilden sich Sprachlernende teilweise in Einzelarbeit weiter, was vornehmlich mit Hilfe von Medien getan wird. Als beliebte Methoden gelten das Lesen von deutschen Büchern sowie das Hören von Radio und das Schauen von Videos. Auch auf Internetplattformen werden offensichtlich zahlreiche Videokurse zum Erlernen der deutschen Sprache zur Verfügung gestellt. Die Befragungsperson 1 fasst seine Erfahrungen, die von vielen jungen Geflüchteten in der Gruppendiskussion geteilt werden, mit folgenden Worten zusammen: „Da habe ich mir über YouTube, über Internetportale, Internetseiten beschäftigt. Und dort habe ich gute Erfahrungen gemacht.“ Und verdeutlicht somit seinen bzw. einen scheinbar kollektiv getragenen Orientierungsrahmen, der durch eine aktive Bewältigung der sprachlichen Herausforderungen und durch die Nutzung von neuen Medien gekennzeichnet ist.

### 3.1.2 Barrieren und negative Erfahrungen

Von den Diskussionsteilnehmern wird ein großer Druck in Bezug auf ihre eigene Inklusion wahrgenommen, welcher besonders groß ist, wenn es keinen Fortschritt im Prozess des Lernens zu geben scheint. Seine negativen Gefühle elaboriert die Befragungsperson 2 „Ich war [...] zu Hause und ich kannte niemand und ich war immer im Stress mit der Inklusion, weil ich niemanden sprechen kann.“ Der Fortschritt im Spracherwerb stellt eine Anforderung, ein Orientierungsschema für die Befragungsperson dar. Er denkt, Ansprüchen von außen nicht gerecht werden zu können.

Die Befragungsperson 2 elaboriert, er „kenne viele Leute, die keine Lust [haben] zur Schule zu gehen, sondern sie wollen arbeiten.“ Einen Sprachkurs zu besuchen und hierfür den eigentlichen Wunsch, arbeiten zu gehen zurückzustellen, stellt für die Menschen mit Migrationshintergrund ein Orientierungsschema dar, da sich dies negativ auf die Teilnahmemotivation am Sprachkurs auswirken kann.

Für die Personen, welche jedoch einen Integrationskurs besuchen wollen, stellt ein fehlender Aufenthaltstitel einen Hinderungsgrund für die Teilnahme dar. Denn ohne eine Aufenthaltserlaubnis wird der Zugang dazu verwehrt. Die Befragungsperson 1 elaboriert dies im Modus einer Exemplifizierung mit den Worten „in einem Heim für elf Monate und [...] konnte [...] diese elf Monate nichts machen ohne Aufenthalt.“ Er eröffnet ein Orientierungsschema, welches die Vorgaben umfasst, ohne Aufenthaltsgenehmigung keine, vom BAMF geförderte Integrationskurse besuchen zu dürfen.

Die Erfahrung des Nichtstuns stellt aus der Sicht der Befragungsperson eine Belastung dar und gleichzeitig drückt sich darin der Wunsch nach Lern- und Handlungsmöglichkeiten aus.

Diskussionsteilnehmer, welche tatsächlich an einem Integrationskurs teilnehmen können, empfinden die Teilnehmerzahlen von bis zu 30 Personen als zu hoch und hinderlich für den Lernerfolg. Das Orientierungsschema der zu hohen Teilnehmerzahlen propositioniert die Befragungsperson 1 wie folgt: „Im Kurs war so viel Leute. Wir waren fünfundzwanzig Personen und wir konnten einander nicht immer hören.“ Befragungsperson 5 validiert diese Aussage mit den Worten „[...] wir sind dreißig und [...man kann mit] dreißig schreiben, aber sprechen [...] nicht so gut.“ Er verdeutlicht, dass es seiner Meinung nach möglich ist, vielen Personen die deutsche Sprache in Schrift beizubringen, aber nicht in Wort. Gleichzeitig äußert er den Wunsch die Sprachkurse mit einer kleineren Teilnehmerzahl zu besuchen, um mündliche Sprachfähigkeiten zu erlernen.

Dass die Teilnehmer des Sprachkurses zudem auch meistens dieselbe Sprache sprechen bzw. aus demselben Land stammen, hat zusätzlich eine negative Wirkung auf den Lerneffekt. Die Befragungsperson 2 propositioniert dies mit folgenden Worten: „wenn ich mit arabischen Leuten bin, dann werde ich nur arabisch sprechen und dann werde ich kein Deutsch sprechen.“ Diese Aussage bringt zum Ausdruck, dass sich die Befragungsperson eine ethnisch heterogene Zusammensetzung des Sprachkurses wünscht, damit die Sprachkursteilnehmer und er selbst die deutsche Sprache noch besser einüben können.

In Einstufungstests wird zwar das Niveau der Sprachkursteilnehmer bestimmt, die Diskussionsteilnehmer nehmen eine starke Durchmischung von Niveaus innerhalb eines Sprachkurses jedoch als negativ und wenig förderlich wahr. Hierzu elaboriert Befragungsperson 1 im Modus einer Exemplifizierung: „Also einer, der sechste Klasse hat und einer, der [...] Medizin studiert hat, können nicht miteinander die Sprache lernen.“ Er macht somit auf seine persönlichen Erfahrungen aufmerksam und verweist darauf, dass die Sprachkurse sowohl sprachlich als auch bildungsbezogen homogen zusammengesetzt werden sollte, damit zielgruppenspezifische Ansätze beim Lernen der deutschen Sprache sich entfalten können, um bessere Lernergebnisse zu erzielen.

Auch die Dauer der Integrationskurse wird von Befragungsperson 3 als zu lang bewertet und „zum Teil sind es halt nicht so gut ausgebildete Pädagogen oder Lehrer.“, was eine Anforderung von außen, also ein Orientierungsschema darstellt und gleichzeitig den Wunsch nach besseren Lehrkräften zum Ausdruck bringt. Die Materialien der Unterrichtsstunden bewerten zwei Diskussionsteilnehmer als „langweilig.“ Zur Methodik der Kurse propositioniert Befragungsperson 1: „Wir schreiben eben zu viel.“ Befragungsperson 1 differenziert auch: „wir [...] schreiben und reden [nicht] in der Prüfung. Wir nur kreuzen.“ Die Befragungsperson wünscht sich offensichtlich adäquate Sprachlernmöglichkeiten

und Sprachtests, die ihre schriftlichen und mündlichen Sprachfähigkeiten gleichermaßen fördern und testen. Die aktuellen Bedingungen spiegeln nicht das Bedürfnis nach nachhaltigen Lehrmethoden wieder. Diese müssten aus der Perspektive eher mündliche und schriftliche Sprachkompetenzen fördern und prüfen.

Eine große Barriere stellen zudem Zeiten mit Leerlauf und Wartezeiten dar, welche beispielsweise zwischen zwei Sprachkursen entstehen. So propositioniert die Befragungsperson 2 „Ich musste diese zwei Monate nur zu Hause sitzen und warten auf die Ergebnisse. Und es ist nicht erlaubt, dass ich einen anderen Kurs besuchen, ohne das alte Zertifikat. Und für zwei Monate kann ich nicht Deutsch sprechen oder [...] arbeiten.“ und elaboriert weiter „Es gibt keinen Vertrag für zwei Monate.“ Die negative Folge dieser beschäftigungslosen Phasen ist der fehlende Kontakt zu Deutschen und somit fehlende Übungsmöglichkeiten im Alltag. Die im vorherigen Kurs erworbenen Deutschkenntnisse werden verlernt und es kann kein optimaler Start in den Anschlusskurs erfolgen. Darüber hinaus nimmt diese Wartezeit den Diskussionsteilnehmern, aufgrund fehlender Qualifikationen die Möglichkeit zu arbeiten oder zu studieren.

Kinder stellen – gerade für sprachlernende Mütter – eine Herausforderung im deutschen Spracherwerb dar. In der geführten Gruppendiskussion propositioniert die Befragungsperson 6: „Ein kleines Kind ist halt öfter mal krank [...] dann fehlt natürlich dann die Woche Sprachkurs.“ Des Weiteren ist häufig der Verbleib der Kinder während der Sprachlernangebote nicht geklärt. Diese seien „nur sporadisch [...] mit Kinderbetreuung“ versorgt. Mütter befinden sich in einem Zwiespalt, auf der einen Seite sind sie damit konfrontiert die deutsche Sprache zu lernen und auf der anderen Seite fühlen sie sich für die Kinderbetreuung zuständig. In der Konsequenz bedeutet das, dass sie ihre Sprachlernbemühungen für die Kinderbetreuung gezwungenermaßen zurückzustellen.

Unsicherheiten und Angst bestehen bei den Diskussionsteilnehmern vereinzelt vor dem Kontakt mit Deutschen. Befragungsperson 6 propositioniert: „Das Problem ist tatsächlich, dass es auch schwierig ist, Kontakte zu finden.“ Die Befragungsperson 4 differenziert „Ich kenne viele Leute, die [...] kennen gut Grammatik [...] und haben keinen Kontakt und haben Angst vor Deutsch sprechen.“ Befragungsperson 1 konkludiert schließlich „Der Deutsche traut sich nicht an den Ausländer. Und der Ausländer genauso. Also jeder hat Angst...“ Die Aussagen machen deutlich, dass die Menschen mit Migrationshintergrund erschwerte Bedingungen haben und Unsicherheit verspüren, wenn sie Deutsch sprechen müssen. Außerdem gestaltet sich die Suche nach Kontakt zu Deutschen als sehr schwierig. Der Austausch mit Deutschen würde das Erlernen der Alltagssprache jedoch fördern.

### 3.1.3 Ressourcen und positive Erfahrungen

Alle Diskussionsteilnehmer sehen es als unverzichtbare Ressource an, „wenn man Deutsche kennt und mit denen spricht und Kontakt hat.“, so die Befragungsperson 6. Sie loben den Kontakt auf der Straße sowie Tandem-Programme und ziehen diese Kommunikationsformen dem schulischen Kontext vor. Hierzu propositioniert Befragungsperson 2, ihm nütze der „Kontakt von der Straße, von den Leuten.“ und elaboriert mit folgenden Worten seine Orientierung „Durch die Schule lernt man gar nichts.“ Er entwickelt somit einen positiven Gegenhorizont zu den schulischen Bedingungen, die er als nicht lernförderlich wahrnimmt. Angebotene Tandemprogramme ermöglichten es einem Teilnehmenden, „eine Freundin“ zu finden und sich mit ihr über „Kultur [und] Sprache“ auszutauschen. Der Orientierungsrahmen dieser Befragungsperson verdeutlicht, dass der Spracherwerb ein nebensächliches Ziel darstellt und für die Befragungsperson vielmehr die ganzheitliche Integration – auch auf emotionaler und kultureller Ebene – im Vordergrund steht.

Die Befragungsperson 4 verdeutlicht ihren Orientierungsrahmen mit Aussagen wie „Nur Integrationskurs ist nützlich.“ oder „Das hilft. Also das hilft für die Grundlagen.“ Den Diskussionsteilnehmern ist bekannt, dass der Kontakt zu Deutschen Erfolg beim Sprechen der Sprache mit sich bringt. Grammatik wird jedoch im schulischen Kontext bestmöglich vermittelt, was durch ihren Orientierungsrahmen verdeutlicht wird. Während des Integrationskurses hilft es den Teilnehmenden, Texte zu lesen, denn diese, so die Befragungsperson 1, seien „hilfreich, weil sie haben auch fremde Wörter, viele fremde Wörter.“ Diese Teilnehmenden scheinen durchaus bereit, Texte im Unterricht zu lesen, um neue Wörter zu lernen und damit die Sprache zu perfektionieren. Inhaltlich hilft es Teilnehmenden der Kurse, Worte aus den Themenbereichen „Gesellschaft im Leben, verkaufen, kaufen, fahren [...]“ zu lernen, so Befragungsperson 1. Es wird deutlich, dass der Spracherwerb gerade zu Anfang zur Alltagsbewältigung beiträgt.

Auch die berufsbezogenen Kurse werden gern in Anspruch genommen, da sie subjektiv den Einstieg in das – in der Heimat bereits ausgeübte – Berufsfeld erleichtern. Befragungsperson 2 schildert seine positiven Erfahrungen mit der Proposition „Durch diesen [Vorbereitungskurs für die Medizin] konnte ich so viel Deutsch sprechen.“

Mit dem Spracherwerb verbindet die Befragungsperson 2 die Möglichkeit „Arbeit [zu] finden, Freunde [zu] haben, gutes Leben [zu führen].“ und wie die Befragungsperson 3 konkludiert „mein Ziel zu schaffen, weil ich kann jetzt [...] studieren.“ Validiert werden diese Orientierungsrahmen durch die Befragungsperson 2, welche differenziert „Zuerst brauchte ich immer einen Dolmetscher. Jetzt kann ich alleine [zur Behörde, zum Jobcenter] gehen ohne Hilfe von jemand.“ Damit hebt die Befragungsperson 2 die Selbständigkeit hervor, die er durch das Lernen der Sprache gewonnen hat.

Einzelne Befragungspersonen äußern sich außerdem positiv zu den Reaktionen der Deutschen auf ihre Sprachversuche. Sie haben keine Angst davor Fehler in ihrer Aussprache zu machen, da die Deutschen sie auch mit Fehlern verstehen.

#### 3.1.4 Vorschläge und Wünsche

Zu den Wünschen der Diskussionsteilnehmer gehört, dass „nur 15 Teilnehmer in dem Kurs sind“ wie Befragungsperson 1 propositioniert, denn er elaboriert weiter „dann können diese 15 [...] mehr sprechen miteinander.“ Sich in der gemeinsamen Muttersprache statt auf Deutsch zu unterhalten, möchte eine Befragungsperson entgegenwirken. Befragungsperson 2 exemplifiziert hierzu „zum Beispiel fünf Leute aus arabische Länder, fünf aus europäische Länder, fünf aus Iran, aus Afghanistan.“ und konkludiert schließlich „In dieser Situation kann man nur Deutsch sprechen.“

Zusätzlich erachten die Diskussionsteilnehmer es als sinnvoll, die Einstufungstests vor den Kursen ernster zu nehmen und deren Ergebnisse konsequenter umzusetzen. Befragungsperson 2 wirft hierzu einen positiven Gegenhorizont auf und propositioniert „Wenn ich mit den anderen Leuten, die im gleichen Niveau wären, dann wäre für mich schneller.“

Vehement gewünscht wurde von der Befragungsperson 1 „das Sprechen und Hören [während der Kurse].“ „Wir brauchen das Schreiben nicht [...]. Wir müssen zuerst mehr sprechen. Wenn man sprechen kann, dann kann später schreiben.“, wie Befragungsperson 1 elaboriert. Das gesprochene Wort zu verstehen oder selbst zu sprechen stellt für die Teilnehmer ein dringlicheres Bedürfnis für die sprachliche Integration dar, als zu Beginn des Sprachkurses die deutsche Sprache schreiben zu lernen.

Für die Prüfungen wünschen sich die Diskussionsteilnehmenden weniger Multiple Choice Tests sowie eine schnellere Auswertung der Ergebnisse, um den Lernfortschritt und auch die gesellschaftliche Integration in Arbeit und Ausbildung nicht zu verzögern. Hierzu propositioniert Befragungsperson 2 „Für mein B2-Zertifikat brauchte ich 57 Tage. Und ich musste diese zwei Monate nur zuhause sitzen und warten auf die Ergebnisse. Und es ist nicht erlaubt, dass ich einen anderen Kurs besuchen, ohne das alte Zertifikat.“ und konkludiert schließlich „zwei Monate kann ich nicht deutsch sprechen oder lernen.“ Er verdeutlicht den Orientierungsrahmen vieler Diskussionsteilnehmer, welcher besagt, dass verkürzte Wartezeiten nach den Prüfungen mit der Tatsache schneller Deutsch lernen zu können verbunden ist. Außerdem werden die gesellschaftliche Integration sowie die Arbeitsmarktintegration angetrieben.

Ein konkreter Vorschlag einer Befragungsperson ist es, Personen mit einer geringen Motivation für den Unterricht, das Erlernen der deutschen Sprache im alltäglichen Kontext am Arbeitsplatz zu ermöglichen. Hiermit konkretisiert die Befragungsperson 2 den Orientierungsrahmen vieler nach

Deutschland einwandernder Personen „Sie wollen arbeiten und Geld für ihren Lebensunterhalt verdienen.“

Befragungsperson 5 möchte, dass organisierte Treffen zwischen Personen verschiedenster Nationen zunehmen. Hierzu elaboriert er „die deutschen Leute zum Beispiel, sie haben Interesse in Technikbereich und die Ausländer und machen eine Veranstaltung [wo sie] zusammenkommen und sprechen [...] über ihr Interesse.“ Es sollen Möglichkeiten des beidseitigen Austauschs über Interessen und Hobbies geschaffen werden, wodurch in unbewusster Weise und lockerer Atmosphäre die deutsche Sprache verbessert werden kann.

Einen konkreten Wunsch an die deutschen Bürger propositioniert Befragungsperson 2, indem er erklärt „ich sage ihnen immer: ‚Bitte korrigieren Sie mich. Ich habe kein Problem.‘“ Und verdeutlicht somit seinen Wunsch nach Lernmöglichkeiten.

### 3.1.5 Einordnung der Gruppendiskussionsergebnisse

Bei der Analyse der Gruppendiskussion zeigt sich, dass bezüglich der Präferenzen zum Spracherwerb verschiedene Gruppen von Teilnehmern zu finden sind.

Für sprachlernende Mütter scheinen mehr die Rahmenbedingungen und weniger die Inhalte der Sprachkurse von Bedeutung zu sein. So kann bereits der Weg zum Sprachlernangebot ein Hinderungsgrund für die Teilnahme darstellen, wie eine Mutter (Befragungsperson 6) beschreibt „[...] das Wohnheim so weit außerhalb ist und [ich] nicht woanders wohnen darf.“ Hinzu kommt, dass die Mütter aufgrund fehlender Kindergartenplätze auf Sprachkurse mit Kinderbetreuung angewiesen sind, welche es zwar „[...] gab teilweise [...] [aber] natürlich nur sporadisch [...] [und] nicht so regelmäßig“, so Befragungsperson 6. Durch die verschiedenen Belange der Kinder sehen sich die Mütter häufig gezwungen, den Sprachlernangeboten fernzubleiben. So kommt es beispielsweise durch Krankheit eines Kindes dazu, dass „dann die Woche Sprachkurs“ fehlt, so die Befragungsperson 6. Mütter sind folglich auf Möglichkeiten des selbstständigen Lernens oder des Nachholens von versäumten Stunden angewiesen. Die Mütter, welche an der Gruppendiskussion teilnahmen, kamen aus dörfliche Strukturen außerhalb Magdeburgs. Ihre Bedürfnisse und Wünsche könnten auch für Mütter mit Migrationshintergrund stehen. Sie legen den Fokus generell eher auf andere Sprachlernangebote als auf Sprachkurse. Die Wünsche dieser Diskussionsteilnehmerinnen, wird durch folgende Proposition von Befragungsperson 6 verdeutlicht „Kontakte zu finden, [...die man regelmäßig treffen kann].“ Für sie gilt es als hilfreiche Sprachlern- und auch Integrationsmethode „Deutsche [zu kennen] und mit denen [zu sprechen] und Kontakt [zu haben].“, da ihnen durch diese Form des Lernens möglicherweise mehr Flexibilität im Umgang mit ihren Kindern ermöglicht wird, als bei herkömmlichen Sprachkursen.

Bei Müttern erscheinen ungezwungenere Sprachlernangebote wie Sprachcafés oder andere Treffs also beliebter und geeigneter.

Die zweite Gruppe unter den Diskussionsteilnehmern stellen Sprachlernende mit Studienwunsch bzw. bereits studierende Sprachlernende dar. Für diese Gruppe nimmt die Sprache eine bedeutende berufliche Rolle ein. So konkludiert Befragungsperson 3 „Sprache hilft mir, mein Ziel zu schaffen, weil ich kann jetzt an der Uni studieren. Und das war sehr wichtig für mich.“ Da die Sprachlernenden mit Studienwunsch auf berufliche Erfolge fokussiert sind, zeigen sie besonderen Ehrgeiz, durch vielfältige Methoden schnell ein hohes Niveau an Sprachfähigkeiten zu erreichen. Häufig investieren sie „acht Stunden oder neun Stunden“, so Befragungsperson 1, pro Tag, um zu Sprachkursen zu gehen. Diese sollen ihren Lernfortschritt jedoch nicht durch zu große Gruppengrößen, schlecht ausgebildete Lehrkräfte oder, wie mehrere Teilnehmende bestätigen „langweilige“ Materialien behindern. Um Grundlagen zu erlernen, nutzen die Diskussionsteilnehmer den Integrationskurs. Der somit erworbene B2 Abschluss stellt jedoch für viele nicht das Ende ihrer Verbesserung dar. So propositioniert Befragungsperson 1 zu diesem Orientierungsschema sie habe „die C1 Prüfung abgelegt und brauche keine[n] Deutschkurs mehr.“ Für sie sind kurze Wartezeiten zwischen den Sprachkursen sowie nach abgelegten Prüfungen von großer Wichtigkeit. Entstehende Verzögerungen beim Lernen der deutschen Sprache kommentiert Befragungsperson 5 mit folgenden Worten: „warten [...] und das [...] hilft mir nicht, weil ich bin zu Hause und ich kann die deutsche Sprache nicht sprechen. Und ich habe zu viel vergessen.“ Kurze Wartezeiten und Beschäftigungsmöglichkeiten empfinden die Diskussionsteilnehmer daher als hilfreich. Neben den offiziellen Sprachlernangeboten zeigt sich, dass die Sprachlernenden mit Studienwunsch bzw. Studierende auch große Teile ihrer Freizeit zum Verbessern ihrer Sprachkenntnisse investieren, darin drückt sich ein bildungsgeprägter Orientierungsrahmen aus. Hierzu dienen sowohl Videokurse, als auch Bücher, welche selbstständig bearbeitet werden. Die Diskussionsteilnehmer wünschen sich jedoch ebenso, wie Befragungsperson 4 propositioniert „Kontakt mit deutschen Leuten“ auch in Form von Veranstaltungen für Menschen unterschiedlicher Nationen mit ähnlichen Interessen. Auffällig bei Studierenden und Menschen mit Studienwunsch ist die große Bereitschaft, hohen Anforderungen gerecht werden zu wollen und hierfür vielfältige Methoden und Angebote zu nutzen.

Eine Befragungsperson 4 konkludiert in Bezug auf die Wünsche von arbeitssuchenden Sprachlernenden: „Ich kenne viele Leute, die keine Lust, Deutsch zu lernen oder keine Lust zur Schule zu gehen, sondern sie wollen arbeiten. Okay, man kann in der Arbeit sprechen.“ Sie sehen die Sprache vorrangig als Mittel, um Arbeit zu finden und wollen deshalb möglichst schnell berufsbezogene Sprachkenntnisse erwerben, was für sie nur bedingt mit schulischen Kursen realisierbar erscheint. Stattdessen berichtet Befragungsperson 2 von den Erfolgen beim Lernen der Sprache durch den

„Kontakt von der Straße, von den Leuten.“ und verweist auch auf Tandemprogramme. Sie wünschen sich zudem, Berührungspunkte zwischen Deutschen und Migranten durch gemeinsame Veranstaltungen abzubauen. Zusätzlich ist es den Diskussionsteilnehmern, so Befragungsperson 5, besonders wichtig, auch in den Sprachkursen „das Hören intensiver [zu] machen und das Sprechen“ um Kontakte zu möglichen Arbeitgeber leichter zu knüpfen.

### 3.2 Handlungsempfehlungen

Aufgrund der starken Heterogenität sprachlernender Menschen mit Migrationshintergrund in Magdeburg empfiehlt es sich, die Sprachlernangebote an diese anzupassen. So sollten die Veranstaltungsorte der Kurse gleichmäßig im Stadtgebiet verteilt werden und mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein. Auch die Zusammensetzung der Kurse sollte auf die unterschiedlichen Personengruppen abgestimmt sein und Nationalität, Alter, mögliche Elternschaft bzw. bereits vorhandene Qualifikationen noch genauer berücksichtigen. Hierzu zählen auch die Herkunftsländer sowie dort gesprochene Amtssprachen, diese sollten möglichst gemischt in den Sprachkursen vertreten sein. Da sich in der Gruppendiskussion herausstellte, dass eine große homogene Gruppe hinderlich für die Erfolge des Kurses sein kann, sollte die Gruppengröße auf 15 bis 20 Personen pro Kurs begrenzt werden.

Um die Durchführung der Sprachkurse möglichst ansprechend und effizient zu gestalten, sollten die Lehrkräfte durch Weiterbildungsmaßnahmen auf ihre kommende didaktische Tätigkeit vorbereitet werden. So kann auch die Qualität der Lehre geprüft und gesichert werden. Ebenso qualitätsverbessernd wirkt die Gestaltung der Unterrichtsmaterialien anhand alltagsrelevanter Thematiken wie gesundheitliche Versorgung, Hauswirtschaft oder Ausbildung. Da die Befragungspersonen mehrheitlich berichteten, die Sprache über gehörtes sowie gesprochenes Wort besser zu erlernen, bietet sich eine didaktische Fokussierung auf Hör- und Sprechübungen statt auf Schreib- oder Multiple Choice Aufgaben an. Auch die von den Diskussionsteilnehmern vielfach kritisierten langen Wartezeiten bei der Auswertung von Sprachtests sollten zugunsten nachfolgender Sprachkurse oder anderer Qualifizierungsangebote verkürzt werden. So ist es ratsam, die Auswertung der Tests effizienter zu gestalten oder Teilnehmenden eines Sprachkurses die Teilnahme am Sprachkurs für das nächsthöhere Niveau trotz fehlender Prüfungsergebnisse vergangener Sprachtests zu ermöglichen.

Die Prüfungsbedingungen sollten fairer gestaltet werden. Gegenwärtig kann das Prüfungsergebnis von Teilnehmern des Sprachkurses aufgrund von Fehlverhalten anderer für ungültig erklärt werden. Prüfungen für (alle) Teilnehmer ungültig zu erklären, wenn andere Teilnehmer das eigentliche Fehlverhalten zu verantworten haben, ist nicht fair. Zusätzlich belastend kommt hinzu, dass auch



Behörden über das Ergebnis informiert werden. Dadurch entsteht eine nicht nachvollziehbare Benachteiligung von Teilnehmern, die persönlich kein Fehlverhalten zu verantworten haben.

Die Vielfalt der Angebote neben den Sprachkursen wird von den Diskussionsteilnehmern geschätzt. Diese Vielfalt sollte weiterhin erhalten und möglichst ausgebaut werden, da ein breites Spektrum an Angeboten die Bedürfnisse verschiedenster Sprachlernender bestmöglich abdecken kann. Um den Wünschen der einzelnen Befragungspersonen nachzukommen, sollte jedoch vor allem die Zahl der Austauschveranstaltungen zwischen Einheimischen und Zugewanderten in lockerer und ungezwungener Atmosphäre intensiviert werden. Sie dienen zum Abbau von Kontaktbarrieren und erleichtern die Integration.

## 4 Arbeitsmarktintegration und berufliche Qualifizierung

### 4.1 Ergebnisse der Gruppendiskussionen

Im folgenden Kapitel erfolgt die Auswertung der Gruppendiskussion zum Thema Arbeitsmarkt und Ausbildung unter Betrachtung vier verschiedener Schwerpunkte. Diese beziehen sich auf die Motivation und die Beweggründe für die Migration nach Deutschland, auf die unterschiedlichen Wege in den deutschen Arbeitsmarkt, auf die deutsche Sprache als Voraussetzung für die Arbeitsmarktintegration und abschließend auf die Wünsche und die Erwartungen der Diskussionsteilnehmer.

#### 4.1.1 Die Beweggründe für die Migration nach Deutschland

Auf die Frage des Interviewers welche Motivation hinter der Einwanderung nach Deutschland stand propositioniert zunächst Befragungsperson 4 „Na ja, und ich komme aus Serbien.“ Neben der immer noch bestehenden gedanklichen Verbindung zum Herkunftsland, wird durch diese Aussage deutlich, dass die Migration nach Deutschland in direkter Verbindung mit den Umständen in Serbien stehen muss. Diese Orientierung vertieft Befragungsperson 4 indem sie elaboriert „aber Serbien kein Job.“ Ihre Einwanderung lässt sich durch das von Arbeitslosigkeit geprägte Leben in Serbien und die Hoffnung, in einem anderen Land einen Beruf ausüben zu können, begründen. Die Befragungsperson macht deutlich, dass sie in Serbien alle Möglichkeiten, einen Job zu finden, ausgeschöpft hat. Weiter elaboriert sie „musste ich irgendwo arbeiten“, wodurch sie ihr persönliches Anliegen und die damit verbundene Dringlichkeit Arbeit zu finden betont. Ihrer Wortwahl zur Folge sind die Perspektiven für arbeitslose Menschen in Serbien eher schlecht. Sie „muss irgendwo“ einen Job finden, woraus geschlossen werden kann, dass ihr keine andere Wahl blieb, als auszuwandern und dass die Chancen auf eine Tätigkeit für sie überall besser sind als in Serbien. Außerdem wird ein negativer Gegenhorizont aufgeworfen, indem sie sich selbst von einem Leben ohne Arbeit abgrenzt. Ihr Orientierungsrahmen wird klar durch die Anforderung der Arbeitslosigkeit in Serbien geprägt. Dennoch wird sichtbar, dass ihr Handeln stets zukunftsorientiert ausgerichtet ist und maßgeblich von dem Streben nach einem Job beeinflusst wird.

Befragungsperson 3 erläutert daraufhin, dass sie die Tochter von Befragungsperson 4 sei und sie zusammen mit ihrer Mutter von Serbien nach Österreich ausgewandert ist. Dort arbeiteten beide zusammen als Zimmermädchen, obwohl Befragungsperson 3 gelernte Erzieherin ist. Dazu propositioniert sie „ich kann nicht arbeiten in meinem Beruf“, wodurch die Orientierung aufgeworfen wird, dass sie sich mit ihrem erlernten Beruf identifiziert und es als Belastung wahrnimmt diesen nicht in Österreich ausüben zu können. Fortführend elaboriert sie „weil ich bin Ausländerin.“ Es kann

festgestellt werden, dass es ihren Ausführungen zur Folge, zu Benachteiligung ihr gegenüber gekommen ist. Obwohl sie eine fachliche Ausbildung besitzt, wird ihr aufgrund ihrer Herkunft der Zugang zu ihrem erlernten Beruf versperrt. Neben der Tatsache nicht als Erzieherin arbeiten zu können, kommt also zusätzlich die Belastung bei der Arbeitssuche auf ein individuelles Merkmal reduziert zu werden. Sie elaboriert „ja und in diesem Moment ich habe gesagt: ‚Danke, zu sagen mir [...] ich war Zimmermädchen und bleibe ich Zimmermädchen‘“, wodurch erstmalig erkennbar wird, dass sie diese Umstände nicht schweigsam hinnehmen möchte. Erneut erwähnt sie die Benachteiligung ihr gegenüber und die Perspektivlosigkeit, die ihr in Österreich entgegengebracht wurde. Aus der darauffolgenden erneuten Proposition von Befragungsperson 3 ergibt sich der Grund bzw. die Motivation für die Einwanderung nach Deutschland. Sie sagt „Aber ich habe gehört, in Deutschland ist ein bisschen besser.“ Ihre Migration nach Deutschland erfolgte in der Hoffnung, dass ihr hinsichtlich der Arbeitssuche mehr Perspektiven geboten werden. Durch die Wortwahl „bisschen besser“ wird jedoch auch deutlich, dass sie ihre Erwartungen nicht allzu hoch setzt. Dennoch reicht die Aussicht auf Besserung, um Österreich zu verlassen. Ihr Orientierungsrahmen wird von den Benachteiligungserfahrungen ihr gegenüber geprägt. Dennoch zeigt Befragungsperson 3 stets eine zielgerichtete und optimistische Haltung. Sie nimmt die Umstände nicht einfach nur an, sondern handelt selbstbewusst, indem sie sich ihrer fachlichen Ausbildung bewusst ist. Sie strebt danach ihr Wissen in ihrem erlernten Beruf ausleben zu können, woraus sich die Einwanderung nach Deutschland ergibt.

Befragungsperson 2 ist jugoslawischer Abstammung und kommt ursprünglich aus Bosnien. Sie ist aus Asylgründen bereits seit 20 Jahren in Deutschland, da in Bosnien zu dem Zeitpunkt Krieg herrschte. Im Gesprächsverlauf stellt sich heraus, dass sie in erster Linie wegen ihren Kindern nach Deutschland gekommen ist. Denn auf die Frage, ob sie wegen des Krieges eingewandert ist propositioniert sie: „Ja, wegen den Jungen und so.“ Ihre Kinder hätten in ihrem Herkunftsland durch die damals bestehenden Umstände keine guten Zukunftsperspektiven gehabt. Dieses Wissen verleitet sie dazu, nach Deutschland zu migrieren. Es kommt eine sehr aufopferungsvolle Haltung der Befragungsperson 2 zum Vorschein, da sie das Wohl ihrer Kinder in den Vordergrund stellt. Diesen aufgeworfenen Orientierungsgehalt validiert auch die aus Serbien stammende Befragungsperson 7 im Verlauf der Diskussion, indem sie sagt „Ich möchte eine bessere Zukunft für mein Kind.“ Damit gleichen sich die Orientierungsrahmen von Befragungsperson 2 und 7, da ihr Handeln auf das Wohl ihrer Kinder ausgerichtet ist. Auf die Frage des Interviewers, warum die Zukunftsperspektiven eher schlecht sind, erwidert Befragungsperson 7 mit Hilfe eines Dolmetschers, dass es in Serbien sehr viele Menschen mit fachlichen Abschlüssen gibt, die keine passende Arbeit finden. Auch sie besitzt einen beruflichen Abschluss, fand in Serbien jedoch keine qualifikationsgerechte Tätigkeit. Für ihre Tochter erhofft sie sich daher, durch die Einwanderung nach Deutschland, eine bessere Lebensqualität. Diese

Orientierung wird von Befragungsperson 4 aufgenommen, welche sich nochmals zu Wort meldet und propositioniert „in Serbien alle[...] Firm[en] geschloss[en].“ Sie stellt die in Serbien vorherrschende Perspektivlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt noch einmal überspitzt dar, indem sie sagt, dass wirklich „alle“ Firmen geschlossen seien. Sie möchte betonen wie aussichtslos die Lage für sie war. Dazu elaboriert sie „ja, keine Firma, keinen Beruf, kein alles, ja?“, wodurch sie erstmalig auch die Folgen der Arbeitslosigkeit anspricht. Sie führt die überzogene Darstellung fort, indem sie sagt, dass „alles“ von einem Beruf abhängt. Sie konkludiert ihre Aussage mit den Worten „wir mussten herkommen“ und hebt abschließend noch einmal die Tatsache hervor, dass sich die Migration nach Deutschland durch die absolute Aussichtslosigkeit in ihrem Herkunftsland begründen lässt. In Bezug auf ihren Orientierungsrahmen kommt klar die persönliche Anforderung zum Vorschein, dass ihr Herkunftsland keinerlei Perspektiven mehr für sie und ihre Familie offenhielt. Sie begründet ihr Handeln darin, dass ihr keine andere Wahl gelassen wurde.

#### 4.1.2 Die unterschiedlichen Wege in den deutschen Arbeitsmarkt

Nachdem die Teilnehmer der Gruppendiskussion erläutert haben, welche Gründe hinter der Einwanderung nach Deutschland standen, geht der Interviewer auf die individuellen Wege in den deutschen Arbeitsmarkt ein. Dazu propositioniert zunächst Befragungsperson 5 „sofort muss gefunden Arbeit“ und spielt damit auf den persönlichen bzw. möglicherweise auch auf den rechtlichen Druck an eine Arbeit zu finden, um in Deutschland bleiben zu können. Obwohl alle Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaates nach dem sogenannten Freizügigkeitsgesetz/EU legal und ohne Visum in Länder der EU einreisen können, gilt den Aussagen des Dolmetschers zur Folge eine Aufenthaltsfrist von drei Monaten. Finden sie innerhalb dieser drei Monate keinen Job, verfällt ihr Bleiberecht. Weiter elaboriert Befragungsperson 5 „über Zeitfirma gefunden“ und geht damit explizit auf den Weg in den deutschen Arbeitsmarkt ein. Dem Druck geschuldet, schnellstmöglich einen Job zu finden, erfolgte der Einstieg über eine Zeitarbeitsfirma. Abschließend konkludiert Befragungsperson 5 „und keine Zeit für Deutschkurs oder etwas“ und spricht damit noch einmal den Zeitdruck an, welcher eine enorme Belastung darstellte. Es lässt sich erkennen, dass der Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt nicht komplett den Vorstellungen des Diskussionsteilnehmers entsprach. Neben dem Aufbau von Deutschkenntnissen, hätte er sich gewünscht auch Zeit für „etwas“ Anderes haben zu können. Sein Orientierungsrahmen wird deutlich eingeschränkt, da die Arbeitssuche in Deutschland unter Zeitdruck stattfinden musste. Für Befragungsperson 5 entsteht ein neuer konjunktiver Erfahrungsraum, da er es nicht gewohnt ist keine Zeit für Dinge zu haben, die ihm persönlich wichtig sind.

Im Verlauf der Gruppendiskussion validiert auch Befragungsperson 3 diesen Orientierungsgehalt mit „Ja, ich auch.“ Der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erfolgte auch bei ihr über eine Zeitarbeitsfirma. In diesem Zuge meldet sich auch der Dolmetscher zu Wort, indem er äußert, dass es

nur so funktionieren würde. Daraufhin propositioniert Befragungsperson 5 „Ja. Aber das ist nicht genug!“ Neben der Zustimmung, dass der einzige laufende Weg in den deutschen Arbeitsmarkt über Zeitarbeitsfirmen führt, stellt er seine persönliche Meinung heraus, dass ihn das nicht zufrieden stellt. Sein Orientierungsrahmen wird durch die Anforderung geprägt, dass es neben den Zeitarbeitsfirmen keine funktionierende Alternative gibt, um in den deutschen Arbeitsmarkt einzusteigen. Es wirkt belastend auf ihn, dass sein Handeln durch diese Tatsache eingeschränkt wird.

Allgemein lässt sich der Gruppendiskussion entnehmen, dass die Zeitarbeitsfirmen ausbeuterisch und auf den eigenen Profit fokussiert sind. Der Mensch an sich interessiert die Verantwortlichen nicht. Dies bestätigt Befragungsperson 3. Auf die Frage, welche Erfahrungen sie mit Zeitarbeitsfirmen gemacht hat propositioniert sie „Katastrophe. Aber ich brauche Arbeit.“ Damit nimmt sie eine absolut negativ geprägte Haltung ein und bestätigt den profitgesteuerten Grundgedanken der Zeitarbeitsfirmen. Im gleichen Zuge kommt jedoch auch die persönliche Abhängigkeit zum Ausdruck, da diese Art von Firmen eine schnelle Arbeitsvermittlung gewährleisten. Weiter elaboriert sie „Ich brauche Versicherung und alles.“ Es wird deutlich, dass die Zeitarbeitsfirmen die Tatsache ausnutzen, dass die Menschen auf deren Arbeitsvermittlung angewiesen sind. Durch eine weitere Elaboration im Modus einer Exemplifizierung wird dies noch einmal deutlicher „Zum Beispiel passiert das, da rufen [die mich] acht Stunden früh[er] an ‚Gehe hierher [den] nächsten Tag.‘“ Damit bestätigt sich der Orientierungsgehalt, dass die Zeitarbeitsfirmen nicht an dem Menschen hinter der vermittelnden Arbeit interessiert sind. Auch Einschränkungen, welche für die jeweilige Person durch deren Forderungen entstehen könnten, interessieren sie nicht. Der Orientierungsrahmen der Befragungsperson 3 wird durch diese einseitige Abhängigkeit enorm eingeschränkt. Es ist deutlich erkennbar, dass es ihren eigentlichen Denk- und Handlungsstrategien widerspricht, den Anweisungen der Zeitarbeitsfirma zu folgen. Sie hegt eine Abneigung gegenüber dieser Firmen. Dadurch entsteht für Befragungsperson 3 ein neuer konjunktiver Erfahrungsraum, da sie auf Arbeit und damit auf die Zeitarbeitsfirma angewiesen ist. Diese Tatsache stellt für sie eine klare Belastung dar. Auch der Dolmetscher nimmt keine gute Haltung gegenüber der Zeitarbeitsfirmen ein, er sagt im Zusammenhang zu Befragungsperson 3 „Sie hat den anerkannten Beruf Erzieherin. Überall schreit man nach Fachkräften. Alle sind reingepresst, in die Reinigungsbranche, da kommen sie nicht raus. Die Zeitarbeitsfirma, wenn sie da arbeiten, da gibt es nur Reinigungsfirma oder Zimmermädchen. Trotz Hochschulabschluss, trotz Beruf.“

Doch der Großteil der Diskussionsteilnehmer hat über eine Zeitarbeitsfirma einen Job in Deutschland gefunden, denn auch Befragungsperson 4 propositioniert im Gesprächsverlauf „Ich habe anmelden in Zeitarbeitsfirma und sofort in der Arbeit.“ Aus ihrer Aussage kann entnommen werden, dass sie nicht von einer Zeitarbeitsfirma angeworben wurde, sondern sich selbst „angemeld[et]“ hat. Auch sie hat auf diesen Weg direkten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt gefunden. Mit Hilfe des Dolmetschers

wird im Gesprächsverlauf deutlich, dass es sich dabei um eine slowenische Zeitarbeitsfirma handelte. Auf diese war sie durch ihren Mann (Befragungsperson 8) aufmerksam geworden. Auf die Nachfrage des Interviewers, wie der Mann zu dieser Firma gekommen ist, erläutert Befragungsperson 8 mit Hilfe des Dolmetschers, dass ihm gesagt wurde, er solle von Serbien nach Stuttgart gehen. Dort sitzen einige Zeitarbeitsfirmen, die vom Balkan kommen und in Serbien arbeitslose Menschen „anlocken.“ Den Übersetzungen des Dolmetschers zur Folge handelt es sich dabei um eine Art private Arbeitsvermittlung. In Stuttgart versprach ihm die Zeitarbeitsfirma Arbeit, aber nach tagelangem Warten gab es immer noch kein Angebot. Daher nahm er Kontakt zu der besagten slowenischen Zeitarbeitsfirma auf, welche ihm zu einer geregelten und legalen Arbeit verhalf. Dann kam auch seine Familie nach, doch niemand war durch die slowenische Zeitarbeitsfirma in Deutschland versichert. Daher wechselten Befragungsperson 4 und 8 zu einer deutschen Firma und fanden da eine Anstellung als Fahrer für einen Paketdienst. Diese Arbeit nahmen beide jedoch als sehr belastend wahr und führten sie nicht längerfristig durch.

Befragungsperson 4 erläutert daher im weiteren Gesprächsverlauf, dass sie folglich eigeninitiativ einen Job suchten. Dazu propositioniert sie „Ich allein gesucht das, ja, mit Klinik, ja, Reinigungskraft.“ Es ist erkennbar, dass sie stolz darauf ist, ohne Zeitarbeitsfirma einen Job gefunden zu haben. Direkt im Anschluss propositioniert sie erneut „Mein Deutsch nicht sehr gut, aber ich möchte probieren, ja?“ Obwohl ihr der Weg in den deutschen Arbeitsmarkt durch Sprachbarrieren erschwert wird, lässt sie den Versuch nicht aus, eigeninitiativ tätig zu werden. Es kommt eine sehr zielstrebige und selbstbewusste Haltung der Befragungsperson 2 zum Ausdruck. Sie elaboriert „Und dann meine Chefin auch probiert, kommunizieren.“ Ihre Bemühungen wurden erkannt, wodurch ihre Vorgesetzten Verständnis aufbrachten. Dadurch bekam sie nach sechs Tagen Probezeit einen Arbeitsvertrag über ein Jahr, welcher gegenwärtig sogar verlängert wurde. Obwohl der Orientierungsrahmen von Befragungsperson 2 durch sprachliche Einschränkungen begrenzt wird, richtet sich ihr Handeln stets nach dem Ziel eine Arbeit zu finden. Ihr Verhalten ist von Selbstständigkeit und Entschlossenheit geprägt.

Befragungsperson 2 kam mit keiner Zeitarbeitsfirma in Kontakt. Sie propositioniert „Ich bin Asyl“ und deutet daraufhin, dass bei Menschen, welche aus Asylgründen nach Deutschland kommen, besondere rechtliche Rahmenbedingungen in Bezug auf die Arbeitssuche herrschen. Außerdem beginnt sie sich selbst mit dem Status der Asylantin zu identifizieren, da sie sagt „ich bin.“ „Mit Asyl gar nicht arbeiten – total.“ elaboriert sie ihre Ausführungen und macht deutlich, dass ihr keine Möglichkeit gelassen wurde zu der damaligen Zeit eine Arbeit zu finden. Sie konkludiert ihre Ausführungen mit der Aussage „Und jetzt, letzte zwei Jahre [...] keine Arbeit.“ Aufgrund der gesetzlichen Grundlage wurde ihr es in der Vergangenheit nicht gewehrt zu arbeiten bzw. nach Arbeit zu suchen. Im weiteren

Gesprächsverlauf propositioniert sie erneut „muss jetzt kriegen dieses Papier, ja.“ Sie bleibt in ihren Ausführungen sehr unkonkret. Es kann jedoch angenommen werden, dass sie die Genehmigung zur Ausführung einer Tätigkeit anspricht, welche ihr noch nicht ausgestellt wurde. Dennoch wird deutlich, dass sie bestrebt ist endlich arbeiten gehen zu können. Die Arbeitslosigkeit wirkt belastend auf sie. In der Elaboration „[...] Aber keine gibt mir“ lässt sich erkennen, dass sie es als Anforderung wahrnimmt, keine Kontrolle über ihre eigene Situation zu haben, da höhere Instanzen die Entscheidungsgewalt haben. Es kommt ein gewisses Maß an Hilflosigkeit zum Vorschein. Für Befragungsperson 2 eröffnet sich ein neuer konjunktiver Erfahrungsraum, da sie es nicht gewohnt ist, ihre eigene Situation nicht direkt beeinflussen zu können. Auch ihr Orientierungsrahmen wird durch die gesetzlichen Grundlagen in Deutschland eingeschränkt. Ihr Handeln und insbesondere ihr Denken richtet sich jedoch nach dem Wunsch Arbeit aufnehmen zu können.

#### 4.1.3 Die deutsche Sprache als Herausforderung

In den vorangegangenen Kapiteln wurde bereits deutlich, dass einige der Diskussionsteilnehmer mit sprachlichen Barrieren zu kämpfen haben. Nahezu alle von ihnen kommen aus EU-Mitgliedsstaaten und sind über die EU-Freizügigkeit nach Deutschland gekommen. Der Dolmetscher erläutert jedoch, dass diese „EU-Freizügigkeitsleute“, wie er sie nennt, im Vergleich zu Geflüchteten bei dem Erwerb von Deutschkenntnissen im Nachteil sind. Den finanziellen Aufwand für die Teilnahme an einem Deutschkurs müssen sie zum Großteil selbst tragen. Zudem kommt, dass sie neben der Ausübung eines Vollzeitjobs in zeitliche Schwierigkeiten geraten würden, wenn sie an einem Sprachkurs teilnehmen. Dazu propositioniert Befragungsperson 4 „Ich geschrieben A2-Prüfung, ja?“, wodurch zunächst deutlich wird, dass sie erfolgreich an einem Sprachkurs teilgenommen hat. Weiter elaboriert sie „und B1 ich nicht, weil ich muss arbeiten.“ Aus ihrer Aussage lässt sich entnehmen, dass sie bestrebt ist ihre Deutschkenntnisse weiter auszubauen und sich zu verbessern. Doch sie ist auf ihre Arbeit angewiesen, wodurch ihr die Zeit fehlt dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen. In Bezug auf ihren Orientierungsrahmen wird deutlich, dass sie die begrenzten zeitlichen Ressourcen als Anforderung wahrnimmt und dadurch in ihrem Handeln eingeschränkt wird. Sie ist in einem Teufelskreis gefangen, da ihr ohne Arbeit das Geld für einen Sprachkurs fehlt. Ohne den Sprachkurs fehlen ihr jedoch auch die Entwicklungsmöglichkeiten hinsichtlich einer gelungenen Arbeitsmarktintegration. Diesen Orientierungsgehalt bestätigt Befragungsperson 5 indem sie propositioniert „Vollzeit arbeiten, keine Zeit für Deutsch lernen.“ Auch sie ist auf ihre Arbeitsstelle angewiesen. Doch fortführend elaboriert sie „nur im Job, mit Kollegen.“ Dadurch wird erkennbar, dass sie durch ihre Arbeit direkten Kontakt zu Muttersprachlern hat und die Zusammenarbeit als Ressource beim Aufbau von Deutschkenntnissen wahrnimmt.

Befragungsperson 3 propositioniert im Zusammenhang mit dem Erwerb von Deutschkenntnissen „ich möchte alleine bezahlen den Kurs, aber das ist teuer.“ Es wird erkennbar, dass sie bestrebt ist selbständig zu handeln. Dennoch besteht die Anforderung des finanziellen Aufwandes. Auch in der Elaboration „Dann habe ich geschrieben einen Brief. [...] ich brauche Hilfe vom Bundesamt“ kommen ihre Bemühungen und der ernsthafte Wille Entwicklungsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen zum Ausdruck. Sie gesteht sich jedoch selbst ein, dass sie Hilfe benötigt und entfernt sich damit von ihrem persönlichen Ziel der Selbstständigkeit. Dadurch wird umso deutlicher, wie wichtig ihr der Auf- bzw. Ausbau von Deutschkenntnissen ist. Sie elaboriert „ein bisschen Hilfe, [dass sie den Deutschkurs] halb bezahlen oder alles bezahlen.“ Es kann angenommen werden, dass sie in der Vergangenheit keine Unterstützung erfahren hat, da sie schon über „bisschen“ Hilfe dankbar wäre. Mit den Worten „Aber [sie] sag[en] ‚Nein‘“ konkludiert sie ihre Ausführungen. Es wird sehr deutlich, dass diese Tatsache endgültig ist und sie keine Hoffnung mehr hat Hilfe zu erhalten. Für Befragungsperson 3 ist es eine klare Anforderung, dass sie den Deutschkurs nicht aus eigenen Mitteln bezahlen kann. Ihr Orientierungsrahmen wird stark dadurch begrenzt, dass sie ihr Streben nach selbständigem Handeln nicht realisieren kann. Dennoch kommt die sehr zielstrebige und ambitionierte Haltung von Befragungsperson 3 zum Vorschein.

Im weiteren Gesprächsverlauf propositioniert Befragungsperson 3 erneut „Vielleicht wir ver[stehen], was die Leute sagen. [...], aber ich kann nicht lesen.“ Zunächst verallgemeinert sie ihre Äußerung auf alle Einwanderer. Sie sagt, dass viele damit weniger ein Problem haben, Deutsch zu verstehen, als es beispielsweise selbst zu sprechen. Danach bezieht sie die Problematik jedoch nur auf sich selbst und beteuert, dass sie große Schwierigkeiten beim Lesen bzw. beim Verstehen des Gelesenen hat. Durch eine Elaboration im Modus einer Exemplifizierung beschreibt sie zu welcher Problematik diese Tatsache einst führte „Und jetzt passiert, ich unterschrieben ein Papier von meinem Arbeitgeber und ich kann nicht lesen alles.“ Es wird deutlich, dass sie bei der Unterzeichnung von Arbeitsunterlagen einem gewissen Druck untersteht, wodurch sie diese unterzeichnet, obwohl sie das Gelesene aufgrund von Sprachbarrieren sinnhaft nicht vollkommen versteht. Dabei ist dieser Punkt essentiell für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration und damit ein weiteres Indiz für die ausbeuterischen Züge der Zeitarbeitsfirmen. Der Dolmetscher bestätigt diese Annahme, indem er erläutert, dass Befragungsperson 3 von der Zeitarbeitsfirma einen Auflösungsvertrag vorgelegt bekommen hat. Diesen unterzeichnete sie, da sie nicht wusste, um was es sich tatsächlich handelte. Dadurch untersteht sie nun einer Sperre und erhält keinerlei Leistungen vom Jobcenter. Daraufhin propositioniert Befragungsperson 3 noch einmal „Arbeitgeber kann jede[s] Papier [vorlegen], Vertrag oder Kündigungspapier, kann nicht lesen.“ Und bestätigt damit den bereits oben aufgeworfenen Orientierungsgehalt. Sie schätzt sich selbst als unterlegen ein. Es wird zudem deutlich, dass die Zeitarbeitsfirmen keinerlei mündliche Erklärungen zu den jeweiligen Vordrucken geben. In Bezug auf



ihren Orientierungsrahmen kommt vor allem ihre Hilflosigkeit zum Ausdruck. Für Befragungsperson 3 stellt es eine enorme Belastung dar, die deutsche Sprache nicht umfassend zu beherrschen. Sie handelt nahezu blind, da die Zeitarbeitsfirmen indirekt Druck auf sie ausüben, indem sie ihr keine Hilfestellung geben. Die von Befragungsperson 3 aufgeworfenen Orientierungen werden von Befragungsperson 6 im Anschluss der Diskussion aufgenommen. Er propositioniert „Zeitarbeitsfirma sehr schlecht macht mit uns.“ Und bezieht seine Aussage damit auf alle Angestellten der Zeitarbeitsfirma. Es wird erkennbar, dass einige von ihnen das gleiche Schicksal verbindet. „Deutsche Sprache, deutsche Worte, Buchstaben, ist ganz andere wie unsere.“ und deutet damit an, dass den Zeitarbeitsfirmen das Verständnis für deren Sprachbarriere fehlt. Das trifft wiederum auf Missverständnis bei Befragungsperson 6. Er konkludiert seine Aussagen mit den Worten „Und [kann nicht] lesen, was [ich] unterschreibe.“ Auch er hatte bereits Probleme bei der Unterzeichnung von wichtigen Unterlagen, wodurch eine Verbindung zum Orientierungsrahmen von Befragungsperson 3 hergestellt werden kann. Für beide Diskussionsteilnehmer eröffnet sich ein neuer konjunktiver Erfahrungsraum, da sie im Moment der Unterzeichnung nicht nach ihrer gewohnten Herangehensweise handeln, sondern auf das Drängen ihres Arbeitgebers.

Die negative Haltung der Diskussionsteilnehmer gegenüber der Zeitarbeitsfirmen zieht sich durch die gesamte Diskussion, denn wenig später propositioniert Befragungsperson 6 erneut „Zeitfirma ist sehr schlecht, wenn Ausländer nicht sprechen Deutsch.“ Er bestätigt damit abermals, dass die Arbeitgeber die Sprachbarriere ihrer Angestellten zu eigenen Gunsten ausnutzen. Er elaboriert „schicken ihn schlechte Arbeitsplatz.“ Er deutet daraufhin, dass schlechte Deutschkenntnisse in direktem Zusammenhang mit niedrigqualifizierter Arbeit stehen. Aufgrund der Unzufriedenheit hat Befragungsperson 6 die Firma und damit auch den Arbeitsplatz gewechselt. Dazu propositioniert er „Und jetzt auch, [...] diese Firma, wo ich jetzt arbeite [ist] gut, aber Minimallohn.“ Obwohl er mit der neuen Firma zufriedener ist bestätigt sich auch hier, dass gute Deutschkenntnisse einen wesentlichen Faktor für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration darstellen. In Hinsicht auf seinen Orientierungsrahmen zeigt sich, dass er bestrebt ist seine Situation am Arbeitsmarkt zu verbessern, aber durch die bestehende Sprachbarriere in seinem Vorhaben stark eingeschränkt wird. Diesbezüglich kommt während der Diskussion zum Ausdruck, dass Befragungsperson 6 eigentlich auch gern eine Ausbildung machen würde. Er propositioniert „erstmal muss gut Deutsch gelernt [werden], wenn [man] in Ausbildung [gehen will, um] zu lernen.“ Wieder kommt zum Ausdruck, dass sein indirekter Wunsch nach Weiterbildung durch sprachliche Hürden erschwert wird. Diesen Orientierungsgehalt validiert auch Befragungsperson 3 „Ja, im Arbeitsamt auch, B1, das haben [sie] gesagt zu mir.“ Auch sie würde gern einen fachlichen Abschluss erreichen, was ohne ein B1 Zertifikat jedoch nicht möglich ist. Damit überschneiden sich die Orientierungsrahmen von Befragungsperson 3 und 6.

#### 4.1.4 Wünsche und Erwartungen

Wie den vorangegangenen Kapiteln zur Auswertung der Gruppendiskussion entnommen werden kann, war die Migration nach Deutschland für die meisten Gesprächsteilnehmer mit einigen Komplikationen verbunden. Daher ließen sich dem Gesprächsverlauf auch zahlreiche persönliche Wunschvorstellungen und Verbesserungsvorschläge entnehmen. Speziell Befragungsperson 2 äußerte sich sehr konkret, da sie gesundheitliche Einschränkungen hat und dadurch maximal sechs Stunden am Tag arbeiten kann. Sie propositioniert „Ich will nicht zum Beispiel drei Schichten“ und beginnt ihre persönlichen Ansprüche an eine gute Arbeitsstelle zu schildern. Durch ihre klare Äußerung kommt eine sehr konsequente Haltung zum Vorschein. Obwohl sie arbeiten möchte und auf eine Erwerbstätigkeit angewiesen ist, bleibt sie einigen Kriterien treu und ist entschlossen nicht jeden Job bedingungslos anzunehmen. In der Elaboration „ich will nur, was ich will“ drückt sich ihre konsequente, geradlinige Haltung aus. Sie ist nicht bereit Kompromisse einzugehen. Im weiteren Gesprächsverlauf elaboriert sie im Modus einer Exemplifizierung „Ich will [...] nicht Reinigung“, wodurch sie einen negativen Gegenhorizont aufwirft. Erneut wird deutlich wie zielstrebig, aber auch beharrlich Befragungsperson 2 ist. In der nächsten Elaboration im Modus einer Exemplifizierung wirft sie wiederum einen positiven Gegenhorizont auf, indem sie sagt „etwas, was für mich. Zum Beispiel Bäckerei.“ Sie macht deutlich, dass sie arbeiten möchte, aber dabei ihre eigenen Träume und Wünsche berücksichtigen will. Dieser Orientierungsgehalt wird in der folgenden Elaboration „Das [...] ich habe gewünscht mein Leben [lang] und meine jugendliche Jahre“ noch einmal sehr deutlich. Sie konkludiert ihre Aussagen mit den Worten „aber geschafft nicht.“ Deutlicher denn je kommt hier die konsequente Haltung von Befragungsperson 2 zum Vorschein. Obwohl sie bereits eine Enttäuschung in Hinblick auf ihre Träume hinnehmen musste, hält sie daran fest. Im weiteren Verlauf der Diskussion erläutert sie, dass sie der Krieg in ihrem Heimatland daran hinderte, ihre Wünsche zu realisieren. Außerdem hat sie früh geheiratet und Kinder bekommen. Das sie dennoch optimistisch bleibt kommt in der Proposition „Aber Gott sei Dank ich bin in Deutschland, in Demokratie“ zum Ausdruck. Es wird deutlich, dass hinter der Migration nach Deutschland eine klare Erwartungshaltung stand. Sie erhofft sich durch die Demokratie auch neue Möglichkeitsräume hinsichtlich der Berufstätigkeit. Sie elaboriert „und dann kannst du etwas lernen.“ Sie möchte die neuen Möglichkeiten, die ihr gegeben werden auch nutzen. In Bezug auf ihren Orientierungsrahmen lässt sich erkennen, dass es für Befragungsperson 2 eine Anforderung darstellt, dass einige Jobangebote nicht ihren persönlichen Ansprüchen entsprechen. Sie handelt in Hinblick auf die Arbeitssuche nach ihren eigenen, klaren Vorstellungen und lässt sich dabei nicht beirren. Sie ist in ihrer Herangehensweise sehr selbstbewusst, zielstrebig und konsequent. Außerdem wird ihr Denken und Handeln von Optimismus geleitet, da sie Enttäuschungen in den Hintergrund stellt und sich auf neue Chancen und Möglichkeiten fokussiert.

Im Gegensatz zu Befragungsperson 2 erläutert Befragungsperson 3, dass sie einen Job als Reinigungskraft angenommen hat. Dazu propositioniert sie „aber ich möchte nicht machen das zehn Jahre noch, ja?“ Obwohl herausgelesen werden kann, dass Befragungsperson 3 unzufrieden mit ihrer gegenwärtigen Jobsituation ist, führt sie diese Tätigkeit weiterhin aus. Sie ist also durchaus kompromissbereit. Die Aussage, dass sie diesen Beruf nicht für immer ausführen möchte, formuliert sie jedoch als Frage. Dadurch kommt zum Ausdruck, dass ihr die Ungewissheit über ihre berufliche Zukunft etwas Angst bereitet, indem sie nach Zustimmung sucht. Trotzdem möchte sie sich weiterentwickeln, was in der Elaboration „Ich möchte einen Beruf lernen, ja?“ nochmals deutlich wird. Dennoch ist auch diese Aussage durch Unsicherheit geprägt. Befragungsperson 3 wünscht sich, eine Ausbildung machen zu können, da sie auch in ihrem Heimatland bereits als Erzieherin gearbeitet hat. Sie besitzt sogar ein Diplom, was in Deutschland jedoch nicht anerkannt wurde. Im Gesprächsverlauf erläutert sie, dass sie dafür auf dem Arbeitsamt war, da sie gehofft hatte auch in Deutschland als Erzieherin arbeiten zu können. Dabei wurde ihr jedoch nicht kompetent zur Seite gestanden. Dazu propositioniert sie „diese Frau sagt[e], ich bin nur [da], [um] zu suchen Arbeit.“ Durch ihre Formulierung wird deutlich, dass sie sich von „diese[r] Frau“ auf dem Arbeitsamt abgrenzen möchte. Das Verhalten der Mitarbeiterin widersprach ihrer eigenen Erwartungshaltung, Hilfe bei der Anerkennung ihres Diploms zu bekommen. Dieser Orientierungsgehalt wird in der Elaboration „Und das war[s]“ bestätigt. Sie hatte sich mehr erhofft. Hinsichtlich ihres Orientierungsrahmens stellt es für Befragungsperson 3 eine Anforderung dar, nicht in ihrem erlernten Beruf arbeiten zu können. Dennoch handelt sie nach dem Wunsch, auch in Deutschland als Erzieherin tätig zu werden. Demnach setzte sie einige Erwartungen in den Termin auf dem Arbeitsamt. Obwohl sie dort nicht die erwartete Hilfe bekam, behält sie das Ziel im Auge sich weiterzuentwickeln und strebt eine Ausbildung an. Im Austausch mit dem Interviewer äußert Befragungsperson 3 in diesem Zusammenhang jedoch auch konkrete Verbesserungsvorschläge. Sie wünscht sich, dass das Arbeitsamt Fragen der Anerkennung von beruflichen Abschlüssen besser bearbeitet, enger mit den Firmen zusammenarbeitet und qualifizierte Fachkräfte entsprechend bewirbt. Zusätzlich würde sie sich wünschen, dass Arbeitgeber mehr Entwicklungsmöglichkeiten für ihre Angestellten bereithalten. Ihrer Meinung nach sollten speziell ungelernte Mitarbeiter die Möglichkeit auf eine Ausbildung bekommen.

Doch auch Befragungsperson 6 äußert einen indirekten Wunsch nach Beihilfe. Er propositioniert „Ich muss arbeiten – nicht helfen mir!“ Er fühlt sich unfair behandelt, da erwartet wird, dass er einen Job findet, dabei aber keinerlei Unterstützung erhält. Er stellt dabei heraus, dass er keine andere Wahl hat, als Arbeit zu finden. In der Elaboration „Ich bin EU-Bürgerin – aber nicht helfen mir!“ wird deutlich, dass er als EU-Bürger die Erwartungshaltung hat, Unterstützung zu erhalten. Durch die Elaboration im Modus einer Exemplifizierung „Wenn ich möchte [...] gehen [in die] Schule [oder] deutsch lernen – nicht bekommen Geld“, zeigt er beispielhaft auf, dass angestrebte Fortbildungen finanziell nicht

unterstützt werden. Es trifft bei Befragungsperson 6 auf Unverständnis, warum es für EU-Bürger eine Voraussetzung ist arbeiten zu gehen, um in Deutschland zu bleiben, aber dafür keine unterstützenden Leistungen erbracht werden. Hinsichtlich seines Orientierungsrahmens wird deutlich, dass er es als Anforderung wahrnimmt, komplett auf sich allein gestellt zu sein. Er ist mit der Erwartungshaltung nach Deutschland gekommen, als EU-Bürger Unterstützung zu erhalten. Es widerspricht seinem logischen Verständnis, dass diese Erwartungshaltung nicht erfüllt wird. Dass er arbeiten geht, begründet er durch den Zwang keine andere Wahl zu haben.

Während der gesamten Gruppendiskussion äußern nahezu alle Befragungspersonen den Wunsch nach mehr Beihilfe in Bezug auf Weiterbildungsmöglichkeiten. Insbesondere hinsichtlich der Teilnahme an Deutschkursen und der Möglichkeit eine Ausbildung zu absolvieren. Außerdem ist aus vielen verwendeten Zitaten der vorhergegangenen Kapitel, der indirekte Wunsch nach einer Alternative zu den Zeitarbeitsfirmen herausgegangen.

## 4.2 Handlungsempfehlungen

Durch die Auswertung der Gruppendiskussion ließen sich durch die Aussagen der Teilnehmer einige Handlungsbedarfe erkennen. Diese werden im nachfolgenden Kapitel aufgegriffen und sollen als Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund verstanden werden. Die folgenden Aspekte sind dabei ihrer Gewichtung nach aufgeführt.

Der erste Punkt betrifft die Sprachförderung. Dem Erlernen der deutschen Sprache wird eine sehr hohe Bedeutung in Bezug auf eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund zugesprochen. Nahezu alle Befragungspersonen äußerten während der Diskussion, dass sie den Wunsch haben, ihre Deutschkenntnisse auszubauen. Einige von ihnen würden außerdem gerne eine Ausbildung machen, brauchen dafür aber das B1-Zertifikat. Da die meisten jedoch als Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaates durch das Freizügigkeitsgesetz/EU nach Deutschland migriert sind, sind sie auf Arbeit angewiesen, um das Bleiberecht zu erhalten. Dadurch fehlen ihnen die zeitlichen Ressourcen um an einem Sprachkurs teilzunehmen und um das B1-Zertifikat zu erhalten. Es kam allgemein zum Ausdruck, dass sie sich benachteiligt fühlen, da sie im Gegensatz zu Geflüchteten keine sprachliche Förderung erhalten. Sie müssen die Organisation und den finanziellen Aufwand für einen Sprachkurs selbst aufbringen. Hinsichtlich dessen besteht der Handlungsbedarf darin, die Rahmenbedingungen zur sprachlichen und finanziellen Förderung zu verbessern und alle Menschen mit Migrationshintergrund unabhängig vom Herkunftsland und Aufenthaltsstatus gleichwertig zu berücksichtigen. Da der Ausbau von Deutschkenntnissen mit dem erfolgreichen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt korreliert, hätten die Diskussionsteilnehmer somit auch erhöhte Chancen nicht auf die Zeitarbeitsfirmen angewiesen zu sein. Die meisten dieser Firmen leitet ein

profitgesteuerter Grundgedanke, wodurch den migrierten Arbeitern inhumane Arbeitsbedingungen geboten werden. Sie nutzen die Tatsache aus, dass die Arbeiter auf sie angewiesen sind, da sie einen schnellen Arbeitseinstieg gewährleisten können. Die Verbesserung dieses Zustandes ist zwar sehr schwierig und komplex, sollte in Zukunft jedoch größere Priorität haben, da die Zeitarbeitsfirmen einer nachhaltigen Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund enorm entgegenwirken. Förderlich wäre hierfür aber grundsätzlich die Aufklärung der Arbeitnehmer über deren Rechte und Pflichten und eine strengere Überwachung der Zeitarbeitsfirmen über die Einhaltung des Arbeitsrechts. Weiterer Handlungsbedarf liegt in der Betreuung und Förderung von Asylsuchenden. Auch hier muss die Frühförderung wesentlich verbessert werden, indem beispielsweise der Zugang zu Sprachkursen erleichtert wird. Da für Asylsuchende außerdem besondere rechtliche Rahmenbedingungen gelten, ist in diesem Zusammenhang auch eine Aufklärung über Rechte und Pflichten von besonderer Bedeutung. Dieser Punkt führt zu einem weiteren Aspekt – dem Ausbau von Beratungs- und Betreuungskonzepten. Einige Befragungspersonen äußerten deutlich, dass ihre Erwartungshaltung gegenüber Mitarbeiter in beratenden und unterstützenden Funktionen nicht erfüllt wurde. Dabei ist es für die Arbeitsmarktintegration essentiell, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland fachlich fundierte Unterstützung erhalten. Dabei kommt den Arbeitsämtern und den Jobcentern eine besondere Rolle zu. Insbesondere bezüglich der Anerkennung von Abschlüssen, welche im Ausland erworben wurden, fühlten sich einige Befragungspersonen hilflos. Insgesamt sind der Ausbau der Arbeitsmarktpolitik und die Verbesserung der Bewilligungs- und Informationspraxis der Behörden besonders bedeutsam. Während der Diskussion wurde zudem der Wunsch nach einer Verbesserung der Zusammenarbeit von staatlichen und privaten Akteuren angesprochen. Insgesamt sollte die bundesweite Zusammenarbeit verbessert werden und der Arbeitsmarkt mehr auf die Zuwanderung von Menschen mit Migrationshintergrund ausgerichtet werden.

## 5 Gesellschaftliche Teilhabe von Migranten und Geflüchteten

### 5.1 Ergebnisse der Gruppendiskussion

Das nachfolgende Kapitel wertet die zur Thematik der gesellschaftlichen Teilhabe geführte Gruppendiskussion in Anbetracht verschiedener Aspekte aus. Darunter zählen einerseits die Motivation und andererseits die Formen und Herausforderungen der gesellschaftlichen Teilhabe. Des Weiteren werden die Folgen sowie Wünsche und Erwartungen an die Landeshauptstadt Magdeburg der Befragungspersonen näher erläutert. Abschließend werden die unterschiedlichen Orientierungen der Teilnehmer der Gruppendiskussion untereinander verglichen. Insgesamt nahmen fünf Befragungspersonen am Interview teil, welche unterschiedliche Migrationserfahrungen gemacht haben.

#### 5.1.1 Motivation und Beweggründe für gesellschaftliche Teilhabe

Der erste Abschnitt der Auswertung der Gruppendiskussion befasst sich mit den Beweggründen der gesellschaftlichen Teilhabe der Befragungspersonen. Einen Beweggrund propositioniert Befragungsperson 5 mit den Worten: „Die gesellschaftliche Teilhabe, das ist ja existenzieller Bestandteil der Integration.“ Damit fasst er die Begrifflichkeit der Teilhabe weit, betont aber, dass jegliche Form eine positive Auswirkung auf den Integrationsprozess von Menschen mit Migrationshintergrund hat. Außerdem befindet er sich schon eine längere Zeit in Deutschland, sodass er sich dadurch mit der Thematik der gesellschaftlichen Teilhabe befassen und Erfahrungen in ebendiesem Bereich sammeln konnte. Im weiteren Verlauf der Diskussion definiert er diese Aussage weiter. Er propositioniert, dass die Begrifflichkeit „ja alles so vieles [fasst], angefangen [...] in dem kulturellen, in dem Vereinsleben“ und beginnt seine Aufzählung zunächst mit der Sichtweise auf gesellschaftlicher Ebene des freiwilligen Engagements. Er eröffnet damit auch die vielen verschiedenen Arten, die durch gesellschaftliche Teilhabe umfasst werden können und betont dabei die Arbeit in den Vereinen. Des Weiteren zeigt sich durch diesen Orientierungsgehalt nochmals, dass er die Begrifflichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe schon definieren kann, wodurch wiederum abzuleiten ist, dass er sich mit der Thematik in Deutschland auseinandergesetzt hat. Weiter elaboriert er: „aber auch natürlich politische Teilhabe, wirtschaftliche, das heißt, man muss Arbeitsmarktzugang haben“ und konkludiert „das gehört auch dazu.“ Damit führt er weitere Teile der gesellschaftlichen Teilhabe auf. Diese wirtschaftsfördernden Bestandteile bilden nach Befragungsperson 5 ebenso Grundvoraussetzungen der Teilhabe von Migranten. Der Arbeitsmarktzugang stellt eine wichtige Integrationsmöglichkeit und aus seiner Sicht auch einen Teil von Teilhabe dar. Weiter sieht er dies als eine Voraussetzung, die von staatlichen Institutionen geschaffen werden muss, um die

gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen mit Migrationshintergrund zugänglich zu machen. Denn dieser Teil hilft ihnen, Unabhängigkeit und Integration zu fördern. An einem späteren Zeitpunkt propositioniert er, dass „gesellschaftliche Teilhabe [...] auch die Darstellung von Bedürfnissen [ist].“ Auch in dieser Aussage bezieht er sich abermals auf den Integrationsaspekt und die einhergehende Chance auf Mitspracherecht die durch gesellschaftliche Teilhabe gefördert werden kann. So können Menschen mit Migrationshintergrund durch die Beteiligung an Projekten und Unternehmen einerseits Sprachbarrieren überwinden und andererseits ihre Interessen vertreten und an Veränderungsprozessen teilhaben.

Befragungsperson 2 propositioniert die Beweggründe der gesellschaftlichen Teilhabe mit den Worten: „Teilhabe. Es geht um die Freiheit zum Beispiel“ und spricht damit, wie auch zuvor Befragungsperson 5 unter anderem das Mitbestimmungsrecht an. Des Weiteren bezieht er sich auf die Meinungsfreiheit in Deutschland, welche Menschen mit Migrationshintergrund nutzen können. Weiter elaboriert er, dass ebendiese Freiheit „ein langer Prozess [ist] und [...] seine Zeit [braucht].“ Dadurch verdeutlicht er, dass die gesellschaftliche Teilhabe eine Entwicklung ist, welche sich durch das Kennenlernen neuer Strukturen stetig weiter herausbildet. Abschließend konkludiert er die Orientierung mit: „liegt aber auch an jede[m] selber, also auch die Interessen“, wodurch Befragungsperson 2 zeigt, dass jedes Individuum selbstverantwortlich für den eigenen Prozess der gesellschaftlichen Teilhabe ist und dass es eine Vielfalt an Möglichkeiten gibt sich zu engagieren. Außerdem wird aufgezeigt, dass er auch den Prozess der Teilhabe als individuell betrachtet, welcher zum einen verschiedene Auswirkungen haben kann und zum anderen unterschiedlich lang dauert. An späterer Stelle propositioniert Befragungsperson 2 abermals, dass es „auch Spaß [macht], wenn man irgendwo sich etabliert hat in Vereinen.“ Dabei geht er schon von einem fortgeschrittenen Stadium der gesellschaftlichen Teilhabe aus, in welchem Menschen mit Migrationshintergrund aktiv ihre Interessen in Form von Vereinsarbeit vertreten und Mitglied eines Teils der Gesellschaft werden. Dadurch erhalten sie Kontakte zu sozialen Netzwerken und können somit partizipieren. Die darauffolgende Elaboration wiederholt und erörtert die eröffnete Orientierung: „Ich kann bloß empfehlen, dass [wenn] man in der Gesellschaft teilnehmen möchte, in die Vereine gehen.“ Durch diese Aussage verdeutlicht er seine positiven Erfahrungen, die er durch die Vereinsarbeit sammeln konnte und drückt damit seinen Willen der Integration aus, um einen Teil der Gesellschaft darzustellen. Zudem sieht er die strukturierte Arbeit in Vereinen und das damit verbundene freiwillige Engagement als eine Grundlage der gesellschaftlichen Teilhabe. Er elaboriert daraufhin: „Das ist der Einstieg und dann fühlt man sich auch wohler, weil man [...] soziale Kontakte [hat]“ und exemplifiziert dies durch eine Elaboration weiter: „man fühlt sich bestätigt, man bringt in die Gesellschaft was mit, nützliches.“ Dadurch stellt er wieder positive Aspekte dar, die durch das Engagement in Vereinen auftreten können. Einerseits kann durch die Kontaktmöglichkeit ein Austausch generiert werden, der durch gleiche Interessenvertretung in der Vereinsarbeit auch in

tiefere Ebenen möglich ist und die Partizipation in der Gesellschaft begünstigt. Andererseits zeigt er, dass er durch die gesellschaftliche Teilhabe in Vereinen persönlich gestärkt ist, sein Engagement wertgeschätzt wird und er sich als Teil der Gruppe sieht. Außerdem wird deutlich, dass er durch die Partizipation einen Eigenanteil leisten möchte, um die gesellschaftlichen Strukturen zu unterstützen. Befragungsperson 2 sieht die Arbeit als etwas „nützliches“ und möchte, dass auch andere Menschen in der Bunderepublik davon profitieren. Sein Orientierungsrahmen wird geprägt durch seinen Integrationswillen, das Bestreben ein Teil der Gesellschaft zu sein und ebenso von der Vorstellung einer funktionierenden Demokratie, die von einem Geben und Nehmen in der Gesellschaft lebt und unter anderem durch Vereinsarbeit geleistet wird. Auch sieht er durch gesellschaftliche Teilhabe die Möglichkeit, Freiheit zu erleben und einen zwischenmenschlichen Austausch zu fördern.

Die Beweggründe der gesellschaftlichen Teilhabe propositioniert Befragungsperson 4 damit, dass eine Aufgabe von Menschen mit Migrationshintergrund ist, um „Teil von dieser Gesellschaft“ zu werden, „auch die Sprache besser zu lernen.“ Somit steht im Zuge der gesellschaftlichen Teilhabe für ihn zunächst im Fokus, die Sprache durch Interaktion mit Muttersprachlern zu lernen. Freiwilliges Engagement birgt für ihn demnach ebendiesen Vorteil, da ihm so die Möglichkeit gegeben wird, sich mit anderen Menschen auszutauschen. Weiter propositioniert er: „durch freiwillig[es Engagement] kann man viele Möglichkeiten bekommen“ und exemplifiziert dies in Form einer Elaboration: „es ist einfacher [...] ich habe viele Kontakte auch bekommen.“ Dadurch werden die Erfahrungen, die er durch sein Engagement bereits machen konnte deutlich, ebenso wie die von ihm angesprochene Förderung des Erlernens einer neuen Sprache. Außerdem wird ihm dadurch das Leben in Deutschland erleichtert und er hat durch die aufgebauten Kontakte Ansprechpartner die ihn unterstützen können. Er fühlt sich in seinem sozialen Umfeld aufgehoben und kann sich durch die Interaktionen in der freiwilligen Arbeit weiterentwickeln. Befragungsperson 4 elaboriert weiter, dass er „viele Freunde jetzt [...] in Magdeburg“ hat und dass er durch die Freunde „erstmal [ein] Praktikum bekommen“ hat, „danach Teilzeit gearbeitet“ und seitdem „Angestellter bei einer Firm[a]“ ist. Er hat es demnach durch die aufgebauten sozialen Netzwerke und Freundschaften innerhalb der freiwilligen Arbeit geschafft, sich schrittweise in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Berufserfahrung zu sammeln. Innerhalb seiner Migrationserfahrung bildet dies für ihn einen Integrationsfortschritt, welchen er anderweitig nicht für möglich gehalten hat. Dabei sieht er ebendiese Kontakte als ausschlaggebenden Punkt für die Integration, da er weiter elaboriert: „allein könnt ich [das] nicht schaffen.“ Folglich konkludiert Befragungsperson 4: „Deswegen sage ich immer: Integration durch freiwillig [e Arbeit]“ und schließt damit die Orientierung. Sein Orientierungsrahmen bildet sich aus den positiven Erfahrungen und die Auswirkungen auf sein Leben in Deutschland, die durch sein freiwilliges Engagement und die daraus erfolgte gesellschaftliche Teilhabe resultierten. Sie ermöglichte es ihm Sprachbarrieren zu überwinden und dadurch in einem neuen Land in der Gesellschaft zu partizipieren. Gleichzeitig hat er positive



Erfahrungen mit dem sozialen Umfeld innerhalb der freiwilligen Tätigkeit machen können, welche aus Menschen besteht, die Befragungsperson 4 unterstützen wollten und konnten.

### 5.1.2 Formen der gesellschaftlichen Teilhabe

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit den Formen der gesellschaftlichen Teilhabe, in welchen die Befragungspersonen partizipieren. Befragungsperson 5 propositioniert beispielsweise: „Wir sind jetzt auf verschiedenen Ebenen.“ Weiter elaboriert er dies in Form einer Exemplifizierung: „auf der kommunalen Ebene, auf der Landesebene.“ Durch die Wahl der Mehrzahl „wir“ berücksichtigt er neben sich selbst auch sein soziales Umfeld in seinem Engagementbereich der gesellschaftlichen Teilhabe, was von Teamgeist zeugt. Außerdem bezieht er sich durch die Proposition auf den Prozess, welchen die gesellschaftliche Teilhabe für ihn beinhaltet, da diese Arbeit auf den Ebenen zuvor noch nicht stattfand. Einerseits wird veranschaulicht, dass er das Fachjargon innerhalb des deutschen Systems beherrscht, wovon abzuleiten ist, dass er sich mit der Politik auseinandergesetzt hat. Andererseits wird deutlich, dass Befragungsperson 5 nicht nur auf kommunaler Ebene aktiv ist, sondern durch seine Arbeit Veränderungen auf Landesebene anstrebt. Er konkludiert die Orientierung daraufhin mit der Aussage, dass er und sein soziales Netzwerk „dabei [seien] für die Zukunft [anonymisiert]Konzepte zu entwickeln“, wodurch er den Zweck seines freiwilligen Engagements eröffnet. Durch seinen Migrationshintergrund kann er die Bedürfnisse anderer Menschen mit Migrationshintergrund eventuell eher erahnen, als Menschen ohne Migrationshintergrund und kann ihre politischen Interessen vertreten. Des Weiteren ist er bemüht, eine langfristige Umsetzung von integrationsfördernden Maßnahmen zu etablieren, um anderen Menschen mit Migrationshintergrund bessere Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe zu ermöglichen. Sein Orientierungsrahmen bildet sich demnach aus den Erfahrungen über die Schwierigkeiten, die Menschen mit Migrationshintergrund innerhalb des Integrationsprozesses erleben. Daraus ist der Wille entstanden die Strukturen durch konstruktive Vorschläge zu verändern und somit Menschen mit Migrationshintergrund den Prozess zu erleichtern. In einer weiteren Proposition wird ebendieser Orientierungsrahmen nochmals deutlich. Befragungsperson 5 bezieht sich auf andere Formen der gesellschaftlichen Teilhabe und seine Form der unterstützenden Arbeit: „Wir suchen [...] Menschen, die sich gesellschaftlich engagieren wollen“ und führt dies in der darauffolgenden Elaboration weiter aus: „Teilhabe, durch Projekt[e], Bundesfreiwilligendienst.“ Dabei geht er davon aus, dass der BFD und auch die Teilnahme an Projektarbeiten eine gute Voraussetzung für Menschen mit Migrationshintergrund darstellen, um sich zu integrieren und dadurch gesellschaftliche Teilhabe zu erlangen. Er elaboriert weiter, dass „wenn jemand aus dem Integrationskurs kommt und Sprachkenntnisse [...] aber nicht gleich einen Job [hat]“ und beendet den Orientierungsgehalt mit den Worten „dann ist [dies] die beste Möglichkeit über den Bundesfreiwilligendienst.“ Auch hier wird seine

Meinung bezüglich des BFDs verdeutlicht, da er die Erfahrung gemacht hat, dass nicht alle Menschen mit Migrationshintergrund direkt nach einem erfolgreichen Integrationskurs eine gelungene Arbeitsmarktintegration anstreben können, auch wenn sie die Anforderungen erfüllen. Ebenso verweist er auf den BFD und zeigt dadurch eine weitere Form der gesellschaftlichen Teilhabe innerhalb des ehrenamtlichen Engagements auf. Der schon vorher erwähnte Wille, andere Menschen mit Migrationshintergrund bei der Integration zu unterstützen, wird durch diesen Orientierungsgehalt verdeutlicht.

Befragungsperson 4 positioniert ebenfalls ihre Art sich durch ehrenamtliches Engagement gesellschaftlich einzubringen: „Ich bin im Kulturbereich [tätig].“ Damit weist er eine klare Richtung der Interessenvertretung auf in welcher er aktiv mitwirkt. Weiter elaboriert er, dass er und die anderen Anwesenden der Interessenvertretung „versucht [haben], einen Verein zu gründen“ und impliziert damit schon, dass der Weg der Vereinsgründung nicht funktioniert hat. Außerdem zeigt er, dass dieser Vorgang in Deutschland für Menschen mit Migrationshintergrund nicht einfach ist, da dies eine gewisse Vorkenntnis verlangt und für Menschen, welche die deutsche Sprache noch lernen, eine zu hohe Anforderung darstellt. Das wird auch in der folgenden Konklusion deutlich: „aber wegen Bürokratiesachen konnten wir [das] bist jetzt nicht schaffen.“ Damit macht er gleichzeitig auf die in der Gesellschaft vertretenen und nicht durch Vereine geregelten Initiativen und Selbstorganisationen aufmerksam, in welche seine Interessenvertretung dadurch fällt. Sein Orientierungsrahmen bildet sich aus dem in Deutschland bestehenden Bürokratiesystem, welchem er und das soziale Umfeld ausgesetzt sind. Durch die hohen Anforderungen der Vereinsgründung und ein zu geringes Vorwissen wird es ihm und anderen Menschen mit Migrationshintergrund nicht ermöglicht ihre Interessen in Form einer rechtlichen Person zu vertreten. Sie müssen sich an anderen Strukturen der gesellschaftlichen Teilhabe orientieren.

Im Gegensatz dazu berichtet Befragungsperson 1 von den positiven Erfahrungen, die durch die Vereinsarbeit als Form der gesellschaftlichen Teilhabe gemacht werden konnten. Sie elaboriert: „deshalb so finde ich so Gründung so von Vereinen ist ganz wichtig“, wodurch einerseits die Art des freiwilligen Engagements bekannt wird und sie andererseits mit dieser Aussage eröffnet, dass sie die Arbeit in Vereinen als eine Grundvoraussetzung sieht, um Meinungen kundzutun und zu partizipieren. Daraufhin elaboriert sie, dass die Mitglieder der Gruppe „am Anfang auch nicht daran gedacht [haben], dass das so wichtig ist.“ Dementsprechend hat sowohl sie, als auch die anderen Vereinsmitglieder sich durch die Strukturierung neues Wissen angeeignet, welches positive Auswirkungen auf die Vereinsarbeit hat. Dies konkludiert Befragungsperson 1 durch die Exemplifizierung, dass „ohne [den] Verein keine Vertretung für [die] Community“ vorhanden sei. Dadurch, dass ein Verein ein Rechtssubjekt darstellt, haben sie und die anderen Beteiligten des Vereins die Möglichkeit auf politischen Ebenen zu partizipieren und somit die Gruppierung öffentlich zu vertreten. Außerdem kann

sie in der Gesellschaft eine größere Teilhabe erreichen, wobei sie neue Strukturen in der deutschen Gesetzgebung und deren Auswirkungen erlernen konnte.

### 5.1.3 Herausforderungen der gesellschaftlichen Teilhabe

Im Folgenden werden die Herausforderungen, welche die Befragungspersonen im Zuge der gesellschaftlichen Teilhabe erfahren, näher erläutert und ausgewertet. So propositioniert Befragungsperson 3 zunächst das „erste Problem bei Migranten“, welches für ihn „der Sprachkurs“ darstellt. Für ihn zählt das Erlernen einer neuen Sprache demnach zu einer Grundvoraussetzung der gesellschaftlichen Teilhabe, da ansonsten Sprachbarrieren auftreten können und die Kommunikation untereinander gehemmt wird. Auch impliziert er unter dem Begriff „Problem“, dass nicht alle Menschen mit Migrationshintergrund einen Zugang zu Sprachkursen haben. Dies erkennt man in der darauffolgenden Elaboration: „wenn jemand [eine] negative Antwort bekomm[t] vom Amt“ und zusätzlich durch die anschließende Konklusion: „er kriegt keinen Deutschkurs, er kriegt weniger Geld, er kriegt gar nichts.“ Damit drückt er aus, dass integrationswilligen Ausländern durch einen abgelehnten Asylbescheid die gesellschaftliche Teilhabe, wie der Zugang zu Sprachkursen, durch staatliche Maßnahmen verwehrt bleibt. Er kann die gesetzlichen Gegebenheiten nicht nachvollziehen und zeigt, dass er die Handlungen als ungerecht empfindet. Mit der Steigerung die er in der Konklusion äußert stellt er die Hilflosigkeit, die Menschen mit einem negativen Bescheid empfinden dar.

Befragungsperson 5 hingegen empfindet unter Anderem Herausforderungen bezüglich des Verständnisses des Begriffs der gesellschaftlichen Teilhabe. Durch die Proposition: „Also ich sage mal, nach meiner Kenntnis, siebzig Prozent der Deutschen wissen mit diesem Begriff nichts an[zu]fangen“ zeigt er seine subjektiven Erfahrungen auf, woraus er schließt, dass ein Großteil der Muttersprachler keine aussagekräftige Begriffsdefinition über die gesellschaftliche Teilhabe tätigen können. Ebendiese Definition sieht er als Grundvoraussetzung, um Teilhabeaspekte in die Praxis umzusetzen. Daraufhin elaboriert er: „wir sollen uns da irgendwie jetzt positionieren“ und spricht in dem Zusammenhang für sich und andere Menschen mit Migrationshintergrund. Da die Voraussetzung einer einheitlichen Begriffsdefinition schon bei Menschen ohne Migrationshintergrund nicht gegeben ist, ist der Befragungsperson unklar, wie Menschen mit Migrationshintergrund die oftmals ein geringeres Begriffsinventar der deutschen Sprache aufweisen, diesen Begriff in die Praxis umsetzen sollen. Dadurch drückt er einerseits ein Unverständnis gegenüber den Anforderungen des deutschen Staates an Menschen mit Migrationshintergrund aus und andererseits die emotionale Belastung, die er und andere Menschen erfahren. Die Konklusion „versteh einer das Ganze und [...] dann das auch machen“ verstärkt den zuvor erörterten Orientierungsrahmen nochmals. Menschen mit Migrationshintergrund wird nach Befragungsperson 5 durch Formalitäten und dem Druck der zeitnahen Integration in Deutschland ohne ausreichende Unterstützungsmaßnahmen vor allem die Umsetzung der

gesellschaftlichen Teilhabe erschwert. Der Orientierungsrahmen bildet sich außerdem aus Verärgerung über die Anforderungen die Menschen mit Migrationshintergrund gestellt werden, ohne dass ihnen bei einer Definition von gesellschaftlicher Teilhabe geholfen wird. Im weiteren Verlauf zeigt Befragungsperson 5 ebendiese Orientierung wieder auf. Er propositioniert, dass auf unterschiedlichen Ebenen „mit Begriffen rumhantier[t] wird, die nur in ganz bestimmten Kreisen verständlich sind.“ Und verstärkt damit nochmals den erschwerten Zugang der gesellschaftlichen Teilhabe für Menschen mit Migrationshintergrund, da er durch seine Aussage davon ausgeht, dass sie diese nicht verstehen. Daraufhin elaboriert er: „und man fragt eigentlich nie uns, was wollen wir, ne?“ In seinem Orientierungsrahmen sind das ungerechte Handeln und das Exkludieren der Menschen mit Migrationshintergrund verankert und er betont die Erfahrung der nicht vorhandenen Berücksichtigung von Interessen der Menschen mit Migrationshintergrund. Auch sieht er sich und andere Menschen mit Migrationshintergrund in einer benachteiligten Rolle, da über ihre Teilhabe und somit auch über ihre Zukunft in Deutschland ohne die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse bestimmt wird.

Auf die Frage des Interviewers, inwiefern er die Gründung eines Vereins durch Bürokratie erschwert sieht, propositioniert Befragungsperson 4, dass diese Herausforderung „nicht nur [im] Verein“, sondern dass „es [...] überall [auftritt].“ Damit legt er dar, dass neben der Vereinsarbeit auch „überall“, also in allen Momenten in anderen Strukturen und im Alltag, Problematiken auftreten. In der darauffolgenden Elaboration erläutert er die Proposition. Der Grund der Herausforderung besteht „auch wegen der Bürokratie, [...] zusammen mit der Sprache.“ Dementsprechend könnte er im Falle eines niedrigschwelligen Sprachangebotes die bürokratischen Anforderungen besser nachvollziehen. Trotzdem ist es für ihn zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, wodurch er eine Belastung verspürt, da das ausreichende Wissen noch nicht angeeignet werden konnte. Er beendet seine Orientierung mit den Worten: „Ich meine, wegen unserer so/ die Sprache ist so [eine] groß[e] Herausforderung [für] uns“ und bezieht damit die zuvor getätigten Aussagen nicht nur auf ihn, sondern auch auf andere Menschen mit Migrationshintergrund. Die geringe Unterstützung sowie fehlende Kommunikationsmöglichkeiten führen bei Befragungsperson 4 zu einer emotionalen Belastung, die er im alltäglichen Leben verspürt. Obwohl er beispielsweise genügend Sprachkenntnisse besitzt, um eine Gruppendiskussion zu führen, reicht dies noch nicht aus, um sich in einem Teil des deutschen Systems zurecht zu finden. Befragungsperson 1 validiert die Aussage daraufhin: „[Dem] kann ich nur zustimmen.“ Damit verdeutlicht sie, dass sie ähnliche Erfahrungen durch die deutsche Bürokratie gemacht hat und diese somit unabhängig vom Herkunftsland der Menschen mit Migrationshintergrund sind. Ihre Erlebnisse elaboriert sie weiter aus: „Ich weiß nur damals so, wie waren [...] Community, das war kurz nach der Wende.“ Demnach lebt sie über einen längeren Zeitraum von mindestens 20 Jahren in Deutschland und hat trotzdem schon damals naheliegende Eindrücke sammeln können. Dieser zeitliche Unterscheid verdeutlicht, dass es nach den Erfahrungen von Befragungsperson 4 und

Befragungsperson 1 scheinbar keinen bemerkbaren Fortschritt in der Anpassung der Anforderungen für Menschen mit Migrationshintergrund gab. Sie konkludiert den Orientierungsgehalt daraufhin in Form einer Exemplifizierung der Problematiken. Auch sie hatte „gar nicht gekannt, welche rechtliche [Grundlagen] mit dem Verein“ vorausgesetzt werden. Genau wie Befragungsperson 4 empfand sie durch das nicht vorhandene Wissen Überforderung. Mit dem Verlauf der Zeit war es ihr jedoch möglich sich weiterzubilden und dadurch die rechtlichen Strukturen des freiwilligen Engagements kennenzulernen. Dadurch wird der bereits erwähnte Prozess der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland deutlich.

#### 5.1.4 Wünsche und Erwartungen an die Landeshauptstadt Magdeburg

Abschließend werden in der Diskussion geäußerte Wünsche der Befragungspersonen bezüglich der Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Magdeburg erörtert. Befragungsperson 3 eröffnet seinen Orientierungsrahmen mit der Proposition: „Manche können in kurzer Zeit [...] die können [sich] gut integrieren.“ Er zeigt dadurch auf, dass Menschen mit Migrationshintergrund unterschiedliche subjektive Voraussetzungen haben, welche die Integration entweder begünstigen oder erschweren. Außerdem wird deutlich, dass der Integrationskontext nicht verallgemeinert werden kann. Dies erläutert er auch in der darauffolgenden Elaboration, dass „manche [...] ein bisschen mehr Zeit“ brauchen. Durch seine eigene Migrationserfahrung konnte er bereits Erlebnisse in diesem Bereich sammeln und feststellen, dass der bisherige zeitliche Rahmen zu knapp gesetzt ist. Er konkludiert: „wir müssen ein bisschen mehr Zeit auch geben für die Leute“ und formuliert dadurch seinen Wunsch an die Stadt. Außerdem wird durch das Wort „wir“ erkennbar, dass er sich mit Deutschland identifizieren kann und dabei nicht nur die staatliche, sondern auch die gesellschaftliche Ebene anspricht. Trotz seiner Zuschreibung zu Deutschland macht Befragungsperson 3 eine emotionale Belastung deutlich die auf ihn einwirkte. Er propositioniert: „wenn jeder braucht Physiologik oder wenn jeder braucht einen Beratungsdienst“ und elaboriert weiter: „Das [müssen sie] irgendwie kriegen.“ Dadurch veranschaulicht Befragungsperson 3, dass er ein Defizit an psychosozialer Unterstützung für Menschen mit Migrationshintergrund in Magdeburg erlebt und mehr Angebote geschaffen werden müssen, die für alle Menschen zugänglich sind. Auch zeigt sich in seinem Orientierungsrahmen, dass er nicht genau weiß, wie diese Erwartung umgesetzt werden kann. Daraufhin antwortet Befragungsperson 2 in Form einer Validierung auf den Orientierungsgehalt: „und dafür sitzen wir heute hier, [um] genau das zu besprechen.“ Dadurch geht Befragungsperson 3 auf die Ansprache des Problems ein und es wird ersichtlich, dass Befragungsperson 2 davon ausgeht, dass jeder Mensch zu Änderungen beitragen kann. Dies elaboriert er weiter aus: „dass man das weiter hoch in die Ebene trägt beim Stadtrat.“ und bestärkt dadurch, wie

wichtig er es findet, individuelle Bedürfnisse nicht nur innerhalb sozialer Netzwerke, sondern auch auf Kommunalebene anzusprechen, um eine Veränderung zu bewirken.

Befragungsperson 4 hingegen propositioniert, dass er sich „Unterstützung durch nicht nur Geld und Förderung und so weiter“ wünscht. Dadurch setzt er eine Abgrenzung zu monetären Förderungen und zeigt, dass in dem Bereich der gesellschaftlichen Teilhabe, andere Unterstützungsmaßnahmen erforderlich sind. Er spezifiziert den Wunsch in Form einer Elaboration, dass er „einen Ort [...] finden [möchte], damit [...] wir alle zusammensitzen [können].“ Demnach möchte er einen Austausch durch ein Treffen bzw. einen Treffpunkt ermöglichen, um die gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Die Konklusion „zum Beispiel wie einewelthaus.“ verdeutlicht, dass ihm einige Angebote bereits bekannt sind, er aber nicht weiß, wie er dort Ansprechpartner finden kann. Dadurch veranschaulicht er, dass er mehr Unterstützungsbedarf als nur bei der Raumsuche braucht. Außerdem ist er interessiert, neben den ihm bereits bekannten Strukturen auch neue Treffpunkte in Magdeburg zu schaffen. Befragungsperson 5 validiert daraufhin die Konklusion der Befragungsperson 4: „Ja, das ist der Ort schlechthin“, wodurch er zu erkennen gibt, dass er einen positiven Bezug zum ewh hat. Zu einem späteren Zeitpunkt der Gruppendiskussion propositioniert Befragungsperson 4, es gäbe „bloß einfach[e] Gruppen von Migranten, die wollen etwas machen.“ Dadurch wird deutlich, dass abgesehen von ihm und seinem Umfeld auch andere Menschen mit Migrationshintergrund an der gesellschaftlichen Teilhabe durch freiwilliges Engagement interessiert sind. Er macht darauf aufmerksam, dass diese Gruppierungen sich noch nicht in Form von Vereinen, MSO oder anderen Strukturen im Engagementbereich eingefunden haben. Weiter elaboriert er, dass es „vielleicht gleichzeitig [...] jemand[en] von der Stadt [der bereit ist] zu sagen: ‚Ja, kannst du das machen, richtig und so weiter.‘“ geben muss. Dadurch wird ersichtlich, dass er sich Unterstützung seitens der Stadt von Menschen, die sich mit den Möglichkeiten des freiwilligen Engagements auskennen, wünscht, die ihm und anderen Menschen mit Migrationshintergrund hilft ebendiese Strukturen kennenzulernen und auszubilden. Des Weiteren drückt er damit seinen Willen aus, neue Informationen zu erhalten und möchte dadurch einerseits seine Interessen vertreten und andererseits eine größere gesellschaftliche Teilhabe erzielen. Befragungsperson 4 konkludiert daraufhin, dass es „niemand [en gibt], der sagt: ‚Mach das und mach das.‘, oder hilft.“ Sein Orientierungsrahmen bildet sich aus dem Wunsch nach unterstützenden Angeboten, die für ihn aber noch nicht zur Verfügung stehen. Er und andere Menschen mit Migrationshintergrund möchten von einem Austausch mit Menschen, die über ein größeres Wissen bezüglich Selbstorganisation verfügen, profitieren und so das freiwillige Engagement fördern. Auch äußert sich im Orientierungsgehalt, dass er noch keine Informationen über unterstützende Angebote seitens der Stadt erlangt hat.

Ebenso wie die anderen Befragungspersonen erörtert Befragungsperson 5 seine Wünsche an die Stadt Magdeburg. Er propositioniert: „Also man braucht strukturelle Unterstützung“ und führt den

Orientierungsgehalt mit der Elaboration: „das ist die Voraussetzung für Projekte, für Aktionen“ weiter aus. Damit äußert er den Wunsch auf Unterstützung seitens der Stadt allgemein und differenziert diesen nicht weiter aus. Außerdem impliziert er, dass diese Strukturen noch nicht genügend in Bezug zu Menschen mit Migrationshintergrund und auch in den unterschiedlichen Strukturen des ehrenamtlichen Engagements ausgebaut sind. Darüber hinaus äußert er weitere Erwartungen in der Diskussion. So propositioniert Befragungsperson 5, dass „einfach mal [...] zugängliche, niederschwellige Angebote reichen“ würden. Infolgedessen verdeutlicht er den Wunsch, dass Angebote geschaffen werden sollten, durch die Menschen mit Migrationshintergrund unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus angesprochen werden und dadurch in der Gesellschaft partizipiert werden können. Die Proposition führt er in der darauffolgenden Elaboration weiter aus: „wo man ohne viel Verwaltung pauschaliert arbeiten“ kann. Befragungsperson 5 zeigt dadurch auf, dass dies im Moment noch nicht gegeben ist und dass Menschen mit Migrationshintergrund durch den hohen Aufwand einer hohen bürokratischen Last ausgesetzt sind. In der darauffolgenden Elaboration: „Das sind die Sachen. Wir sind hier abhängig vom Staat, weil wir noch zu jung sind“ spricht er über die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Dadurch, dass ein Großteil der Menschen sich noch keine lange Zeit in Deutschland aufhält, bezeichnet er die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund pauschalisierend als „jung.“ Infolgedessen ist diese Gruppe nach Befragungsperson 5 noch neu im deutschen Staatssystem und kann dadurch noch nicht unabhängig arbeiten. Deswegen sieht er es als Aufgabe des Staates diese Unabhängigkeit zu fördern, damit im Zuge dessen die gesellschaftliche Teilhabe erlangt werden kann. In Anlehnung dessen konkludiert er: „Wir gestalten unsere Netzwerke, Communities, wir haben die nicht, wir gestalten die noch, ne?“ Sein Orientierungsgehalt wird durch die Erfahrung des Prozesses, welchen die gesellschaftliche Teilhabe birgt, gebildet. Ebenfalls sind ihm die verschiedenen Strukturen des freiwilligen Engagements bewusst und er setzt sich dafür ein, dass auch andere Menschen mit Migrationshintergrund in der Hinsicht weitergebildet und dadurch gestärkt werden ihre Strukturen auszubauen. Durch neue, niedrigschwellige Maßnahmen können diese Netzwerke nach seiner Meinung etabliert werden.

### 5.1.5 Einordnung der Gruppendiskussionsergebnisse

Die Befragungspersonen der Gruppendiskussion weisen Unterschiede innerhalb der Orientierungen bezüglich der gesellschaftlichen Teilhabe auf. Trotzdem können einige Ähnlichkeiten bezüglich der Orientierungen erkannt werden. Beispielsweise sind die Beweggründe gesellschaftlicher Teilhabe der Diskussionsteilnehmer zum großen Teil einerseits integrationsperspektivisch ausgeprägt und werden andererseits durch den Wunsch Interessen in der Gesellschaft zu vertreten geprägt. Sowohl Befragungsperson 5, Befragungsperson 4 und Befragungsperson 2 wollen durch die gesellschaftliche Teilhabe in Deutschland partizipieren. Des Weiteren wurde deutlich, dass die Befragungspersonen in unterschiedlichen Strukturen des freiwilligen Engagements gesellschaftlich teilhaben. So arbeitet Befragungsperson 5 auf politischer Ebene, um die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu unterstützen. Während Befragungsperson 4 im Moment noch in den Vorbereitungen einer Vereinsgründung aktiv ist, berichtet Befragungsperson 1 von den positiven Erfahrungen, die sie durch die Vereinsarbeit machen konnte. Befragungsperson 4 zeigt ein großes Interesse an der Vereinsgründung, die jedoch durch einen großen Bürokratieaufwand und einer zu geringen Unterstützung noch nicht umgesetzt werden konnte. Auch die anderen Teilnehmer erleben eine Vielzahl an Herausforderungen im Zuge der gesellschaftlichen Teilhabe. Zum Beispiel sieht Befragungsperson 3 ein großes Problem in den Teilnahmebedingungen bei Sprachkursen. Im Gegensatz dazu äußert Befragungsperson 5, dass Menschen mit Migrationshintergrund nicht oft genug nach ihren Bedürfnissen bezüglich der Teilhabe gefragt werden und auf höheren Ebenen Maßnahmen veranlasst werden, die wenig Migrationsbezug haben. Befragungsperson 4 und Befragungsperson 1 nehmen Problematiken bezüglich der hohen Bürokratieanforderungen innerhalb des freiwilligen Engagements wahr, was die gesellschaftliche Teilhabe erschwert. Auch sind die rechtlichen Grundlagen häufig nicht bekannt, was die Gründung eines Vereines erschwert und somit weder eine Interessenvertretung noch gesellschaftliche Teilhabe auf verschiedenen Ebenen möglich sind. Die meisten Wünsche, welche geäußert wurden, leiteten die Befragungspersonen von den eben aufgeführten Herausforderungen ab. So wurde eine Stärkung der Unterstützungsangebote für freiwilliges Engagement vor allem von Befragungsperson 5 und Befragungsperson 4 angesprochen. Diese bezieht sich nach Befragungsperson 5 auf den strukturellen Ausbau und nach Befragungsperson 4 auf die Erweiterung des Austauschs durch neue Orte und dem Erlangen von neuen Informationen bezüglich der Engagementarbeit. Ebenso möchte Befragungsperson 5, dass seitens der Stadt Magdeburg neue Angebote geschaffen werden, die zugänglich für alle Menschen mit Migrationshintergrund sind, um dadurch auch die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen zu fördern, die sich noch nicht aktiv engagieren. Dahingegen möchte Befragungsperson 3, dass die generellen Strukturen für Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt ausgebaut werden und die



Individualität des Einzelnen im Migrationsprozess beachtet wird, da Menschen mit Migrationshintergrund sich unterschiedlich schnell integrieren können.

## 5.2 Handlungsempfehlungen

Im Kontext der Gruppendiskussion wurde mehrmals das Nichtvorhandensein von Strukturen für das freiwillige Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund benannt. Dementsprechend müssen diese ausgebaut und gefördert werden, um so auch den Zugang dazu zu erleichtern. Die Menschen mit Migrationshintergrund sprachen davon, dass ihnen Informationen für die Gründung eines Vereins fehlen. So sollten ebendiese Informationen bezüglich der generellen Strukturen des freiwilligen Engagements und des Vereinsrechts etc. vorhanden sein und verständlicher vermittelt werden. Dies kann beispielsweise in Form von niedrigschwelligen, im besten Fall mehrsprachigen und frei zugänglichen Informationsveranstaltungen durchgeführt werden, sodass so viele Menschen mit Migrationshintergrund wie möglich angesprochen werden. Auch könnte die kostenfreie Weiterbildung von Menschen mit Migrationshintergrund zu Multiplikatoren angestrebt werden, da dadurch sowohl größere Migrantengruppen in unterschiedlichen Sprachen angesprochen werden können, als auch die Wahrscheinlichkeit erhöht werden kann, den Prozess der gesellschaftlichen Teilhabe durch das Fördern sozialer Netzwerke zu erleichtern. Diese Hilfe zur Selbsthilfe innerhalb der verschiedenen Migrantengruppen kann langfristig dazu führen, dass die Kommune entlastet wird. Durch die Veranstaltungen sollten Menschen mit Migrationshintergrund die unterschiedlichen Arten des freiwilligen Engagements vorgestellt und erklärt werden sowie die Möglichkeiten der staatlichen Unterstützung innerhalb dieser Strukturen aufgezeigt werden. Mehrmals wurde auch die Problematik des fehlenden Wissens im Umgang mit hohem bürokratischem Aufwand angesprochen, wodurch die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund gehemmt ist. Um dies zu verringern könnten Menschen, die sich ebenfalls freiwillig engagieren und sich im bürokratischen System besser auskennen, als Buddys weitergebildet werden, um Menschen mit Migrationshintergrund zu unterstützen. Dadurch werden der interkulturelle Austausch und ebenso Interessen und Informationsvermittlung gefördert.

Aus der Gruppendiskussion konnte des Weiteren entnommen werden, dass ein Teil der Befragungspersonen ihres Erachtens nach zu wenig Angebote und Orte kennen, um ihr Engagement in der Gesellschaft zu fördern. Deshalb sollte mehr Öffentlichkeitsarbeit bezüglich der Veranstaltungen und Möglichkeiten der Zusammenkunft und des Engagements betrieben werden. Hierbei bildet der Migrationswegweiser Magdeburg eine gute Grundlage. Fraglich ist jedoch, wie vielen Menschen mit Migrationshintergrund in Magdeburg dieses Angebot bekannt ist und vielmehr noch, wie Menschen mit Migrationshintergrund, welche die deutsche Sprache noch nicht verstehen oder nicht lesen können angesprochen werden. Auch Menschen, die über keinen Internetanschluss verfügen, können

sich über die gelisteten Internetadressen schwer über Veranstaltungen informieren. Dementsprechend müssen weitere Angebote geschaffen werden, um noch nicht partizipierende Menschen anzusprechen und den bereits beteiligten mehr Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe aufzuzeigen. So könnten Menschen mit Migrationshintergrund beispielsweise in Integrationskursen verschiedene Möglichkeiten des freiwilligen Engagements nahegelegt werden. Außerdem könnten Informationsmaterialien in unterschiedlichen Sprachen gedruckt werden, sodass Sprachbarrieren verringert werden. Des Weiteren ist auch die Durchführung von Informationskampagnen eine Vorgehensweise, um Menschen mit Migrationshintergrund für die Arbeit in Form vom freiwilligen Engagement zu erreichen. Dabei können MSO unterstützend wirken. In der Gruppendiskussion verdeutlichten einige Teilnehmer außerdem die Schwierigkeit das Mitspracherecht auf kommunaler Ebene zu entfalten. So würden laut den Befragungspersonen Gesetze und Entschlüsse über, aber nicht mit Menschen mit Migrationshintergrund geschlossen, wodurch ebendiese sich exkludiert fühlen. Um die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund im Bereich des freiwilligen Engagements zu steigern, sollte langfristig ein besserer Austausch zwischen den Migrantenselbstorganisationen und der kommunalen Ebene realisiert werden. Beispielsweise könnte ein regelmäßiges Treffen zum Austausch von Bedürfnissen und Veränderungsvorschlägen organisiert werden. Dabei sollten jedoch nicht nur beteiligte Vereine, sondern vielmehr auch Menschen aus MSO, Verbänden und Projekten teilnehmen dürfen, da aus der Gruppendiskussion herausging, dass sie oftmals nicht integriert sind. Dadurch könnten dann nicht nur Konzepte der Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe für, sondern viel mehr mit Menschen mit Migrationshintergrund geschaffen werden und somit einerseits den Demokratiedanken stärker zu leben und andererseits auch schon in diesem Prozess die Integration sowohl individuell als auch kollektiv zu fördern.

## 6 Deutsche Staatsbürgerschaft

### 6.1 Ergebnisse der Gruppendiskussion

Die Gruppendiskussion zum Thema Staatsbürgerschaft wird unter verschiedenen Fragestellungen ausgewertet. Dazu gehören die Beweggründe für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft, das Staatsbürgerverständnis, die Folgen der deutschen Staatsbürgerschaft und abschließend die Wünsche der Befragungsteilnehmer erläutert. An der Diskussion nahmen drei Befragungspersonen teil, wobei Befragungsperson 2 und 3 die deutsche Staatsbürgerschaft durch das Einbürgerungsverfahren schon erhalten haben. Des Weiteren stammen Befragungsperson 1 und 2 aus den sogenannten Drittstaaten, während Befragungsperson 3 aus einem Land der EU stammt.

#### 6.1.1 „Wie soll man sich denn politisch engagieren?“ – Beweggründe für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft

Auf die Einstiegsfrage, welche Beweggründe die befragten Personen für das Erlangen der deutschen Staatsbürgerschaft haben, propositioniert Befragungsperson 2 zunächst, dass sie, obwohl sie die Bedingungen zur Einbürgerung erfüllte, erst „später, nach sehr langer Zeit habe ich trotzdem dann diese Entscheidung getroffen den Antrag auf Einbürgerung zu stellen.“ Durch diese Aussage wird deutlich, dass sie die Entscheidung des Erlangens der deutschen Staatsbürgerschaft nicht mit ihren vorherigen Orientierungen einhergeht. Trotzdem hat sie den Entschluss selbst getroffen, auch wenn diese Veränderung der Orientierungen von Befragungsperson 2 mehrere Jahre andauert hat. Obwohl sie zuvor die deutsche Staatsbürgerschaft nicht annehmen wollte, handelt sie mit dem Antrag auf Einbürgerung entgegen ihrer grundsätzlichen Orientierung, da sie glaubt bessere Chancen in Deutschland durch die Einbürgerung zu haben. Den Grund für den Orientierungsumbruch und die dadurch getroffene Entscheidung elaboriert sie im Weiteren: „weil das nur alleine wirst diese politisches Recht [haben].“ Somit war ihr ausschlaggebender Beweggrund für das Erlangen der deutschen Staatsbürgerschaft die politische Partizipation durch die daraus resultierenden Rechte. Zuvor hatte sie keine Möglichkeit zu wählen und konnte sich deswegen nicht am politischen Geschehen beteiligen. Befragungsperson 2 konkludiert die Orientierung mit der Aussage: „Also als Ausländer, als Migrantin hier in Deutschland, habe ich gar kein Recht so mitzuwirken.“ Dadurch stellt sie dar, dass die Gruppe von Ausländern von den Bürgern der Bundesrepublik durch das Nichtvorhandensein bestimmter Rechte ausgegrenzt sind. Ihr Orientierungsrahmen wird einerseits durch den Einfluss der Rechtsregelungen des deutschen Staates gebildet. Dahingehend stellt sie eine passive Akteurin dar, da sie ebendieses System nicht beeinflussen kann und nur durch den Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft auf politischer Ebene agieren kann. Obwohl sie die Entscheidung

eigenständig getroffen hat, befindet sich die Befragungsperson 2 in einem persönlichen Konflikt. Einerseits hat sie durch die Einbürgerung die Möglichkeit, sich in Deutschland aktiv zu beteiligen. Andererseits muss sie dadurch ihre Staatsbürgerschaft ablegen und verliert dadurch einen Teil ihrer formellen Identität, welche Befragungsperson 2 auch mit den Normen und Werten des Herkunftslandes verbindet. Dabei stellt für sie der Nutzen den sie durch die Einbürgerung erlangt, eine größere Chance dar als das Verlustgefühl, dass in Verbindung mit ihrem Herkunftsland steht.

Befragungsperson 3 propositioniert seine Orientierung durch eine rhetorische Frage: „Wie soll man sich denn politisch engagieren?“ Dies verdeutlicht, dass auch bei ihm das Recht zur politischen Partizipation durch die Einbürgerung einen hohen Stellenwert einnimmt. Außerdem impliziert er nicht nur seine Sichtweise, sondern vertritt durch das Pronomen „man“ die Ausländer, die ohne die deutsche Staatsbürgerschaft nicht alle Rechte haben. Auch zeigt er dadurch einen gewissen Zynismus, da Menschen, die sich mit der Thematik beschäftigen wissen, dass die politische Partizipation ohne deutsche Staatsangehörigkeit eingeschränkt ist. Anhand eines Beispiels führt er die Frage in Form einer Elaboration weiter aus, es „beginn[e] doch schon [mit dem] Wahlrecht.“ Auch hier wird der Wunsch nach dem politischen Mitbestimmungsrecht deutlich. Außerdem zeigt er, dass dies nur eine Komponente aufzeigt und nicht eingebürgerte Personen noch weitere Benachteiligungen haben. Weiter führt Befragungsperson 3 die Elaboration aus: „Steuern kannst du zahlen, aber du darfst nicht bestimmen, wenn die das Geld ausgeben.“ Demnach haben Ausländer die Verpflichtung Steuern zu zahlen, dürfen dahingegen aber nicht die gleichen Rechte in Anspruch nehmen, wie Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit und haben dadurch nicht die Möglichkeit, eigene Interessen in die Politik einzubringen oder zu vertreten. Es kann erkannt werden, dass Befragungsperson 3 zum Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft ähnlichen Anforderungen ausgesetzt war und auch nahezu identische Motive wie Befragungsperson 2 hatte. Obwohl beide nicht von Geburt an die deutsche Staatsangehörigkeit hatten, interessieren sie sich für die politischen Umstände im Land und wollen aktiv partizipieren. Ebenso zeigt er Unverständnis gegenüber der Regelung der Rechte und Pflichten von Ausländern, da sie beispielsweise, trotz monetärer Abgaben, ein geringeres Recht auf das Einbringen ihrer Meinung in der Gesellschaft haben. Wie auch zuvor erörtert, beschreibt Befragungsperson 3 die Handlungsunfähigkeit und Passivität, die die Ausländer ohne deutsche Staatsangehörigkeit ausgesetzt sind.

Während der Diskussion erläutert Befragungsperson 3 noch einen anderen Grund für den Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft. Diese Begründung führt er mit der folgenden Proposition aus: „Das war mehr praktischer Natur, was die Reisen anbetrifft.“ Folglich hat er durch den Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft einen Eigennutzen, da mit dem deutschen Pass in vielen Ländern ohne Visa gereist werden kann und diese Voraussetzung in seinem Herkunftsland nicht gegeben ist. Dies wird auch in der darauffolgenden Exemplifizierung der Proposition deutlich. „Mit deutschem Pass brauchst du kein

Visum, mit [ausländischem] brauchst du“ elaboriert Befragungsperson 3 weiter. Ihm ist bewusst, dass er durch diese Aussage die Wertigkeit des deutschen Passes idealisiert, da trotz der teilweise besser ausgeprägten Reisemöglichkeiten, für bestimmte Länder ebenso ein Visum gebraucht wird. Der Orientierungsrahmen von Befragungsperson 3 ist demnach aus dem Wissen über das Erlangen neuer Handlungsmöglichkeiten und neuer Reisemöglichkeiten geprägt.

Im Gegensatz zu den anderen Befragungspersonen propositioniert Befragungsperson 1: „Mir ist das noch zu früh“, was darauf hinweist, dass er die deutsche Staatsbürgerschaft noch nicht erworben hat. An späterer Stelle der Diskussion propositioniert er: „Das ist neun Monate gültig.“ Mit dieser Aussage bezieht er sich auf die zeitliche Gültigkeit seines derzeitigen Aufenthaltsstatus - einer Duldung. Daraufhin propositioniert er die Problematiken der Duldung: „Ich wollte [...] meine Wohnung [tauschen].“ Und zeigt damit, dass er mit seiner bisherigen Wohnsituation unzufrieden ist und dadurch aktiv auf der Suche nach einer neuen Wohnung ist. Die darauffolgende Elaboration: „Ich habe gefunden [...] dann sie hat gesagt:“, verdeutlicht, dass er mit dem Eigentümer einer neuen Wohnung sprach. Seine Bemühungen der Wohnungssuche haben sich demnach zunächst bezahlt gemacht. Daraufhin konkludiert er die Orientierung mit einem direkten Zitat des Eigentümers: „Ihr Ausweis ist unter ein Jahr gültig. Sie dürfen nicht tauschen Wohnung.“ Dies zeigt einerseits, die Auswirkungen der gesetzlichen Regelungen auf Befragungsperson 1. Er kann mit seinem derzeitigen Aufenthaltsstatus nicht frei entscheiden, in welcher Wohnung erleben kann und erlebt dadurch Einschränkungen in seiner Lebensqualität. Außerdem ist er machtlos und kann an dieser Situation nichts verändern.

#### 6.1.2 „Wir werden nicht Deutsche, sondern Bürger dieser Republik“ – Das Staatsbürgerverständnis

Der darauffolgende Abschnitt der Gruppendiskussion bezog sich auf das individuelle Staatsbürgerverständnis der Teilnehmer. Befragungsperson 3 führt seine Orientierung durch die Proposition „wir werden deutsche Staatsbürger“ an und zeigt dadurch die Prozesshaftigkeit des Erlangens der deutschen Staatsbürgerschaft auf. Ebenso sieht er sich und andere Ausländer vor dem Einbürgerungsprozess trotz des Aufenthalts in Deutschland nicht als staatszugehörig. Daraufhin elaboriert er weiter, dass die Personengruppe durch die Einbürgerung „aber [...] keine Deutschen [werden].“ Damit distanziert er sich von der deutschen Nationalidentität und zeigt damit, dass er und andere Ausländer mit der deutschen Staatsangehörigkeit trotzdem ihre eigene Nationalität aus der Sicht der deutschen Gesellschaft erhalten bleibt. Dies führt Befragungsperson 3 weiter aus, dass er und andere Eingebürgerte trotz der deutschen Staatsbürgerschaft von Deutschen nicht als Deutsche wahrgenommen wird. Weiter konkludiert er: „So und das ist ja der große Unterschied“, wodurch nochmals die Abgrenzung zu deutschen Staatsbürgern mit und ohne Migrationshintergrund hergestellt wird.

Auch wird wieder deutlich, dass Befragungsperson 3 zwischen den Rechten und Pflichten und dem Nationalgefühl, welches deutsche Staatsbürger haben, unterscheidet. In der darauffolgenden Orientierung propositioniert er, dass die Einbürgerung ein „Zugang der Migranten in die Bundesrepublik“ darstellt. Demnach verdeutlicht er die Chancen innerhalb des Landes, die Ausländer durch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Er elaboriert weiter, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich „für das Land verantwortlich“ fühlen und drückt dadurch die Zugehörigkeit zur Bundesrepublik aus. Ebendies elaboriert er in Form von Exemplifizierungen weiter aus: „Wir arbeiten hier, wir zahlen Steuern, wir identifizieren uns mit dem Grundgesetz.“ Einerseits zählt er mit dieser Aussage Grundvoraussetzungen zum Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft auf, wie die Annahme des Grundgesetzes. Andererseits wird der Integrationswille deutlich, den Befragungsperson 3 hat. Durch das Erfüllen der Pflichten und das Wahrnehmen der Rechte von deutschen Staatsbürgern zeigt er sein Pflichtbewusstsein und einen positiven Bezug zur Bundesrepublik und dadurch auch zum Staatskonstrukt auf.

Durch die darauffolgende Konklusion distanziert er sich abermals vom ethnisch-kulturellen Nationalstaatsgedanken, indem er die Elaboration weiter differenziert: „aber wir werden nicht Deutsche, sondern Bürger dieser Republik.“ Wie auch schon im Vorhinein spricht Befragungsperson 3 in der Mehrzahl, wodurch seine Erfahrungen und Einstellungen auf andere Ausländer projiziert und auch für sie sprechen möchte. Er verdeutlicht die Verbundenheit von Menschen mit Migrationshintergrund zur Bundesrepublik, jedoch ebenso die Differenzierung, die eingebürgerte Menschen mit Migrationshintergrund trotz deutscher Staatsbürgerschaft erleben. Ebenso distanziert er sich auch vom ethnisch-kulturellen Nationalstaatsgedanken und zeigt dadurch, dass er das interkulturelle Zusammenleben in der Bundesrepublik präferiert. Sein Orientierungsrahmen wird demnach von den Voraussetzungen und Chancen für die Einbürgerung gebildet, welchen er sich bewusst ist. Auch hat er eine individuelle Vorstellung von der deutschen Nationalidentität, die durch die Wechselwirkung von äußeren Einflüssen und der subjektiven Wahrnehmung weiter ausgeprägt wird. Er fühlt sich zugehörig zur deutschen Bundesrepublik und der im Land vorhandenen Demokratie. Außerdem beinhaltet sein Orientierungsrahmen das Leben in der Demokratie in einem multikulturellen Kontext.

An einer späteren Stelle der Diskussion propositioniert er nochmals eine Orientierung über das deutsche Nationalverständnis: „Ich habe ja den Vorteil, ich sehe aus als Mitteleuropäer.“ Damit sieht er sich selbst in einer besseren Position als Menschen mit Migrationshintergrund, die keinen mitteleuropäischen Phänotyp haben und somit nicht deutschen Bürgern ähneln. Dabei setzt er nur auf oberflächliche, äußere Werte und impliziert, dass Deutsche ohne Migrationshintergrund Vorurteile gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund haben, die nicht mitteleuropäisch aussehen. Dies führt er in der Elaboration „aber bei Ihnen, ob Sie den deutschen Pass haben oder nicht“ und

anschließender Konklusion „Sie bleiben in der Wahrnehmung der Deutschen so [ausländischer Herkunft]“, bei welcher Befragungsperson 2 angesprochen wird weiter aus. Dadurch zeigt er, dass es Befragungsperson 2 durch ihr Aussehen schwerer hat, da sie eine andere ethnische Herkunft als die Mitteleuropäische hat und dadurch trotz deutscher Staatsbürgerschaft von der Gesellschaft nicht als ‚deutsch‘ angesehen wird. Dabei vertritt er die Meinung, dass deutsche Bürger ohne Migrationshintergrund noch immer das Abstammungsprinzip unterstützen und das damit einhergehende Nationalverständnis vertreten und demnach Staatsbürger mit Migrationshintergrund nicht als ‚deutsch‘ gelten. Er plädiert für ein republikanisches Staatsverständnis, wodurch es Menschen mit verschiedener Herkunft ermöglicht, deutsche Bürger zu sein. Dafür muss seiner Meinung nach öffentlich geworben werden.

Befragungsperson 3 äußert seine Sichtweise durch folgende Proposition: „wenn wir das wollen, wir werden es nicht.“ Seine Aussage bezieht sich auf das ‚Deutsch‘ sein. Dadurch zeigt er, dass es Menschen mit Migrationshintergrund nicht möglich ist, sich durch die deutsche Staatsangehörigkeit als deutsche Staatsbürger zu verstehen, weil die gesellschaftliche Akzeptanz fehlt. Seiner Meinung nach betrachten Deutsche ohne Migrationshintergrund Menschen ausländischer Herkunft mit deutscher Staatsbürgerschaft nicht als ‚deutsch‘. Er legt damit seine subjektive Meinung dar und generalisiert diese. Dazu exemplifiziert er in der darauffolgenden Elaboration, dass Menschen mit Migrationshintergrund „anders sozialisiert [sind] und einen „anderen kulturellen Hintergrund [haben]“ und setzt damit eine Grenze zwischen Menschen deutscher und ausländischer Herkunft. Außerdem propositioniert er, dass er sich „über den Pass nicht zu diesem Land [identifiziert]“ und elaboriert daraufhin, dass die Identifikation mit Deutschland „über den Gedanken ‚Ich bin Staatsbürger.‘“ hergestellt wird und macht darauf aufmerksam, dass er unabhängig vom Pass sich mit Deutschland identifiziert. Auch in diesen Aussagen wird die vorher beschriebene Orientierung der Abgrenzung zu Staats- und Nationalangehörigkeit sowie sein Integrationswille sichtbar.

Befragungsperson 2 propositioniert ihr Verständnis von Staatsbürgerschaft: „wichtig für mich ist auch als Bürger von einem Land, wo man lebt.“ Dadurch macht sie zunächst deutlich, dass sie ihre subjektive Ansicht kundgibt und keine verallgemeinerte Aussage tätigt. Sie definiert die Bürgerschaft, ebenso wie Befragungsperson 3, als einen Status, welcher durch die Einbürgerung erlangt wird. Auch zeigt sie, dass sie Bürgerin Deutschlands, dem Land in welchem sie seit vielen Jahren ihren Lebensmittelpunkt hat sein möchte. Dadurch wird auch das Interesse an Partizipation innerhalb des Landes erkennbar, weswegen sie keine ausländische Staatsbürgerschaft mehr besitzen möchte, da sie dieser in der politischen Mitbestimmung einschränkt. Weiter elaboriert sie, dass „man auch diese Gefühle, nicht nur Gefühle, sondern auch diese Verantwortung [trägt].“ Dies zeigt einerseits, dass der Aufenthaltsort für Befragungsperson 2 ein ausschlaggebender Punkt für die Staatszugehörigkeit ist und nicht primär die Angehörigkeit der angeborenen Nationalität. Auch führt sie andererseits die emotionale

Komponente, sowie das Verantwortungsbewusstsein auf, um ihre Verbundenheit zu Deutschland zum Ausdruck zu bringen. Sie fühlt sich durch die deutsche Staatsbürgerschaft zugehörig zum Land und ist dadurch auf verschiedene Weisen mit diesem verbunden. Diese werden von ihr einerseits auf emotionaler Ebene, wie durch gesellschaftliche Teilhabe, als auch durch das Erfüllen von Pflichten wahrgenommen. Sie konkludiert die Orientierung über ihr Staatsbürgerschaftsverständnis mit der Aussage: „dass ich irgendwas mach[e] für dieses Land.“ Ebenso wie bei Befragungsperson 3 zeigt sie dadurch ein Verantwortungsbewusstsein für das Leben in Deutschland, beispielsweise durch das Umsetzen der gegebenen Rechte und Pflichten. Sie möchte in der Bundesrepublik Teil der Demokratie sein und sich mit ihrer Stimme an der Umsetzung der Demokratie beteiligen. Auch spielt der Integrationsgedanke eine wichtige Rolle für sie, da sie dadurch ein Teil der deutschen Gesellschaft werden kann und sowohl auf kultureller und sozialer, als auch auf wirtschaftlicher Grundlage einen Teil der Demokratie bilden kann.

### 6.1.3 „Ich habe ein Stückchen Identität abgegeben.“ – Folgen der deutschen Staatsbürgerschaft

Während des Interviews wurde deutlich, dass das Erlangen der deutschen Staatsbürgerschaft für die Befragungspersonen unterschiedliche Auswirkungen hat, beziehungsweise noch haben kann. Diese fallen, je nach Individuum positiv oder negativ aus. Befragungsperson 3 propositioniert seine Orientierung zu den Folgen der Einbürgerung beispielsweise mit den Worten: „In den meisten Fällen musst du deine Staatsbürgerschaft abgeben.“ Damit zeigt er, dass viele Ausländer mit dem Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft einen Teil ihrer eigenen Identität durch die Abgabe der eigenen Staatsbürgerschaft verlieren und ihnen dafür eine neue, die deutsche, Identität zugeschrieben wird. Dadurch ergeben sich für die Eingebürgerten wiederum auch Vorteile, wie den Erhalt neuer Rechte in der Bundesrepublik.

Durch seine Wortwahl zeigt Befragungsperson 3 auch, dass einen Zwang gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund ausgeübt sieht, da sie die alte Staatsangehörigkeit abgeben müssen und dadurch diszipliniert werden. Dadurch eröffnet er einen positiven Gegenhorizont, da das Prinzip der Mehrstaatlichkeit auch eine Möglichkeit des Erlangens der deutschen Staatsbürgerschaft wäre. Befragungsperson 2 validiert die Proposition, indem sie sagt: „Das ist auch in meinem Fall [so].“ Dadurch kommt ein kollektiver Orientierungsrahmen zum Ausdruck. Im Anschluss führt Befragungsperson 3 wiederum die Orientierung durch eine Elaboration weiter aus. Die Abgabe der deutschen Staatsbürgerschaft sei „nicht nur ein Verwaltungsproblem, sondern ein, meiner Meinung, sehr starke[s] emotionale[s] Problem.“ Dadurch spricht er die Gefühlsebene an, die durch den Verlust der eigenen Staatsangehörigkeit tangiert wird und zeigt dadurch, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund die Frage der Staatsbürgerschaft emotional aufladen.



In der darauffolgenden Orientierung beschreibt Befragungsperson 3 den Vorgang der Einbürgerung und verdeutlicht dadurch den Identitätsverlust. Dazu propositioniert er zunächst: „Da steht ein Beamter, der nimmt ihm den Pass weg.“ Hierbei wird das hierarchische Konstrukt deutlich, welchem er in dieser Situation ausgesetzt war. Durch die Abgabe seiner Ausweismöglichkeiten war Befragungsperson 3 für eine kurze Zeit sowohl Staaten- als auch Identitätslos und musste dies in einer passiven Rolle annehmen, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen. Der ausführende Beamte nimmt durch die tätige Position eine Machtposition ein, die die symbolische Zukunft von Befragungsperson 3 in der Hand hat und welcher er dadurch unterlegen ist. Die darauffolgende Wiederholung „richtig weg“ verdeutlicht die Unwiderrufbarkeit der Rückgabe der eigenen Staatsangehörigkeit durch den Einbürgerungsprozess und die negativen emotionalen Gefühle, die Befragungsperson 3 mit der Situation verbindet. Weiter elaboriert er „dann [...] den deutschen [gekriegt hat], so nach dem Motto: ‚Du darfst nur einen haben.‘“ Auch hier werden die Passivität und damit die Handlungsunfähigkeit deutlich, welcher Befragungsperson 3 ausgesetzt ist.

Der Einbürgerungsprozess wird vom deutschen Staat geleitet und dadurch auch der Entzug der eigenen nationalen Identität, sowie deren Neuzuschreibung. Befragungsperson 3 sieht dadurch eine Einschränkung in seinem Ausleben der Identität und konkludiert die Orientierung daraufhin: „Also du bist in einmal eine Sekunde wird dir bewusst: ‚Ich habe ein Stückchen Identität abgegeben.‘“ Damit verdeutlicht er nochmals die Emotionalität des Prozesses und den Verlust seiner formellen Identität. Ihm waren die Konsequenzen bewusst, welche er für den Erhalt der deutschen Staatsangehörigkeit aufnehmen musste.

Der Orientierungsrahmen von Befragungsperson 3 wird aus den gesetzlichen Regelungen der Bundesrepublik geprägt. Außerdem sind ihm die positiven Auswirkungen des Erhalts der deutschen Staatsangehörigkeit bekannt. Obwohl der Verlust der eigenen ursprünglichen nationalen Identität und die formelle Neuordnung eine große emotionale Hürde für Befragungsperson 3 darstellen, möchte er ein Bürger der Bunderepublik inklusive aller Rechte und Pflichten werden und nimmt die Konsequenzen dafür hin. Dadurch zeigt sich sein Interesse an der Mitgestaltung des Staates. Zum Vorschein kommt auch sein Wissen, welches trotz Ablegens der eigenen Staatsangehörigkeit seine Nationalität auch ohne formelle Komponenten weiter vorhanden bleibt.

Befragungsperson 2 musste ebenfalls durch die Einbürgerung ihre vorherige Staatsangehörigkeit abgeben. Sie propositioniert: „wo ich dann meine [ausländische] Staatsbürgerschaft aufgegeben habe“ und verdeutlicht damit, dass sie bereits die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Außerdem zeigt sie, dass sie nach einer bestimmten Zeitspanne eine bewusste Entscheidung für die deutsche Staatsangehörigkeit getroffen hat. Weiter elaboriert sie, dass sie durch die Abgabe der ursprünglichen Staatsbürgerschaft „auch [ihr] Recht auf Vermögen, so auch Erbschaft verloren [hat].“ Obwohl sie in Deutschland positive Auswirkungen durch die deutsche Staatsbürgerschaft erlebt, muss sie in ihrem

Geburtsland Konsequenzen wahrnehmen. Dadurch verliert sie teilweise den Bezug zum Herkunftsland und die Möglichkeit zur Mitbestimmung und erlebt, genau wie Befragungsperson 3, einen emotionalen Konflikt.

Die darauffolgende Konklusion in Form einer Wiederholung „ich verliere auch meine Rechte“ verdeutlicht die emotionale Auseinandersetzung, in welcher sich Befragungsperson 2 befindet und dass diese nicht leicht zu verarbeiten ist. Auch das Beispiel des Verlustes des Erbrechtes verdeutlicht familiäre Komplikationen die sie tragen muss. Sie propositioniert daraufhin, dass „viele Deutsche das überhaupt nicht [glauben]“ und zeigt damit, dass ihre Probleme in der Gesellschaft nicht ernst genommen werden. Demnach hat ein Großteil der deutschen Bürger aus ihrer Sicht kein Verständnis für die Konsequenzen, die Eingebürgerte für den Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft erfahren müssen. Daraufhin führt sie die Proposition in Form einer Elaboration weiter aus. „die denken nur, wir nutzen das nur zum Vorteil.“ Sie verdeutlicht damit, die Vorurteile gegenüber Eingebürgerten, die aus ihrer Sicht in der Gesellschaft vorherrschen.

Ihr Orientierungsrahmen beinhaltet einerseits ebenfalls die gesetzlichen Regelungen des deutschen Staates und die des Herkunftslandes, sowie andererseits auch die Vorbehalte, die in der Gesellschaft herrschen. Sie nimmt eine passive Rolle ein, indem sie diese Voraussetzungen annimmt, jedoch nicht aktiv mitbestimmen oder die Regelungen verändern kann. Es wird deutlich, dass sie sich eine gesellschaftliche Aufklärung hinsichtlich der Einbürgerungsvoraussetzungen von Ausländern wünscht, damit eine Entstigmatisierung stattfinden kann. Teil des Orientierungsrahmens ist ebenfalls ihr Wille, sich in Deutschland zu integrieren, selbst wenn sie dadurch in ihrem Herkunftsland die Rechte mit der Abgabe ihrer ursprünglichen Staatsbürgerschaft verliert.

Die Orientierungsgehalte von Befragungsperson 2 und Befragungsperson 3 stimmen hinsichtlich der Folgen der deutschen Staatsbürgerschaft partiell überein. Beide thematisieren negative Konsequenzen, wie in diesem Fall den Identitätsverlust zum Herkunftsland, wobei dieser bei Befragungsperson 3 stärker auf emotionaler Ebene und bei Befragungsperson 2 eher auf rechtlicher Grundlage ausgeprägt ist.

Der Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft hat auch positive Auswirkungen auf die Teilnehmer der Gruppendiskussion. Beispielsweise propositioniert Befragungsperson 2, dass „je länger die Migranten hier in Deutschland leben, identifizieren wir uns mit Deutschland.“ Demnach stellt sie fest, dass im Laufe der Zeit durch einen voranschreitenden Integrationsprozess ebenfalls die Identifikation mit der deutschen Gesellschaft zunimmt. Dadurch werden ihr Wunsch und die Entschlossenheit, sich in Deutschland zu integrieren, deutlich. Menschen mit Migrationshintergrund haben in ihrem Umfeld dahingehend ähnliche Erfahrungen gemacht.

Diese Orientierung wird auch im weiteren Verlauf des Interviews deutlich. Befragungsperson 2 propositioniert, dass sie „nicht nur die Negativen, sondern [...] sehr viel Gutes erlebt“ hat. Damit

verdeutlicht sie die Herausforderungen, die durch die Einbürgerungen aufkommen. Dies elaboriert sie in Form einer Spezifizierung: „Und dann denke ich hier so: ‚Ich bin identifiziert auch sehr viel mit als Deutscher.‘“ Durch den Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft wird ihr demnach die Chance gegeben ein Mitglied der Gesellschaft zu werden. Ebenso ist sie froh über die Möglichkeit der Teilhabe im System sowie dem Prozess, den sie in Deutschland durchschritten hat. In der darauffolgenden Elaboration führt sie dies in Form einer Exemplifizierung weiter aus. Sie identifiziert sich „also auch mit diese[n] ganzen Werten“ und setzt damit einen Bezug auf die Normen und Werte, die in Deutschland gegeben sind. Auch impliziert diese Aussage zunächst nationale Werte, von welchen sie sich im weiteren Verlauf wiederum distanziert: „dieser Nationalismus ist das Schlimm[e], aber sonst alles andere.“ Befragungsperson 2 grenzt sich demnach auch bewusst von bestimmten Werten im Land ab, was zeigt, dass sie sich durch den Aufenthalt in Deutschland mit dieser Thematik ausführlich beschäftigt hat.

Ebenso zeigt sie damit das Bedürfnis einer offenen und multikulturellen Gestaltung der Demokratie in Deutschland. Abschließend konkludiert sie die positiven Auswirkungen der Staatsbürgerschaft mit den Worten: „Und dann ist man auch stolz, dass man dann auch [...] Bürger von diesem Staat ist.“ Dadurch betont sie nochmals das Gefühl, ein Teil des Landes zu sein. Ihr Orientierungsrahmen wird von den äußeren Einflüssen gebildet. So hat sie einerseits die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe und der Integration in Deutschland, welche sie nutzt. Durch ihren Integrationswillen hat Befragungsperson 2 seit der Einreise in Deutschland einen immer stärker werdenden Bezug zur Bundesrepublik. Auch wenn sie nicht mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhielt, sieht sie sich als ‚deutsch‘, wodurch ein Unterschied zu den Orientierungen von Befragungsperson 3 deutlich wird.

#### 6.1.4 „Warum kann ich nicht hierbleiben?“ – Probleme & resultierende Wünsche und Erwartungen an die Kommune, das Land und die Bundesrepublik

Aus der Gruppendiskussion ergaben sich verschiedene Wünsche und Erwartungen, die die Befragungspersonen zum Thema Staatsbürgerschaft äußerten. Befragungsperson 2 erklärt, weshalb ein Großteil der Menschen mit Migrationshintergrund sich nicht einbürgern lassen will. Zunächst propositioniert sie, dass „keine doppelte Staatsbürgerschaft in Deutschland möglich ist“, wobei sie sich konkret auf ihr Herkunftsland und dadurch die Drittstaatenzugehörigkeit bezieht. So sind sie und andere Migranten mit denselben Voraussetzungen im Fall der Einbürgerung in Deutschland gezwungen, sich zwischen der neuen und alten Staatsbürgerschaft zu entscheiden. In der darauffolgenden Elaboration erklärt sie, dass dies „daran auch viel gehindert [hat], dass viele Migrant so den Antrag auf Einbürgerung gestellt haben“ und verdeutlicht die Problematik dadurch nochmals. Befragungsperson 2 konkludiert daraufhin die Orientierung. Die Menschen, die vor der Einbürgerung stehen, weil sie „nicht nur dann mit den Gefühlen“ umgehen müssen. Sie hat demnach auch von anderen Menschen mit Migrationshintergrund in ihrem Umfeld gehört, die sich in dem gleichen

Zwiespalt befanden. Ebenso stellt sie dadurch einen positiven Gegenhorizont auf, da sie sich die Möglichkeit der Beibehaltung ihrer Staatsbürgerschaft mit der Einbürgerung wünscht. Der Verlust eines Teils der ursprünglichen nationalen Identität stellte für sie eine Hürde im Rahmen des Einbürgerungsprozesses dar. Auch sind ihr die rationalen Konsequenzen des Verlustes der vorherigen Staatsbürgerschaft gleichzeitig bewusst.

Befragungsperson 3 führt seinen Wunsch auf, dass auf politischer Ebene bezüglich der Aufenthaltsregelung gehandelt werden muss, wobei es seiner Meinung nach auch die Aufgabe von Menschen mit Migrationshintergrund sei, diesen politischen Diskurs anzuregen. Er propositioniert zunächst seine Erwartung: „so auf die Politik einzugehen und zu sagen: ‚Leute, macht mal klare Verhältnisse. Warum kann ich nicht hierbleiben?‘“ Er verdeutlicht dadurch die Ungewissheit, welcher Menschen mit Migrationserfahrung ausgesetzt sind sowie das fehlende Verständnis für hiesige Integrations- und Migrationspolitik. Die Orientierung elaboriert er weiter aus, er verstehe nicht „warum [...] abgeschoben werden [soll], wenn ich die Sprache spreche und einen Job habe.“ Dadurch tritt eine Benachteiligung ebendieser Menschen ein wobei er sich machtlos fühlt. Folglich elaboriert er: „Das versteht niemand“ und endet die Orientierung mit der Konklusion in Form einer Exemplifizierung: „Das versteht nicht die Wirtschaft das verstehen die Menschen, niemand.“ Obwohl er am politischen Geschehen in Deutschland interessiert und beteiligt ist, fühlt er sich machtlos und kann den Prozess alleinig nicht verändern. Befragungsperson 3 hat darüber hinaus auch kein Verständnis für die Abschiebungsregelung bei gelungener Integration und kritisiert deshalb den Staat. Im weiteren Verlauf der Gruppendiskussion drückt Befragungsperson 1 sein Unverständnis für die Regelungen in der Migrationspolitik aus, indem er über die Erfahrung spricht, die ein Freund von ihm gemacht hat. Er propositioniert, dass „Leute aus Eritrea kommen“ und elaboriert, wie folgt: „Die kommen sofort hier, die kriegen echt mehr Aufenthaltserlaubnis.“ Er konkludiert den Orientierungsgehalt mit „aber [er] (der Freund) wohn[t] hier siebzehn Jahre.“ Dadurch, dass er in seinem Bekanntenkreis die Erfahrungen mit für ihn ungleich begründeten Aufenthaltsstatus gemacht hat, ist Befragungsperson 1, genau wie Befragungsperson 3 mit den Regelungen in der Migrationspolitik unzufrieden. Er hat keine vollständige Ein- und Übersicht über die gesetzlichen Gegebenheiten, wodurch sein Verständnis über die Vergabe der aufenthaltsrechtlichen Stellung eingeschränkt ist.

#### 6.1.5 Einordnung der Gruppendiskussionsergebnisse

Trotz den unterschiedlich ausgeprägten Orientierungen können einige Parallelen zwischen den Befragungspersonen 1 bis 3 erkannt werden. Sowohl Befragungsperson 2, als auch Befragungsperson 3 begründeten ihre Einbürgerung mit dem Willen der politischen Partizipation, welche ohne die deutsche Staatsbürgerschaft nicht umgesetzt werden konnte. Ebenso beschreibt Befragungsperson 3

den Vorteil der Reisefreiheit als einen weiteren Grund der Einbürgerung, die er durch die deutsche Staatsbürgerschaft erhält. Vor allem für Befragungsperson 2 war die Entscheidung schwer zu treffen, da sie durch ihre vorherige Drittstaatenangehörigkeit ebendiese abgeben musste, während Befragungsperson 3 seine ursprüngliche, europäische, Staatsbürgerschaft im Zuge der doppelten Staatsbürgerschaft behalten konnte. Das Staatsbürgerverständnis hingegen unterscheidet sich zwischen den Befragungspersonen. Zwar verstehen sowohl Befragungsperson 2 als auch 3 die Staatsbürgerschaft als einen Status, der mit der Einbürgerung erlangt wird und integrieren sich durch diesen in den deutschen Staat. Befragungsperson 2 betrachtet sich nach der Einbürgerung als deutsche Bürgerin, während Befragungsperson 3 diesem Verständnis kritisch gegenübersteht. Seiner Meinung nach werden Eingebürgerte von Deutschen ohne Migrationshintergrund nicht als deutsche Bürger angesehen und Befragungsperson 3 verdeutlicht damit sein Vorurteil, dass Deutsche das ethnisch-kulturelle Nationalverständnis vertreten. Er übt demnach Kritik am gesellschaftlichen Verständnis von Staatsbürgerschaft, da er ein republikanisches Staatsverständnis vertritt. Durch den Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft ergaben sich für Befragungsperson 2 Nachteile, da sie ihre Rechte und Pflichten durch den Verlust der Staatsbürgerschaft in ihrem Heimatland verlor. Auch Befragungsperson 3 erlebte durch den Einbürgerungsprozess negative Verbindungen, da er einen nationalen Identitätsverlust durch die Abgabe seiner vorherigen Staatsbürgerschaft erleben musste. Trotz dessen berichteten sowohl Befragungsperson 2, als auch 3 von den positiven Auswirkungen der Einbürgerung in Deutschland. Beide erhielten dadurch den Zugang zu allen Rechten und konnten sich dadurch unter anderem politisch partizipieren. Beide zeigen außerdem eine ausgeprägte Bereitschaft der Integration in Deutschland. Ebenso kritisierten die Befragungspersonen einzelne Regelungen der Integrations- und Migrationspolitik. So stellt Befragungsperson 2 zunächst die emotional erschwerte Situation der Einbürgerung dar, da die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft in vielen Fällen nicht gegeben ist. Dies bekräftigt das Argument von Befragungsperson 3, welche durch die Abgabe seiner Staatsbürgerschaft einen Identitätsverlust erlebte. Außerdem möchte er, dass auf politischer Ebene einerseits die Rahmenbedingungen für die Einbürgerung von Ausländern verbessert werden und andererseits, dass transparente und einfach verständliche Verhältnisse geschaffen werden. Auch zeigt Befragungsperson 1 Unverständnis für die bisherige Integrations- und Migrationspolitik, da er nicht versteht, warum Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern verschiedene rechtliche Regelungen unterworfen sind.

## 6.2 Handlungsempfehlungen

Durch die erkennbaren Orientierungen der Befragungspersonen können folgende Handlungsempfehlungen abgeleitet werden.

- Aufklärungskampagnen für Ausländer und deutsche Staatsbürger hinsichtlich des Einbürgerungsprozesses
- Einbürgerungsprozess für Ausländer gerechter gestalten
- Interkulturellen Austausch fördern, um Vorurteile abzubauen

Die Handlungsempfehlungen fokussieren zunächst auf die gesellschaftliche Ebene, aber vor allem steht auch die Migrationspolitik im Fokus. Die erste Empfehlung zielt darauf ab mittels Aufklärungskampagnen sowohl für Ausländer, als auch für deutsche Bürger Einbürgerungsprozesse verständlicher zu machen. Durch die Gruppendiskussion konnte verdeutlicht werden, dass ein Teil der Befragungspersonen noch keine genauen Kenntnisse über die verschiedenen Arten der Aufenthaltsrechte besaß. Dies erschwert es Menschen generell, die einbürgerungs- und migrationspolitischen Prozesse zu verstehen und es können einerseits Missverständnisse aufgrund von fehlenden Informationen entstehen. Andererseits kann dieser nicht vorhandene Informationsfluss auch dazu führen, dass der Vorgang der Einbürgerung für Ausländer erschwert wird. Damit die Voraussetzungen des Erhalts der deutschen Staatsbürgerschaft und auch die Differenzierung der verschiedenen Aufenthaltsstatuse vor allem für Ausländer verständlicher gemacht werden können, müssen Angebote geschaffen werden, um diese Thematik zu verstehen. Dazu sollten von den Kommunen kostenlose Kurse zur niedrigschwelligen Informationen zur Verfügung gestellt werden. Auch könnte diese Informationsvermittlung in schon bestehende Angebote, wie Integrationskurse integriert werden.

Auch sollte der Prozess der Einbürgerung in Deutschland für Ausländer gerechter werden. Derzeit soll zwar die Mehrstaatlichkeit vermieden werden, jedoch ist die Abgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit durch Ausnahmeregelungen gekennzeichnet. So müssen unter anderem Bürger der EU und der Schweiz und asylberechtigte Menschen ihre Staatsbürgerschaft nicht aufgeben. Menschen aus Drittstaaten, sofern sie nicht asylberechtigt sind oder andere Ausnahmeregelungen gelten, müssen dies allerdings schon (bpb, 2017, Abs. 11ff). Da ein Großteil der Menschen ihre vorherige Staatsbürgerschaft abgeben müssen, erlebte auch ein Teil der Befragungspersonen zum einen den Verlust ihrer ursprünglichen nationalen Identität und zum anderem auch den Verlust der Rechte in ihrem Herkunftsland. Dies kann eine starke psychosoziale Belastung für Menschen darstellen und wiederum auch Unverständnis auslösen, da nicht alle Ausländer die gleichen Grundvoraussetzungen haben.

Angelehnt an die Problematiken, die der ethnisch-kulturelle Nationalgedanke für Ausländer birgt, muss ein Umdenken in Deutschland nicht nur auf politischer Ebene, sondern vor allem und viel mehr auf gesellschaftlicher Ebene stattfinden. Der interkulturelle Austausch muss gestärkt werden, damit gesellschaftliche Vorurteile abgebaut werden können. Vor allem durch die Auswertung der

Gruppendiskussion wurde deutlich, dass sich ein Teil der Menschen mit Migrationshintergrund trotz des Erhalts der deutschen Staatsbürgerschaft von Deutschen ohne Migrationshintergrund nicht als deutsche Bürger verstanden werden. Es muss eine Akzeptanz gegenüber jedem Menschen unabhängig der Herkunft geschaffen werden, sodass sich Menschen mit Migrationshintergrund unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus in Deutschland nicht diskriminiert fühlen, sondern sich als deutsche Bürger und somit als ein Teil der Bundesrepublik sehen. Dafür muss ein ständiger Austausch zwischen verschiedenen Kulturen angestrebt werden. Da in Magdeburg bereits viele Möglichkeiten der Begegnungen gegeben sind müssen ebendiese Orte und Veranstaltungen genutzt werden, um Menschen, die sich nicht vertieft mit der Thematik der Migration beschäftigt haben anzusprechen. Auch könnte beispielsweise der Settingansatz genutzt werden, um das interkulturelle Verständnis in unterschiedlichen Einrichtungen anhand von Begegnungsstätten und Informationsveranstaltungen zu fördern. Dadurch kann eine Geh-Struktur geschaffen werden und die anzusprechenden Personen können ohne eigenen Aufwand an den Veranstaltungen teilnehmen. Des Weiteren können Aufklärungskampagnen hinsichtlich Migration und Integration etabliert werden, sodass auch Menschen, die sich nicht mit der Thematik auseinandergesetzt haben angesprochen werden. Diese Kampagnen sollten in verschiedenen Sprachen verfasst werden, sodass ein Großteil der in Deutschland lebenden Menschen davon profitieren.





## 7 Willkommenskultur, Diskriminierung und Antisemitismus

### 7.1 Ergebnisse der Gruppendiskussion

Im folgenden Kapitel erfolgt die Auswertung der Gruppendiskussion zum Thema Willkommenskultur, Diskriminierung und Antisemitismus. An der Gruppendiskussion waren aktiv drei Personen beteiligt. Befragungsperson 1 ist bereits vor über 50 Jahren nach Deutschland, in die damalige DDR migriert. Befragungsperson 2 und 3 sind dagegen im Zuge der Fluchtbewegung im Jahre 2015/16 nach Deutschland gekommen.

#### 7.1.1 Willkommenskultur

Durch die unterschiedlichen Aussagen der Befragungspersonen während der Gruppendiskussion kann festgestellt werden, dass sich die Willkommenskultur in Deutschland über die Jahre hinweg verändert hat.

Befragungsperson 1 beschreibt das in Empfang nehmen in der DDR nach seiner Ankunft vor 50 Jahren noch als sehr angenehm. Er propositioniert „Es war damals schon sehr herzlicher“ und macht damit auch eine erste Anspielung auf die veränderte gegenwärtige Situation. Er fühlte sich willkommen und umschreibt das erste Aufeinandertreffen mit deutschen Bürgern sogar als herzlich. Außerdem erzählt er während der Gruppendiskussion, dass er von seinem Heimatland bis in die DDR begleitet wurde und mit der Bahn bis zu seinem Reiseziel gebracht wurde. Er elaboriert die Proposition mit der Aussage „in dem Ort wurden wir ganz herzlich mit Ortsschildern [empfangen].“ Des Weiteren wird durch seine Aussage deutlich, dass sich die Deutschen damals auf die Einreise vorbereitet hatten, um den Migranten zuvorkommend und freundlich entgegenzutreten.

Zudem erinnert sich Befragungsperson 1 an einige Details und propositioniert so beispielsweise „da habe ich das erste Mal deutsches Brot, dieses dunkle Brot gesehen und gekostet.“ Seine Einreise war mit einigen neuen Eindrücken verbunden und bereits am ersten Tag lernte er die deutsche (Ess-)Kultur näher kennen. Es lässt sich herauslesen, dass er zu Veränderungen noch eine gewisse Distanz pflegte, aber neuen Dingen generell offen gegenüberstand. Er machte am Ankunftstag bereits Witze, denn er elaboriert die Proposition im Modus einer Exemplifizierung „Müssen wir das jetzt die ganzen Jahre essen?“ Durch diese Aussage wird deutlich, dass Befragungsperson nach seiner Ankunft sicher war, mehrere Jahre

in Deutschland zu bleiben. Er fühlt sich willkommen, was er in der Konklusion „Und das war so positiv.“ bestätigt. Er ist dankbar dafür, neue Erfahrungen machen zu dürfen.

Weiter erzählt Befragungsperson 1, dass er entgegen seiner Vorstellungen, in ein Industriegelände gebracht wurde. Obwohl er diese Tatsache eher negativ wahrgenommen hatte, propositioniert er wiederum positiv „und da haben sie uns dann ganz herzlich begrüßt.“ Nach der Ankunft wurden alle Migranten nach Einsatzbereichen aufgeteilt und jeweils zu dritt auf ein Zimmer geschickt. Auch das stellte für Befragungsperson 1 ebenfalls kein Problem dar, da sie die Zimmeraufteilungen selbst je nach Sympathie vornehmen durften. Am nächsten Tag erhielten alle direkt wichtige Ausweispapiere und wurden für Sprachkurse eingeteilt. Dazu propositioniert Befragungsperson 1 „Und nach einer Woche war man aber so weit fit, oder wurde fit gemacht.“ Es wird deutlich, dass einiges in die Wege geleitet wurde, um die Migranten auf ihren längeren Aufenthalt vorzubereiten. Weiter elaboriert er „dass sie uns in die Betriebe mitgenommen haben.“ Sie wurden nicht direkt ins kalte Wasser geworfen und mussten nicht direkt beginnen zu arbeiten. Außerdem konnten sie während der Arbeit einige Fachbegriffe lernen, da die Anleiter stets darauf achteten ihnen verständliche Anweisungen zu geben. Ergänzend dazu propositioniert er „nebenbei während der Frühstückspause, Mahlzeiten.“ Auch während der Pausen verbrachten die Migranten Zeit mit ihren deutschen Kollegen. Sie wurden somit in die Belegschaft der Firma integriert und konnten nebenbei ihre Sprachkenntnisse verbessern. Weiter elaboriert er „saßen wir alle an einem Tisch.“ Diese Aussage macht nochmals deutlicher, wie gelungen Befragungsperson 1 damals seine ersten Wochen in der DDR empfunden hat. Er fühlte sich integriert. „Das war mein Erlebnis, das war die Willkommenskultur“ propositioniert er und elaboriert weiter „was ich gut finde und für die Integration war [es] ein ganz tolles [Erlebnis].“ Er stellt nochmals heraus, dass er durch seine Aussagen ausschließlich seine persönlichen Erfahrungen sowie sein persönliches Empfinden dargestellt hat. Er hat die Willkommenskultur damals als sehr warmherzig und bereichernd wahrgenommen. In Bezug auf den Orientierungsrahmen von Befragungsperson 1 wird deutlich, dass er seinem Neuanfang in der DDR prinzipiell aufgeschlossen gegenüberstand. Die damit einhergehenden Veränderungen nahm er bewusst wahr, versuchte sie aber mit Humor zu nehmen. Der herzliche Empfang und die Integration durch seine Arbeitskollegen verstärkten sein Handeln und Denken, die Dinge positiv zu sehen, auch wenn sie nicht komplett seinen Erwartungen entsprachen.

Befragungsperson 2 erinnert sich dagegen eher in negativer Art und Weise an seine ersten Tage in Deutschland. Er musste allein zur Polizei, weil er seinen Asylantrag falsch gestellt hatte. Seine Deutschkenntnisse waren zu dieser Zeit jedoch nicht sehr gut, wodurch er einige Probleme hatte. In Bezug auf die vorangegangenen Erläuterungen von Befragungsperson 1 propositioniert er „bei uns [hat] keiner gesagt: ‚Herzlich Willkommen.‘“ Während seiner Ankunft im Jahr 2016 fühlte er sich keineswegs willkommen und es wird erkennbar, dass er sich dadurch benachteiligt fühlt. Durch ein Dokument wurde ihm mitgeteilt in welchem Ort er aufgenommen wird. Doch niemand half ihm diesen Ort zu erreichen geschweige denn herauszufinden wo dieser liegt. Er war auf sich allein gestellt und fragte Passanten nach dem Weg. Dazu propositioniert er „Ich habe gefragt: ‚Wo ist das?‘ – Er hatte keine Antwort, [...] kein Interesse zu antworten.“ Befragungsperson 2 wirft einen negativen Gegenhorizont auf, um herauszustellen, wie ablehnend sich einige Menschen in Deutschland ihm gegenüber verhalten haben. Er fühlt sich dadurch sehr hilflos. Weiter elaboriert er „dann ich habe gesagt: ‚Herzlich Willkommen.‘ (lacht) Erstes Gefühl.“ Dadurch wird klar, dass es für ihn unverständlich ist, dass ihm niemand weiterhelfen wollte. Er hatte andere Erwartungen an seine ersten Tage in Deutschland. Für Befragungsperson 2 entsteht ein neuer konjunktiver Erfahrungsraum, da er es nicht gewohnt ist auf eine Frage dieser Art keine Antwort zu bekommen. So waren seine ersten Erfahrungen mit der Willkommenskultur in Deutschland eher negativ geprägt.

Nur die Sozialarbeiterinnen beschreibt er im Laufe der Gruppendiskussion als ganz nett, aber auch sie gaben ihm nicht das Gefühl des Willkommenseins. Zudem musste er sehr oft die Unterkunft wechseln. Jeden neuen Transfer verband er mit der Hoffnung auf Verbesserung, denn er propositioniert „ich hatte viele Versuche von Transfer, aber kein herzlich willkommen!“ Darauf folgt die Elaboration „wieder sage ich herzlich willkommen.“ Wiederholt wurde er enttäuscht, da seine Hoffnungen nicht erfüllt wurden. Besonders belastend war für ihn auch die Tatsache, dass mit jedem Transfer sein Wunsch nach einer eigenen Wohnung bzw. einem eignen Zimmer nicht erfüllt wurde. In den Aufnahmeunterkünften musste er sich die Küche und die Bäder mit etlichen anderen Menschen teilen. Auch sein Zimmer teilte er sich mit mindestens zwei weiteren Menschen. Außerdem erschwerten Kommunikationsprobleme oftmals das Zusammenleben. Während dieser Zeit begleiteten ihn zudem Depressionen, welche er durch Misshandlungen in seinem Heimatland begründet. Er propositioniert „weil ich hatte Peitschen bekommen in meiner Heimat und seitdem ich hatte

auch viele Depression.“ Durch unmenschliche Zustände in seinem Heimatland ist er bereits mental angeschlagen nach Deutschland gekommen. Durch die Elaboration „Und dann keine Beratungsdienst“ wird deutlich, dass er Hilfe benötigt, aber in Deutschland keine bekommen hat. Er konkludiert seine Aussage mit den Worten „oder keine irgendwas.“ Er wäre über jede Form von Unterstützung dankbar gewesen, aber ihm wurde nichts entgegengebracht. Erst als er an einem Deutschkurs teilnehmen kann, bekommt er wieder etwas Hoffnung. Er propositioniert „Dieser Deutschkurs [hat mir viel geholfen] [...], weil ich hatte nicht andere Aufgabe. Ich konnte nicht arbeiten, ich durfte nicht arbeiten.“ Ihn belastete es sehr, dass er keiner Tätigkeit und keinem geregelten Tagesablauf nachgehen konnte. Die folgende Elaboration „und dann war ich regelmäßig in der Schule“ bestätigt diesen Orientierungsgehalt. Auf den Vorschlag einer Sozialarbeiterin hin nahm er zusätzlich eine freiwillige Arbeit auf, wodurch er wenig später auch eine entgeltliche Tätigkeit und eine eigene Wohnung fand. Dazu propositioniert er „Auf Arbeit die sind total nett, die sind total gute Leute.“ Befragungsperson 2 fühlt sich zum ersten Mal willkommen und integriert. Es wird erkenntlich, dass er vorher überwiegend Kontakt zu Menschen hatte, die sich ihm gegenüber unfreundlich verhalten haben. Diesen Orientierungsgehalt bestätigt er in der Elaboration „wie soll ich sagen, die sind einfach gute Menschen.“ Im weiteren Verlauf des Interviews propositioniert er zudem erneut „Manchmal liebe ich meine Chefin [...] sie macht auch manchmal Beratung mit mir.“ Er fühlt sich bei seiner Tätigkeit wohl und akzeptiert und findet auf seiner Arbeit das, was er vorher vergebens gesucht hat – Hilfe und Unterstützung. Dadurch ist er insbesondere seiner Chefin sehr dankbar. Er elaboriert seine Aussage mit den Worten „sie redet mit mir jede Woche.“ Auch hier wird deutlich, dass es für ihn eine Besonderheit darstellt, dass seine Chefin sich Zeit für ihn nimmt und regelmäßig das Gespräch sucht. Insgesamt wird klar deutlich, dass Befragungsperson 2 die Willkommenskultur in Deutschland aus einer sehr negativen Sichtweise beschreibt. Ihm fehlten vor allem die Unterstützung und Begleitung sowie das Aufzeigen von Perspektiven. Sein Orientierungsrahmen wird stark durch das Gefühl unwillkommen zu sein geprägt.

Es wirkt enorm belastend auf ihn, dass er keine Hilfe bekommt und mit seinen Problemen größtenteils allein gelassen wird. Zudem entstehen für Befragungsperson 2 neue konjunktive Erfahrungsräume. Anfänglich versucht er durch Eigeninitiative Hilfe von seinen Mitmenschen zu bekommen. Seine kommunikative Offenheit wurde jedoch nicht erwidert. Das prägte sein Denken nachhaltig und beeinflusste auch sein zukünftiges Handeln. Seine Aufenthalte in den

Aufnahmeunterkünften wurden außerdem durch wenig Privatsphäre, räumliche Enge und Kommunikationsprobleme erschwert. Obwohl er auch mit Depressionen zu kämpfen hatte, bekam er durch Engagement einen Arbeitsvertrag und konnte dadurch in eine eigene Wohnung ziehen. Im Anschluss meldet sich auch Befragungsperson 3 zu Wort und validiert die Aussagen von Befragungsperson 2 mit den Worten „Ja, meine Einreise nach Deutschland war [...] nicht so ganz gut.“ Diese Aussage baut er aus, indem er propositioniert „Dann sind wir mit Bussen [in] irgendeine Stadt [gefahren].“ Er spricht nicht nur über sich selbst, sondern bezieht seine Beschreibung auf alle Menschen mit Migrationshintergrund die mit ihm nach Deutschland gekommen sind. Da er den Namen der Stadt nicht benennt, deutet er an, dass niemand wusste wohin sie fahren.

Seine Ankunft in Deutschland war also vor allem durch Ungewissheit geprägt. Dies bestätigt sich in der Elaboration „keiner von uns wusste, wohin wir fahren.“ Auch er hat sehr schlechte Erfahrungen mit den Umständen in den Aufnahmeunterkünften gemacht und hat sich somit keineswegs wohl gefühlt. Die Bedingungen waren so schlecht, dass sich Befragungsperson 3 nicht mehr in der Aufnahmeunterkunft aufhalten wollte bzw. konnte. Er elaboriert „dann bin ich irgendwie in die Stadt, so ohne Ticket, ohne was ich suche.“ Er verwendet wiederholt das Wort „irgendwie“, wodurch deutlich wird, dass Befragungsperson 3 keinen direkten Plan verfolgte, kein genaues Ziel vor Augen hatte und über kein alltagsbezogenes Orientierungs- und Handlungswissen über Deutschland verfügte. Sein Handeln wurde größtenteils davon angetrieben, in eine bessere Unterkunft zu kommen.

Über einen Bekannten hatte er erfahren, wo eine andere Aufnahmeunterkunft ist. In dieser Unterkunft konnte er jedoch nicht bleiben, wodurch er wieder den Ort wechseln musste. Außerdem propositioniert er „wir hatten gar nichts zum Essen mit“, obwohl sie Hunger hatten. Es gab niemanden der sich um diese Bedürfnisse kümmerte. Er elaboriert „sie haben uns am nächsten Tag so eine Marke gegeben.“ Er pflegt zu den Verantwortlichen in der Aufnahmeunterkunft eine gewisse Distanz. Er konkludiert seine Aussage mit den Worten „[...] also es war kein Geld, bloß Marke.“ Befragungsperson 3 hätte gern mehr Verantwortung erhalten und nicht nur Gutscheinmarken. Danach wurde ihm mit fünf weiteren Personen eine Zweiraumwohnung zugeteilt. Jeder davon erhielt einen Gutschein im Wert von zehn Euro, wovon sie sich Lebensmittel kaufen konnten. Da diese Gutscheine aber nicht ausreichten, gingen sie selbstständig zum Sozialamt. Dazu propositioniert Befragungsperson 3 „und für den

dritten Tag sind wir zum Sozialamt, auch für Geld. Wir brauchen Geld.“ Er beteuert, dass sie keine andere Wahl hatten, als eigeninitiativ zum Sozialamt zu gehen, da ihre Lage ernst ist. Dies bestätigt die Elaboration „Wir haben nichts zum Essen.“ In diesem Sozialamt erhielten sie außerdem Zugang zu einem Integrationskurs. Der Orientierungsrahmen von Befragungsperson 3 wird durch die schlechten Bedingungen in den Aufnahmeunterkünften geprägt, da diese enorm belastend auf ihn wirkten. Dennoch wird deutlich, dass er ein selbstbestimmtes Leben führen möchte. Er nimmt die Umstände nicht tatenlos hin, sondern handelt eigeninitiativ. Im weiteren Interviewverlauf greift er die bereits angesprochenen schlechten Lebensumstände in den Unterkünften noch einmal auf. Er berichtet, dass es feste Essenszeiten gibt und wenn ein Bewohner zu diesen Zeiten nicht anwesend ist, bekommt er kein Essen mehr. Außerdem gibt es zum Frühstück nur eine Scheibe Toast oder ein Brötchen und eine Scheibe Wurst. Dabei können einige Bewohner diese Wurst und insbesondere Schweinefleisch aus religiösen Gründen nicht essen. Außerdem propositioniert er „wenn du nicht satt bist, dann ist immer so, kriegst du nichts mehr.“ Es muss schon öfter vorgekommen sein, dass Bewohner hungrig geblieben sind, da für jeden nur eine Portion vorgesehen ist. Auf die Nachfrage des Interviewers, wie die Diskussionsteilnehmer die Willkommenskultur einschätzen, antworten Befragungsperson 2 und 3 einstimmig, dass sie sich in Deutschland nicht willkommen und auch nicht von der Öffentlichkeit angenommen fühlen. Dennoch beteuert Befragungsperson 2, dass es auch Leute gab, die ihm helfen wollten. Dabei hebt er die evangelische Kirche hervor, welche sich speziell um Geflüchtete und auch um ihn kümmerten. Des Weiteren propositioniert er „Ich erwarte nicht viel, wirklich.“ Befragungsperson 2 stellt sich als eine sehr genügsame Person dar. Durch die Elaboration „Ich erwarte nicht viel von Deutschland“ wird klar, dass er diese Aussage auf seine Migration bezieht und auch in Deutschland mit wenig zufrieden sein kann. „Das ist, ich bin auch immer noch sehr dankbar für Deutschland.“ Ihm ist es wichtig zu betonen, dass er seine Einreise nicht bereut und konkludiert diesen Orientierungsgehalt mit den Worten „Wirklich, ich bin dankbar.“ Es ist ihm bewusst, dass seine vorangegangenen Aussagen ein eher negatives Licht auf die Willkommenskultur Deutschlands werfen. Doch er möchte nicht undankbar erscheinen, denn er ist sich bewusst, dass die Einreise in Deutschland auch mit einigen neuen Chancen verbunden ist. Für Befragungsperson 2 stellt es jedoch eine Anforderung dar, nicht vollständig in die deutsche Gesellschaft integriert zu werden. Das Gefühl nicht willkommen zu sein wirkt sehr belastend auf ihn und prägt seinen Orientierungsrahmen. Dennoch kommt

seine sehr bescheidene und genügsame Haltung zum Vorschein. Obwohl er mit einigen Problemen zu kämpfen hat, stellt er seine Dankbarkeit über die Aufnahme in Deutschland in den Vordergrund.

#### 7.1.2 Diskriminierung

Alle drei Diskussionsteilnehmer wurden während ihres Aufenthaltes in Deutschland mit Diskriminierung konfrontiert. Vor allem im Setting der Aufnahmeunterkünfte berichten die Befragungspersonen von demütigenden und benachteiligenden Verhalten ihnen gegenüber. Dieses Verhalten ging dabei zumeist von der Security aus. Während der Gruppendiskussion berichten die Teilnehmer über unterschiedlichste Ereignisse, woraus der Wachdienst klar als diskriminierende Partei hervorgeht. Befragungsperson 2 propositioniert „wir [hatten] viele Probleme mit Security. Die sind [...] total unhöflich.“ Nicht nur er hat problematische Situationen durchlebt, sondern auch andere Bewohner. Weiter elaboriert er „[...] die wissen bestimmt, die Migranten, die Flüchtlinge, die verstehen kein Wort, die beleidigen wir einfach.“ Er ist der Auffassung, dass die Security-Beauftragten eine Abneigung gegen Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund hegen und gezielt deren Schwächen ausnutzen. Gleichzeitig wird auch die Antipathie deutlich, welche Befragungsperson 2 dadurch gegenüber der Security empfindet. Befragungsperson 2 berichtet während der Diskussion über einige kleinere Ereignisse, welche ihm jedoch im Gedächtnis geblieben sind. Bevor die Bewohner in die Aufnahmeunterkunft gelassen werden, kontrollieren die Security-Beauftragten oftmals deren Taschen. Dadurch fühlen sich einige von ihnen in ihrer Privatsphäre verletzt. Befragungsperson 2 schildert eine dieser Situationen und propositioniert „er hatte gerochen wohl [mein] Essen, [...] er kommt und dann hat er gesagt: ‚Nein, du musst wegschmeißen‘. Für Befragungsperson 2 entsteht ein neuer konjunktiver Erfahrungsraum, da er es nicht gewohnt ist, in dieser Form bevormundet zu werden. Diese Orientierung bestätigt sich in der Elaboration „Ich habe gesagt: 19 Euro, 20 Euro ich habe bezahlt.“ Er kann die Aufforderung der Security nicht nachvollziehen und beginnt zu argumentieren, da er diese nicht wortlos hinnehmen kann. Die Konklusion „Aber er: ‚Nein, du musst wegschmeißen.“ zeigt, dass der Wachdienst in dieser Situation nicht an den Bedürfnissen des Geflüchteten interessiert war.

Aus dem vorangegangenen Kapitel ist bereits hervorgegangen, dass das Essensangebot in den Aufnahmeunterkünften nicht immer ausreichend und abwechslungsreich ist. Daher war für Befragungsperson 2 die Tatsache, dass er sein Essen wegschmeißen muss, besonders

schmerzlich, da er zu dieser Zeit auch nicht viel Geld besaß. Neben Situationen, in denen der Wachdienst die Bewohner der Aufnahmeunterkünfte beleidigt, berichtet Befragungsperson 2 außerdem von einer Gegebenheit, in der ein Security-Beauftragter während einer Diskussion einen muslimischen Geflüchteten geschlagen hat. Der Auslöser der Diskussion war die Tatsache, dass der Geflüchtete fastete, da Ramadan war. Befragungsperson 2 berichtet, dass der betroffene Bewohner danach viel geweint hat. Ein weiteres Beispiel betrifft einen anderen Bewohner, der Gäste aus einer anderen Stadt zu Besuch hatte. Ein Security-Beauftragter bat diese Gäste frühzeitig und auf sehr unhöfliche Art und Weise zu gehen, obwohl diese noch gerne geblieben wären. Befragungsperson 2 propositioniert dazu „nicht schlägt ja, [...] aber manchmal Worte ist stärker als schlagen.“ Er spricht die überaus verletzende Wirkung von verbaler Gewalt an und stellt diese sogar über die von körperlicher Gewalt. Diese Orientierung bestätigt sich in der Elaboration im Modus einer Exemplifizierung „[...] wenn eine Leute schlägt dich, dann du sagst ein bisschen ‚au aua‘ und dann reicht, aber mit Wort[en], die konnten viel machen.“

Er stuft die Folgen verbaler Gewalt als besonders tiefgreifend und langanhaltend ein. Die Bewohner der Aufnahmeunterkunft hätten sich in einigen Situationen gern einen Anwalt genommen oder eine Anzeige gestellt, aber sie wussten nicht, wie sie das am besten umsetzen. Zudem haben sie dem Vorhaben keine hohen Erfolgchancen zugemessen, da sie sich als benachteiligte Partei einstufen. Der Orientierungsrahmen von Befragungsperson 2, wird sehr deutlich von dem diskriminierenden Verhalten der Security geprägt. Für ihn stellt es eine Anforderung dar, nicht seinen Gewohnheiten nachgehen zu können. Auch die Bevormundung durch den Wachdienst ist für ihn nur schwer zu akzeptieren. Sein Handeln richtet sich nach dem Wissen, dass ihn Widerstand nicht weiterhelfen, sondern die gesamte Situation nur noch verschlimmern würde. Auch Befragungsperson 3 hat schlechte Erfahrungen mit der Security gemacht. Er hatte sich einmal einen Wasserkocher von einem Bekannten ausgeliehen. Bei der Taschenkontrolle erlaubte der Wachmann ihm nicht, diesen mit in die Unterkunft zu nehmen. Da er den Wasserkocher seinen Bekannten wiedergeben musste, sagte er, dass er sich diesen später wieder abholen würde. Als er wiederkam hatte der Wachmann das Kabel von dem Wasserkocher abgeschnitten, sodass er unbrauchbar war. Befragungsperson 2 hat neben den schlechten Erfahrungen mit der Security jedoch auch Diskriminierung im öffentlichen Raum erlebt. Er beschreibt das Zusammenleben und Aufeinandertreffen mit einigen Menschen innerhalb einer Ortschaft oder einer Stadt als



schwierig. Dafür gibt er ein Beispiel indem er propositioniert „Ich wollte [in] eine[m] Second Hand Laden eine Waschmaschine kaufen.“ In der darauffolgenden Elaboration „er hat gesagt: ‚Nein, das ist so.‘ und ohne [weitere] Wort[e]“ kommt das diskriminierende Verhalten des Verkäufers zum Vorschein. Ohne plausible Begründung verweigert er dem Geflüchteten den Kauf der Waschmaschine. Auch hier eröffnet sich für Befragungsperson 2 ein neuer konjunktiver Erfahrungsraum, da er dieses Verhalten nicht nachvollziehen kann. Auch während einer Busfahrt wurde Befragungsperson 2 schon einmal grundlos beleidigt. Ein alkoholisierter deutscher Mann weigerte sich, auf Anweisung des Busfahrers den Bus zu verlassen. Dazu propositioniert Befragungsperson 2 „Er hat [sehr] laut gesagt: ‚Ich bin Deutscher, ich kann das [...]‘“ und elaboriert weiter „und irgendwann, ich weiß nicht warum: ‚Diese armen Ausländer [...], Scheißausländer.‘“ Dieser Mann stuft allem Anschein nach seine eigene deutsche Nationalität höherwertig ein und möchte damit sein unangemessenes Verhalten begründen. Er verhält sich äußerst herabfällig, wodurch Befragungsperson 2 erneut Beleidigung hinnehmen muss.

Auch Befragungsperson 3 musste bereits Erfahrungen mit öffentlicher Diskriminierung machen. Er erinnert sich an einen Abend, an dem er durch die Stadt gelaufen ist. Drei Leute, die auf einer Terrasse saßen haben ihn im vorbei gehen grundlos beleidigt. Er wusste nicht was er tun soll und ist wortlos weitergelaufen. Wenig später ist er an einem Einkaufsladen vorbeigekommen, wo oftmals dieselben Leute sitzen und zusammen Alkohol trinken. Dazu propositioniert er „eine Leute umfallen, ich wollte helfen.“ Befragungsperson 3 zeigt Zivilcourage, obwohl er die Leute nicht wirklich kennt. Doch durch die Elaboration „Er hat gesagt: ‚Fass mich nicht an.‘“ wird deutlich, dass er auch in dieser Situation, in der er nur gute Absichten verfolgte, diskriminiert wird. Er konkludiert seine Ausführungen mit den Worten „Ich habe gesagt: ‚Ich wollte helfen.‘“ Für Befragungsperson 3 entsteht ein neuer konjunktiver Erfahrungsraum, da er es gewohnt ist bei hilfsbereiten Verhalten nicht abgelehnt zu werden. Sein Orientierungsrahmen wird durch das herabwertende Verhalten seiner Mitmenschen geprägt. Befragungsperson 3 ist eine sehr hilfsbereite und friedliebende Person, wonach sich auch sein Handeln richtet. Obwohl er von seinen Mitmenschen beleidigt wird, zeigt er keine Gegenwehr. Er sagt, dass er die Leute vor dem Einkaufsladen öfter sieht, da es in der Nähe seiner Wohnung ist. Einer besitzt auch einen Hund, den er wiederum einsetzt um Befragungsperson 3 Angst einzujagen. Auch Befragungsperson 1 bestätigt, dass er mit diesen Leuten auch schon Probleme hatte. Er propositioniert „Da sind richtige Gruppen, solche

Alkoholiker, Männer.“ und elaboriert „Die haben Langeweile, die sitzen vor dem Eingang, die blockieren manchmal den Eingang.“ Befragungsperson 1 macht durch diese Aussagen deutlich, dass er sich selbst von diesen Leuten abgrenzen will. Er kann sich mit deren Verhalten nicht identifizieren und nimmt eine ablehnende Haltung ein. Dass sie den Eingang blockieren, wenn Befragungsperson 1 hineingehen möchte, kann außerdem als diskriminierendes Verhalten angesehen werden. Befragungsperson 3 stimmt den Aussagen von Befragungsperson 1 zu und propositioniert „Wenn du in die Straße gehst, dann bist du Scheißausländer so einfach.“ Auf ihn wirkt es enorm belastend, dass er von fremden Menschen auf seine Herkunft reduziert wird. Dazu elaboriert er „Also [sie] sagen [es] nicht [immer], aber es kommt von seinem Gucken, von seinem Sehen, von seinen Augen.“ Damit drückt er aus, dass die Diskriminierung nicht nur durch Worte und Beleidigungen erfolgt. Er nimmt auch herabwürdigende Blicke als verletzend wahr.

Neben der Diskriminierung im öffentlichen Raum, berichtet Befragungsperson 3 auch von wahrgenommener Arbeitsmarktdiskriminierung. Auf der Suche nach einem Job hat er 16 Bewerbungen geschrieben und daraufhin 14 Absagen erhalten. Zwei Arbeitgeber haben gar nicht reagiert. Auch Befragungsperson 1 hat Erfahrungen mit Arbeitsmarktdiskriminierung. Er war größtenteils als Zeitarbeiter tätig und fühlte sich dadurch oftmals benachteiligt. Er propositioniert „Das ist so demütigend, die sagen nicht Zeitarbeiter, die sagen Leiharbeiter“ und elaboriert weiter „das ist so verletzend, ich bin doch kein [...] Gegenstand, [den die] ausleihen.“ Er empfindet das Verhalten seiner Arbeitgeber als entmenschlichend. Er konkludiert dieses Orientierungsgehalt mit den Worten „Uns haben sie als erstes gekündigt, obwohl ich deutsche Staatsbürgerschaft habe, aber die Leiharbeiter sind dafür da, raus, weg.“ Danach konnte er nirgendwo Arbeit finden, da er einer halbjährigen Einstellungssperre unterstand. Dadurch hatte er auch kein festes Einkommen mehr. Er propositioniert „Dann kam mein Vermieter und sagt: ‚Naja, ich habe dich für hundert Euro weniger wohnen lassen, aber ich habe jetzt einen vernünftigen Mieter, kannst du mal umziehen?‘“ Durch die Kündigung und die Einstellungssperre gerät Befragungsperson 1 in einen Teufelskreis, sodass er auch seine Wohnung verliert. Der Vermieter zeigt zunächst ein kulantes Verhalten, bezeichnet ihn später aber im Vergleich zu dem Nachmieter als unvernünftig. Weiter elaboriert er „Ich sage: ‚Wie schnell?‘ ‚Naja, so einen Monat kannst du noch bleiben, dann wäre aber schön, wenn du umziehst.‘“ Hier verstärkt sich das benachteiligende Verhalten des Vermieters, da die Kündigungsfrist im Normalfall mindestens 3 Monate betragen muss.

Das diskriminierende Verhalten hinterließ bei den Diskussionsteilnehmern tiefere Spuren. Befragungsperson 2 propositioniert „Ich bin Angsthase. Vor Polizei, vor Security, vor vielen Sachen ich bin Angsthase.“ Die Erfahrungen der Diskriminierung haben das Denken und Handeln von Befragungsperson 2 geprägt und verändert. Er verhält sich dadurch zurückhaltender gegenüber gewissen Personen und Dingen. Er elaboriert diese Orientierung indem er sagt „[...] [ich] meine jetzt. Vorher das war tabu, aber jetzt bin ich so.“ Er stellt dar, wie stark er sich gewandelt hat. Früher war es für ihn ein Tabu-Thema Angst zu haben und heute spricht er offen darüber. Zudem hatte er Depressionen, denn er propositioniert wenig später erneut „ich hatte viele Depression gehabt, eigentlich ich habe viel geweint auch.“ Und elaboriert „[...] ich konnte klarkommen, aber (...) es war schwierig bei mir.“ Er deutet an, dass er sich Unterstützung gewünscht hätte, da er auf sich allein gestellt war. Dabei stellt er jedoch auch heraus, dass er es allein geschafft hat diese Zeit zu überstehen. Er konkludiert seine Aussage mit den Worten „Bei mir war so viel schwierig.“ Sein Orientierungsrahmen wird stark durch die mentalen Belastungen geprägt, wodurch sich auch sein Handeln über die Zeit hin verändert. Er steht den Dingen nun eher ängstlich gegenüber. Befragungsperson 3 spricht im Zusammenhang mit den Folgen der Diskriminierung über sein Vorhaben Deutschland wieder zu verlassen und in sein Heimatland zurückzukehren. Er propositioniert „Der Tag wird kommen, wo ich dich nicht mehr sehe.“ Es wird deutlich, dass er sein Vorhaben noch nicht sofort umsetzen möchte. Dennoch ist er sich sicher, dass er nicht für immer in Deutschland leben will und wird. Er elaboriert „und du, [...] mich hier in deinem Heimatland, also deinem Land nicht mehr siehst.“ Aus dieser Aussage lässt sich erkennen wen er anspricht. Er richtet seine Aussagen indirekt an alle Einheimische, die ihn aufgrund seiner Herkunft verurteilen und ihre deutsche Nationalität als höherwertig ansehen. In Bezug auf seinen Orientierungsrahmen wird klar, dass die Diskriminierungserfahrungen sein Handeln bestimmen. Aufgrund dessen will er Deutschland wieder verlassen. Befragungsperson 1 findet ebenfalls klare Worte, wie er die Folgen der Diskriminierung erlebt hat. Er sagt, dass es für ihn besonders schwierig war, als er gekündigt wurde, da er ein Zeitarbeiter war. Vor allem das Gefühl nicht gebraucht zu werden belastete ihn sehr. Dazu propositioniert er „das ist schon ein ganz, ganz kritischer Fall, wie schafft man [es] sich [wieder zu] motivieren.“ Für ihn ist es besonders schwierig gewesen nach einer Enttäuschung zuversichtlich zu bleiben. Auch in der Elaboration „dass man sagt, morgen ist auch ein sonniger Tag.“ kommt zum Ausdruck, dass ihm die Perspektiven fehlten, um optimistisch zu bleiben. Er elaboriert weiter mit den Worten „[...] wenn man für alles so

kämpfen muss, das kostet Kraft und irgendwann ist man resigniert.“ Er musste sich als Migrant jeden Fortschritt erarbeiten. Obwohl er immer dafür gekämpft hat, seine Ziele zu erreichen, haben ihn die Rückschläge mit der Zeit entmutigt. Er konkludiert diesen Orientierungsgehalt mit den Worten „in dem Fall hat man den Kanal voll und sagt, es ist nicht das, was ich wollte.“ Er hat keine Motivation mehr, da er seine eigenen Erwartungen an die Migration nach Deutschland aus eigener Kraft nicht erfüllen konnte. Kurz darauf propositioniert er während der Gruppendiskussion erneut „Und darum sage ich, [es] kostet viel Kraft, weil Freunde da als Anlaufperson, dass [man] mit jemandem reden [kann], war nicht da.“ Die gesamte Situation wurde für ihn umso belastender, indem er niemanden hatte mit dem er darüber sprechen konnte. Er elaboriert „Und die Einsamkeit [...] ist brutal.“ Durch seine Wortwahl wird umso deutlicher, wie schlimm er die Tatsache, allein zu sein wahrgenommen hat. Auch die Konklusion „Wenn der Mensch nicht kommunizieren kann, wenn er Gefühle nicht ausdrücken kann“ bestätigt diesen Orientierungsgehalt noch einmal. Befragungsperson 1 ist eine eher kommunikative und gesellige Person. Er kann seine Gewohnheiten nicht ausführen, da ihm Freunde und Anlaufpersonen fehlen mit denen er sonst üblicherweise gesprochen hatte. Für ihn entsteht ein neuer konjunktiver Erfahrungsraum, da er auf sich allein gestellt ist und sich alles selbst erarbeiten muss.

### 7.1.3 Antisemitismus

Ein weiterer Aspekt, der während der Gruppendiskussion behandelt wurde, waren die Erfahrungen der Teilnehmer in Bezug auf Antisemitismus. Dazu konnte nur Befragungsperson 2 eine ausführlichere Antwort geben. Befragungspersonen 1 und 3 sind weder in ihrem Heimatland noch in Deutschland mit diesem Thema in Kontakt gekommen. Befragungsperson 2 berichtet jedoch, dass ihm bereits in seinem Heimatland vermittelt wurde, dass Juden schlechter sind als andere Menschen. Dazu propositioniert er „Wir hatten gelernt in unsere Heimat, Juden die sind, Entschuldigung, Scheiße.“ Er spricht nicht nur für sich, sondern verallgemeinert die Aussage für die Menschen in seiner Heimat. Durch die Elaboration „Das ist nicht meine Meinung, [aber] wir hatten [das] schon gelernt.“ möchte er sich selbst von der Judenfeindlichkeit abgrenzen. Durch die nächste Elaboration beginnt er zu erklären wie genau den Menschen in seiner Heimat diese Meinung eingeflüßt wird: „Das ist so, bei uns wir haben gelernt in Schule, [beim] Studieren.“ Nochmals elaboriert er „Wir haben schon gelernt, die

sind Scheiße. Ich weiß nicht, warum. Wir dürfen nicht fragen, warum, aber die haben gesagt.“ Es wird deutlich, dass es sich dabei um Volksverhetzung handelt, was in Deutschland als Straftatbestand gilt. „Und wir [...] mussten akzeptieren, weil es das war.“ elaboriert er weiter, wodurch sichtbar wird, dass in seinem Heimatland keine anderen Meinungen zugelassen werden. Er konkludiert seine Ausführungen mit dem Vergleich zu Deutschland „Aber in Deutschland, wenn man kommt in Deutschland, da ist freie Meinung, du kannst deine Meinung sagen.“ Daraufhin sagt er nochmals, dass er Juden sehr nett findet, da er bereits einige kennenlernen durfte und die antisemitische Meinung nicht vertritt. Durch seine Tätigkeit war es ihm möglich an einem Bildungstag zum Thema jüdische Religion in Prag teilzunehmen. Am Ende kam der Rabbi zu ihm, um ihm eine Kippa zu schenken. Dazu propositioniert er „er sagte: ‚Das ist für dich, weil ich habe nie gesehen einen Bürger deines Landes, [der Interesse] für [die] jüdische Religion [hatte].“ Abschließend elaboriert er „ich habe eine schöne Erfahrung gehabt und die sind nett.“ Obwohl Befragungsperson 2 in seiner schulischen Ausbildung in seinem Herkunftsland mit dem Zwang eine antisemitische Meinung anzunehmen konfrontiert wurde, konnte er sich mit dieser Haltung nie selbst identifizieren. Auch in Deutschland lebte er diese Haltung nicht aus. Seine gegenwärtige Meinung beruht auf eigenen Erfahrungen mit jüdischen Menschen, welche alle durchgehend positiv sind. In Bezug auf seinen Orientierungsrahmen wird daher deutlich, dass Befragungsperson 2 eine sehr selbständige Person ist, welche sich seine Meinung unabhängig von anderen bildet.

## 7.2 Handlungsempfehlungen

Für Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund ist es wichtig, Orientierungs- und Bildungsangebote zu bekommen, um sich qualifizieren zu können. Da einige von ihnen jedoch auch schnellstmöglich erwerbstätig werden wollen, benötigt es flexiblere Angebotsstrukturen, um Spannungsverhältnisse zu vermeiden. Für eine gelungene Willkommenskultur ist es also bedeutend, Maßnahmen für den Zugang zu Sprachkenntnissen, Ausbildung und Arbeit zu stellen. Außerdem wünschen sich Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund allgemein mehr Unterstützung, Beratung und praktische Hilfe. Daher sollten mehr Sozialarbeiter oder auch Ehrenamtliche bei Fragen und Unsicherheiten zu Verfügung stehen. Zudem fördert bereits das Wissen über das Bestehen bzw. den Ablauf von Teilhabeoptionen die Handlungsfähigkeit von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund. Neben der Bereitstellung dieser Angebote wünschen sich die Betroffenen jedoch auch mehr zwischenmenschliche Kontakte und offenere Begegnungen im

öffentlichen Raum. Dadurch sollten Grundbedürfnisse wie die soziale Teilhabe in Integrationskonzepten stärker in den Fokus gerückt werden. Politisch gesehen ist hierbei auch die Durchsetzung des Familiennachzugs ein wichtiger Punkt.

Aus der Auswertung der Gruppendiskussion ist außerdem hervorgegangen, dass die Umstände in den Aufnahmeunterkünften stark verbesserungswürdig sind – auch wenn die Befragungspersonen von ihren Erfahrungen außerhalb Magdeburgs sprachen, dürfte die Verbesserung der Unterbringungsmöglichkeiten von Geflüchteten in Magdeburg ein Thema sein. Daher sollte in den Auf- und Ausbau einiger Unterkünfte investiert werden, um bessere Lebensbedingungen und Privatsphäre sicherzustellen. Auch das Essensangebot in den Aufnahmeunterkünften muss mehr auf die Bedürfnisse der Bewohner ausgerichtet werden, da Beschwerden gegenüber der Menge, der Qualität und der Auswahl hervorgebracht wurden, gilt es diese zu prüfen. Dabei sollte gleichzeitig beachtet werden, dass die Unterbringung in Aufnahmeunterkünften so kurz wie möglich sein sollte und eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen bevorzugt werden sollte, damit der gesellschaftliche Integrationsprozess zeitnah einsetzen kann. Wenn die Bedingungen vor Ort stimmen, fühlen sich auch die Menschen wohler und willkommener.

Das Einfordern von einer besseren Willkommenskultur und von besseren Lebensbedingungen in den Aufnahmeeinrichtungen ist ein Thema, dass die Landeshauptstadt Magdeburg nicht nur von sich selbst sondern auch von anderen Kommunen und dem Land Sachsen-Anhalt einfordern muss, damit die Geflüchteten insgesamt mit einer positiveren Grundeinstellung die Herausforderung der Integration stemmen. Die Gefahr einer Selbststigmatisierung als Ausländer behindert sonst in der Folge eine gelungene Integration, wenn Geflüchtete durch die schlechteren Lebensbedingungen und der Benachteiligungserfahrung bedingt durch ihre ausländische Herkunft, sich von der deutschen Gesellschaft abgrenzen und sich selbst als Ausländer betrachten.

Ein weiteres Problem, welches Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund enorm belastet und folglich einen Negativfaktor für eine gelungene Willkommenskultur darstellt ist die Erfahrung von Diskriminierung. Aus der Auswertung der Gruppendiskussion ging beispielsweise hervor, dass die Security in den Aufnahmeunterkünften außerhalb von Magdeburgs ihre Position teilweise ausnutzt, um Bewohner gezielt verbal und körperlich zu verletzen. Diese Aussage trifft natürlich nicht grundsätzlich für alle Security-Beauftragten zu,

dennoch müssen diese Vorkommnisse durch strengere und häufigere Kontrollen eingeschränkt werden. Außerdem müssen den Bewohnern bei solchen Anliegen Ansprechpartner bekannt sein, an welche sie sich wenden können.

Angesprochen wurden außerdem fehlende Beratungs- und Therapiemöglichkeiten, da mit Diskriminierung auch eine Beeinträchtigung der mentalen Gesundheit einhergehen kann. Darüber hinaus bringen Geflüchtete aufgrund ihrer Fluchterfahrung auch traumatische Erlebnisse mit, die hier zeitnah therapiert werden sollten. Hierzu braucht es auch einen Ausbau der entsprechenden Behandlungsmöglichkeiten. Zudem sollte nichts unversucht bleiben, die deutsche Bevölkerung vermehrt für das Thema Migration und Flucht zu sensibilisieren, um Diskriminierung im öffentlichen Raum zu begegnen und ein gleichwertiges Miteinander zu fördern. Dies könnte beispielsweise über den medialen Weg stattfinden oder bei zukünftigen Generationen schon in der Schulausbildung ansetzen.

Antisemitismus ist nicht bei allen Geflüchteten oder Menschen mit Migrationshintergrund ein präsent Thema. Dennoch werden in einigen Ländern noch antisemitische Haltungen verbreitet, indem jungen Generationen gelehrt bekommen, dass keine andere Auffassung durch die Gesellschaft anerkannt wird. Dieser Neigung muss in Deutschland durch Aufklärungsarbeit oder Bildungstagen entgegengewirkt werden. Außerdem kann das Thema auch bei anderen Einführungsveranstaltungen integriert werden.

## 8 Nachbarschaftliche Integration

### 8.1 Ergebnisse der Gruppendiskussion

Im Folgenden wird die Gruppendiskussion zum Thema nachbarschaftliche Integration ausgewertet. Dazu wird zunächst das nachbarschaftliche Umfeld der Befragungspersonen beschrieben, daraufhin die Erfahrungen des Zusammenhalts in der Nachbarschaft ausgewertet. Zuletzt werden die Ausgrenzungserfahrungen innerhalb der Nachbarschaft thematisiert und die Orientierungen der Befragungspersonen verglichen. An der Gruppendiskussion nahmen drei Befragungspersonen teil.

#### 8.1.1 Nachbarschaftliches Umfeld

Als erstes wird das nachbarschaftliche Umfeld der Befragungspersonen vorgestellt. Befragungsperson 1 beginnt mit der Proposition: „Wir sind 16 Mieter in unserem Haus, wo ich wohne“ und beschreibt damit zunächst die Größe seines Hauses. Demnach wohnt er in einem Mehrfamilienhaus und kennt die Anzahl der Menschen, die bei ihm wohnen genau. Außerdem spricht er von „unserem Haus“ und zeigt damit, dass er sich in dem Mehrfamilienhaus aufgehoben fühlt. Daraufhin elaboriert er: „aber von den 16 kenne ich nur einen“ und sie „begrüßen“ sich. Er beendet den Orientierungsgehalt mit der Konklusion: „aber den Rest, also die 14, also wir kennen uns nicht.“ Damit verdeutlicht er die Anonymität in seinem Haus und dass kein direkter Austausch unter den dort lebenden Menschen stattfindet.

Des Weiteren propositioniert Befragungsperson 1, dass er in der Nachbarschaft die Erfahrungen gemacht hat, dass „die neue Generation [...] sich mit Ausländern mit schwarzen Haaren schneller [verbindet] als die alte Generation.“ Daraus ist abzuleiten, dass er gute Erfahrungen mit den jüngeren Menschen in seinem Wohnumfeld machen konnte und dadurch bessere Voraussetzungen zur nachbarschaftlichen Integration hat. Ebenfalls sagt er aus, dass die „ältere Generation“ wenig Austausch mit Menschen mit Migrationshintergrund anstrebt und Vorurteile hat, wodurch Menschen aufgrund des Aussehens ausgeschlossen werden. Auf die Nachfrage, welche Menschen in seinem Umfeld leben, propositioniert er, dass in seinem Haus „nur Studenten“ wohnen. Da Studierende größtenteils einer jüngeren Generation angehören, widerspricht der nicht vorhandene Austausch zwischen ihm und seinen Nachbarn



dem vorherigen Orientierungsgehalt. Der Orientierungsrahmen bezüglich des nachbarschaftlichen Umfelds von Befragungsperson 1 wird aus dem Miteinander innerhalb des Hauses geprägt. Durch den geringen Kontakt zu seinen Nachbarn in seinem Haus, kann er sein nachbarschaftliches Umfeld nicht genau einschätzen. Auch wird der Orientierungsrahmen von seinen Erfahrungen geprägt, die er generationsübergreifend gemacht hat, wobei er davon ausgeht, dass jüngere Menschen ein größeres Interesse an einem Austausch mit Menschen mit Migrationshintergrund haben als Ältere.

Befragungsperson 3 propositioniert zunächst ebenfalls die Gegebenheiten seines Wohnortes: „Ich wohne in [Ort]“ und führt dies weiter durch die Elaboration: „Mein Gebäude, mein Haus, [...] meine Wohnung ist [in der] zweite[n] Etage.“ Der Ausdruck „mein“ verdeutlicht, dass er sich als einen zugehörigen Teil in seiner Nachbarschaft sieht und sich dort angekommen und akzeptiert fühlt. Er lebt außerdem, wie Befragungsperson 1, in einer eigenen Wohnung. Sein nachbarschaftliches Umfeld beschreibt er mit der Proposition: „Ich habe auch schon Nachbarn, aber wir grüßen uns nur.“ Damit wird auch bei ihm ein nur gering ausgeprägter Kontakt zu seinen Nachbarn deutlich. Durch das Wort „nur“ stellt Befragungsperson 3 dar, dass er sich mehr Kontakt innerhalb des Umfelds wünscht. Weiter propositioniert er, dass es in der Nähe seiner Wohnung „zwei große Gebäude, die [...] fünf, sechs Etagen hoch [sind, gibt].“ Es gibt es weitere Häuser, in dem mehr Menschen wohnen, als in seinem Mietshaus. Auch veranschaulicht Befragungsperson 3, dass ihm das Umfeld, in dem er wohnt bekannt ist. Die Wohnstrukturen in den Häusern beschreibt er in der darauffolgenden Elaboration: „eins ist [bewohnt von] Flüchtlingen, das andere ist [bewohnt von] Deutschen, die arme Deutsche sind.“ In beiden Häuserkomplexe leben nach seiner Auffassung viele Menschen, die oftmals einen unterdurchschnittlichen sozioökonomischen Status haben. Außerdem werden die zwei Häuser zwischen Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund unterteilt, wodurch die Austausch- und Integrationsmöglichkeiten in der Nachbarschaft nicht ausgelebt werden können.

Auf die Frage, ob er mit seiner Nachbarschaft zufrieden ist, propositioniert Befragungsperson 3: „Ja. Mit den andere Ja.“, was aufzeigt, dass er mit einem Teil seines nachbarschaftlichen Umfelds nicht ausnahmslos glücklich ist. Er elaboriert weiter: „Aber mit diesem Block nicht. In einem Block es gibt so viele Radikal[e].“ Diese Aussage verdeutlicht, dass er unterschiedlich ausgeprägte Meinungen gegenüber den Bewohnern der Häuserblocks in seiner Nachbarschaft

hat. So fühlt er sich in einem Großteil seines nachbarschaftlichen Umfelds gut aufgehoben und zugehörig. Trotzdem zeigt er sich unzufrieden mit dem Block, in welchem nach seinem Eindruck die „arme[n] Deutschen“ wohnen. Außerdem fügt er in der darauffolgenden Elaboration hinzu: „Keine Ahnung, ich sollte nicht (in diesem Ton?) reden.“ Demnach fühlt er sich von den Menschen eingeschüchtert.

Der Orientierungsgehalt wird von Befragungsperson 3 mit den Worten: „Aber die anderen sind gut“ geschlossen, wodurch er einlenkend nochmals die positiven Begegnungen mit den Deutschen in den Fokus stellt und sich infolgedessen von der zuvor benannten Gruppe distanziert. Sein Orientierungsrahmen wird von den Personen geprägt, die er in seiner Nachbarschaft antrifft. So hat er sowohl positive als auch negative Begegnungen machen können und leitet folglich seine Einstellungen gegenüber den Nachbarn ab. Dadurch hat er die Sichtweise auf die Wohnblöcke ausdifferenziert, was verdeutlicht, dass Befragungsperson 3 Zuschreibungen auf Personengruppen verinnerlicht hat. Auch fühlt er sich durch einen Teil der Menschen, die in seinem Stadtteil leben, eingeschüchtert und weiß nicht genau, wie er seine Einstellung ihnen gegenüber ausdrücken soll. Andererseits ist er insgesamt zufrieden mit seinem nachbarschaftlichen Umfeld.

#### 8.1.2 Nachbarschaftliche Erfahrung von Zusammenhalt

Bezüglich der Frage, welche Erfahrungen des Zusammenhaltes die Befragungspersonen innerhalb der Nachbarschaft machen konnten, propositioniert Befragungsperson 1, dass die „Integration mit Nachbarschaft und mit Nachbarn, [...] nicht so ganz gut angeboten [wird].“ Dadurch zeigt er, dass er eigentlich ein kontaktfreudiger Mensch ist und drückt aus, dass seiner Meinung nach ein Verbesserungsbedarf des nachbarschaftlichen Zusammenhalts besteht. Er wünscht sich mehr Austausch mit seinen Nachbarn und erhofft sich neue Möglichkeiten um mit ihnen in Kontakt zu treten. Gleichzeitig wartet er auf Angebote von anderen Menschen und verhält sich passiv, da er eigene Ideen zur Förderung des Zusammenhaltes in der Nachbarschaft im Moment nicht umsetzt. Weiter elaboriert er: „von 16 kenne ich nur eine, [...] wir begrüßen [uns] [...]. Aber den Rest, also die 14, also wir kennen uns nicht“ und verdeutlicht daraufhin nochmals das weitgehend anonyme Verhältnis zu seinen Nachbarn.

Daraufhin propositioniert er, dass er „einen Flyer auch in [s]einem Briefkasten gesehen [hat], wo eine App ‚Nebenan Versammlung‘ [aufgeführt] ist.“ Befragungsperson 1 veranschaulicht,

dass in seiner Nachbarschaft ein neues Angebot zum Austausch etabliert wurde, welches in digitalisierter Form umgesetzt wird. Anschließend führt er die Umsetzung der Applikation in Form einer Elaboration weiter aus: „Man meldet sich im Internet in diesem Portal an [...] aber wir sind [...] nicht mehr als acht aktive Menschen in diesem Portal, [...] es gibt keine Bewegung, kein Leben.“ Da sich Befragungsperson 1 im Nachbarschaftsportal angemeldet hat, zeigt er sein Interesse an der Förderung des nachbarschaftlichen Austauschs. Ebenso macht er seine Enttäuschung gegenüber den Personen in seinem nachbarschaftlichen Umfeld deutlich, da sich nur eine sehr kleine Anzahl an Menschen registriert hat. Dies vermittelt er in der darauffolgenden Elaboration ebenfalls: „diese[n] Flyer [...] haben alle meine Nachbarn gekriegt und haben nicht[s] getan“ und in der abschließenden Konklusion: „also die wollen auch nicht so ganz.“

Sein Orientierungsrahmen wird einerseits aus dem Wunsch eines größeren nachbarschaftlichen Zusammenhalts gebildet. Befragungsperson 1 engagiert sich für ebendiese Förderung, ihm ist jedoch bewusst, dass Angebote geschaffen werden müssen, um den nachbarschaftlichen Zusammenhalt noch stärker zu fördern. Andererseits bildet sich sein Orientierungsrahmen aus der enttäuschenden Resonanz der Teilnahme an Angeboten des nachbarschaftlichen Zusammenhalts. Da ein Großteil seiner Nachbarschaft nicht an diesen digitalen Angeboten teilnimmt, ist er enttäuscht über die geringe Eigeninitiative der Anderen. Obwohl er sich bemüht, kommt es nicht zu neuen Kontaktmöglichkeiten und er kann die Beweggründe seiner Nachbarn nicht verstehen, da er in seiner Nachbarschaft ein weniger anonymes Verhältnis schaffen möchte.

Befragungsperson 3 macht in seinem Umfeld hinsichtlich des nachbarschaftlichen Zusammenhalts andere Erfahrungen. Er propositioniert, dass die „Integration [in] [Ort] ist schon fleißig [ist], weil [...] es [...] in [Ort] so ein kleines Fest [gibt].“ Hiermit verdeutlicht er, dass es in seinem Stadtteil Angebote gibt, um den Zusammenhalt zu fördern, diese vor allem zwanglos gestaltet sind und er dies wertschätzt. Weiter elaboriert er: „die Einladungen, die sind ganz nett und für jeden“, wobei er sowohl auf das niedrigschwellige Angebot als auch die Möglichkeiten zur Integration verweist. Des Weiteren weist er durch seinen Informationsstand auf, dass er sich von diesen Einladungen angesprochen fühlt und an der Teilnahme interessiert ist. In der darauffolgenden Proposition exemplifiziert er diese Veranstaltungen: „Zum Beispiel, die haben jedes Jahr ein Feuerwehrfest.“ Dabei wird

einerseits die Regelmäßigkeit der Veranstaltung aufgezeigt, an welcher sich die Menschen im Stadtteil orientieren können und andererseits wird darauf aufmerksam gemacht, dass noch andere Veranstaltungen im Stadtteil stattfinden. Weiter elaboriert er, dass „die Einladung für jeden ist und jeder konnte dahingehen [...] auch zwei, drei Angebote [gibt es] da.“ Die Wiederholung bezüglich der inkludierenden Einladungen zeigt, dass Befragungsperson 3 einen positiven Eindruck von den Veranstaltungen zur Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts hat und keine Ausgrenzung stattfindet. Durch die Teilnahme an den Veranstaltungen, werden der nachbarschaftliche Austausch durch den Kontakt mit Menschen im Stadtteil sowie seine Möglichkeiten der Integration unterstützt. Er konkludiert die Erfahrung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts mit den Worten: „aber als Freundschaft, nein, aber für diese Situation [in] [Ort] [...] die sind fleißig.“ Befragungsperson 3 sieht den Zusammenhalt in der Nachbarschaft durch die Veranstaltungen gefördert, jedoch verdeutlicht er ebenso, dass er keine neuen Freundschaften daraus schließen konnte. Außerdem wird die Arbeit der Nachbarn, welche die Veranstaltung planen und die daraus resultierenden positiven Auswirkungen auf die Nachbarschaft von ihm wertgeschätzt.

In der darauffolgenden Proposition führt er ein weiteres Beispiel für eine Veranstaltung in seiner Nachbarschaft auf: „In der Schule in [Ort], [...] die machen auch drinnen einmal im Jahr [eine] richtige Party“ und stellt dar, dass er außerdem über andere Möglichkeiten des Treffens innerhalb der Nachbarschaft informiert ist und daran teilnimmt. Des Weiteren scheinen sie seinen Vorstellungen einer Feier zu erfüllen. Daraufhin elaboriert er, dass „diese Einladung und dieses Angebot [...] für jeden [ist].“ Ihm gefällt die Offenheit gegenüber aller Menschen innerhalb der Veranstaltungen.

Befragungsperson 3 konkludiert den Orientierungsgehalt mit den Worten: „Ich weiß nicht, ob die Stadt [das] macht [...] oder nur [Ort] [das macht]. Durch diese Aussage zeigt sich, dass er lediglich Erfahrungen über die Veranstaltungen innerhalb seines nachbarschaftlichen Umfelds sammeln konnte und ebendiese in anderen Teilen der Stadt noch nicht kennt. Sein Orientierungsrahmen bildet sich unter anderem aus dem Angebot, welches durch die Nachbarn innerhalb seines Stadtteils geschaffen wird und den infolgedessen entstehenden interkulturellen Austausch. Dadurch wird sein Verständnis der Zugehörigkeit innerhalb seines Stadtteils positiv geprägt und er bemerkt einen positiven Austausch durch die Möglichkeit der

Kommunikation. Trotz des Angebots konnte er keine neuen Freundschaften schließen, wodurch deutlich wird, dass Befragungsperson 3 ebendiese engere Kontaktaufnahme sucht.

### 8.1.3 Ausgrenzungserfahrung in der Nachbarschaft

Die Frage, ob die Befragungspersonen innerhalb der Nachbarschaft Ausgrenzungserfahrungen gemacht haben, beantwortet Befragungsperson 1 in Form der Proposition: „Nein. Nein. Nein.“ und ergänzt dies nach weiterer Nachfrage mit den Worten: „Bei uns nicht.“ Demzufolge hat er in seinem nachbarschaftlichen Umfeld noch keine Ausgrenzungserfahrung erlebt. Sein Orientierungsrahmen wird durch den geringen Kontakt zu seinen Nachbarn geprägt, da weder Möglichkeiten der Integration und des Austauschs, noch Raum für Ausgrenzung geschaffen wird. Des Weiteren zeigt sich beispielsweise durch die Pluralisierung „bei uns nicht“, dass Befragungsperson 1 sich heimisch in seiner Nachbarschaft fühlt und schon in anderen Umgebungen Ausgrenzung beobachten konnte.

Befragungsperson 3 propositioniert seine Ausgrenzungserfahrungen mit den Worten: „Ich möchte schöne Sachen, schöne Klamotten kaufen, ich habe ein Parfum zuhause.“ Dadurch verdeutlicht er, dass er Wert auf ein gepflegtes Aussehen legt. Durch die Erwähnung des Parfums exemplifiziert er die „schönen Sachen“, die er sich ermöglicht. Daraufhin führt er den Orientierungsgehalt bezüglich der Ausgrenzungserfahrungen in Form einer Elaboration weiter aus: „ich fahre immer Straßenbahn, einer hat [zu mir gesagt]: ‚Wo hast du [das] gekauft [...]?’ Hat er mich gefragt, [er hat] gefragt: ‚Was ist dein Parfum?’“ Befragungsperson 3 ist verwundert über die direkte Ansprache seines Parfums, da dies keine übliche Frage von fremden Personen darstellt. Des Weiteren kann er sich genau an den Wortlaut der Aussage erinnern, was veranschaulicht, dass dies ein einprägsames Erlebnis für ihn darstellte. Er elaboriert den Verlauf des Gespräches weiter: „Ich konnte [ihm das Parfum] empfehlen: ‚Das kannst du [...] von [Supermarkt] [kaufen], das hat xy-Preis.“ Da er sich sowohl an den genauen Preis als auch an den Ort des Kaufes erinnert, unterstreicht Befragungsperson 3, wie wertvoll dieses Parfum für ihn ist. Es wird deutlich, dass er die Aussage der fremden Person zunächst nicht als eine Anfeindung versteht und durch die Beantwortung der Frage unterstützend helfen will. Weiter elaboriert er: „Er [hat] gefragt: ‚Von wem [...] hast [du das]?’ und dann hatte [er] zu einem Freund gesagt: ‚Er kriegt Hartz-IV-Geld und er kauft ein Parfum dafür.““ Befragungsperson 3 ist einer rassistischen Feindseligkeit in einer Alltagssituation ausgesetzt und ihm wird außerdem kein Raum gegeben sich dazu zu äußern. Des Weiteren geht die

fremde Person davon aus, dass Befragungsperson 3 monetäre Unterstützung vom Staat erhält, ohne dass dies vorher im Gespräch ersichtlich wird und gibt dadurch eine negativ behaftete Zuschreibung gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund preis.

„So viele Situationen [...] habe [ich] gesehen“, konkludiert er abschließend, wodurch er darstellt, dass diese Situation nicht die einzige war, in welcher er Alltagsrassismus ausgesetzt war. Diese Auseinandersetzungen stellen eine hohe psychische Belastung für ihn dar und er wird aufgrund seiner Herkunft herabwürdigend behandelt. Ebenso betont er, dass nicht nur ihm solche Umstände geschehen, sondern auch anderen Menschen mit Migrationshintergrund in seinem nachbarschaftlichen Umfeld. Anschließend führt er eine weitere Situation aus, in welcher er Ausgrenzung erfahren hat. Er habe eine Unterhaltung mit einer jugendlichen Person in seiner Nachbarschaft geführt und propositioniert: „Er hat ein bisschen mit [mir] gesprochen.“ Die jugendliche Person hat demnach das Gespräch mit ihm gesucht und war offen für einen Austausch. Er führt den Verlauf des Gespräches in der darauffolgenden Elaboration fort: „[Er] hat gesagt: Ja, du bist gut, aber zu Hause, mein Papa ist gegen Ausländer [...] er hat gesagt, Ausländer kriegen hier Geld, das, das, das.“ Befragungsperson 3 wird durch diese Aussage mit Vorurteilen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund konfrontiert, die eine psychische Belastung für ihn darstellen. Er konkludiert das Gespräch daraufhin: „Ich habe gesagt: ‚Ja, was soll ich sagen?‘“ und zeigt, dass ihm die Worte angesichts dieser Zuschreibungen fehlen. Sein Orientierungsrahmen weist das Interesse an Gesprächen und Diskussionen auf. Andererseits ist ihm bewusst, dass er nichts für seine Umstände kann und kein schlechtes Gewissen haben muss. Auch hat er kein Verständnis für Ausländerfeindlichkeit und die Vorurteile, die ihm gemacht werden, selbst wenn er dies nicht als schlagfertige Reaktion in Worte fassen kann.

#### 8.1.4 Einordnung der Gruppendiskussionsergebnisse

Durch die Auswertung der Gruppendiskussion können verschiedene Erfahrungen mit nachbarschaftlicher Integration der Befragungspersonen dargelegt werden. Sowohl Befragungsperson 1 als auch Befragungsperson 2 wohnen in eigenen Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Ebenso haben beide nur geringen Kontakt zu den Bewohnern ihres Hauses. Im Gegensatz zu Befragungsperson 1, geht Befragungsperson 3 genauer auf das nachbarschaftliche Umfeld innerhalb seines Stadtteils ein. So beschreibt er, dass sowohl ein Häuserblock größtenteils von Menschen mit Migrationshintergrund als auch ein Häuserblock

größtenteils von Menschen ohne Migrationshintergrund und geringem sozioökonomischen Status bewohnt wird und Auseinandersetzungen oftmals von dem zweiten genannten Block ausgehen. Dadurch zeigt sich, dass in seinem Stadtteil die Integrationsmaßnahmen durch diese Abtrennung noch nicht stark ausgeprägt sind.

Sein Orientierungsrahmen ist sowohl von den positiven als auch von den negativen Erfahrungen in der Nachbarschaft geprägt, wobei dies unter anderem bei den sehr vorsichtigen Äußerungen gegenüber den deutschen Nachbarn auffällt. Trotzdem sind beide Befragungspersonen mit dem nachbarschaftlichen Umfeld in ihrem Stadtteil größtenteils zufrieden. Genauso konnten beide unterschiedliche Erfahrungen bezüglich des nachbarschaftlichen Zusammenhalts machen.

Der Orientierungsrahmen von Befragungsperson 1 ist zunächst negativ bezüglich des Zusammenhalts geprägt, da seine Nachbarn sich nicht in den Maßen engagieren, wie er es sich erhofft. Obwohl er versucht, die nachbarschaftliche Integration zu fördern, erhält dies nicht den erwünschten Zuspruch. Im Gegensatz dazu hat Befragungsperson 3 positive Erfahrungen mit dem Zusammenhalt in der Nachbarschaft gemacht. Da in dem Stadtteil, in dem er wohnt, regelmäßige Feierlichkeiten für alle Bewohner stattfinden, fühlt er sich in seinem Stadtteil integriert.

Die Orientierungsrahmen von Befragungsperson 1 und Befragungsperson 3 sind durch die individuellen Erfahrungen des nachbarschaftlichen Zusammenhaltes gegensätzlich geprägt. Ebenso sind die Ausgrenzungserfahrungen im nachbarschaftlichen Umfeld der Befragungspersonen verschieden. Während Befragungsperson 1 keine negativen Erfahrungen gemacht hat, berichtet Befragungsperson 3 von mehreren rassistischen Vorfällen, welche er in seinem Stadtteil gemacht hat und die eine psychische Belastung für ihn darstellen.

## 8.2 Handlungsempfehlungen

Da in der Diskussion die physische Unterteilung in Wohnblöcke von Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund angesprochen wurde, sollte die nachbarschaftliche Integration untereinander gefördert werden. In ebendiesem Stadtteil treten außerdem vermehrt migrationsbezogene diskriminierende Vorfälle und Feindseligkeit auf, wodurch deutlich wird, dass eine interkulturelle Annäherung innerhalb der Nachbarschaft noch nicht stattgefunden hat. Um dies umzusetzen könnten interkulturelle Veranstaltungen geschaffen

werden, welche für alle Altersgruppen zugänglich sind. Dabei kann der Fokus beispielsweise auf das gemeinsame Gestalten der Nachbarschaft liegen, beispielsweise im Rahmen von Straßenfesten, Filmvorführungen oder Veranstaltungsreihen, und eine Grundlage des Austauschs miteinander geschaffen werden.

Ebenso könnten Freizeitmöglichkeiten, wie Jugendclubs oder für Teilnehmer kostenlose Sportangebote etabliert werden, um Kinder und Jugendliche innerhalb der Häuserblöcke zusammenzubringen. Auch stadtteilinterne Bündnisse können zur Förderung der nachbarschaftlichen Integration beitragen. Regelmäßig stattfindende Treffen können dann dazu führen, dass die Bewohner des Stadtteils sich einerseits durch Veränderungsvorschläge oder neuen Ideen für die Gestaltung ebendieser einsetzen können. Andererseits können diese Treffen das Miteinander in der Nachbarschaft fördern und somit Vorurteile abbauen.

Das aktive Einbeziehen der Ideen der Bürger kann langfristig dazu führen, dass die Beteiligung an den Aktionen erhöht wird. Außerdem können öffentliche, zwanglose Treffpunkte im Stadtteil, wie Sprach- oder Willkommenscafés, Menschen zusammenführen. Dadurch wird ihnen die Möglichkeit gegeben, sich auszutauschen und Sprachbarrieren abzubauen.

Wichtig ist außerdem, dass die Angebote niedrigschwellig aufgebaut sein sollten, sodass beispielsweise Menschen jeder Altersklasse und Menschen mit geringen Sprachkenntnissen teilhaben können. Um den Integrationsprozess in der Nachbarschaft weiter voranzubringen, sollte außerdem ein Raum für Gespräche geschaffen werden. Zum Beispiel können durch Vorträge oder Podiumsdiskussionen nachbarschaftliche Diskussionsräume geschaffen werden. Diese sensiblen Thematiken sollten zudem an Schulen und in Ausbildungsstätten bearbeitet werden, wie in Workshops oder Anti-Rassismus-Trainings.

Des Weiteren kann die nachbarschaftliche Integration durch interkulturellen Wohnraum gefördert werden. In der Gruppendiskussion wird von der Trennung von deutschen Bürgern und Menschen mit Migrationshintergrund in zwei separate Häuserblocks gesprochen, was eine Annäherung der Menschen nicht ermöglicht. Außerdem bewirkt diese Ausgrenzung, dass vielen Menschen mit Migrationshintergrund der Kontakt zu neuen Menschen erschwert wird und dadurch beispielsweise kulturelle und sprachliche Barrieren nicht abgebaut werden können. Gleichzeitig können durch den Abstand Vorurteile und Konflikte zwischen unterschiedlichen Nationalitäten entstehen. Daraus kann geschlossen werden, dass Menschen mit Migrationshintergrund auch zusammen mit und unter Menschen ohne



Migrationshintergrund leben müssen, um die Integration in der Nachbarschaft voranzubringen.

Aus der Gruppendiskussion konnte entnommen werden, dass die Öffentlichkeitsarbeit in einigen Stadtteilen bereits sehr gut ausgebaut ist, in anderen dagegen nahezu gar nicht vorhanden. Daraus ist abzuleiten, dass in einigen Teilen der Stadt ein größerer Wert auf Öffentlichkeitsarbeit gelegt werden muss, sodass sich möglichst viele Bewohner in den Stadtteilen angesprochen fühlen und an den Veranstaltungen in den Nachbarschaften teilnehmen können. Dies sollte neben den sozialen Netzwerken auch durch Flyer und Poster in der Stadt umgesetzt werden sowie in unterschiedlichen Sprachen und niedrigschwellig verfasst sein. Des Weiteren kann Öffentlichkeitsarbeit auch stadtteilübergreifend stattfinden und dadurch mehr Menschen ansprechen, um die Identifikation zu stärken, Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen und den Zusammenhalt zu fördern.

## Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

Das Ziel der vorliegenden qualitativen Studie war es, das handlungsleitende Alltagswissen von Menschen mit Migrationshintergrund<sup>1</sup> aus Magdeburg zu rekonstruieren. Hierfür wurden mehrere Gruppendiskussionen, welche verschiedene Lebenslagen der Teilnehmer thematisierten, mit Hilfe der dokumentarischen Methode ausgewertet. Durch diese Analyse konnte das handlungsleitende (Erfahrungs-)Wissen und die Orientierungen der Menschen mit Migrationshintergrund herausgearbeitet und Handlungsempfehlungen abgeleitet werden. Die Ergebnisse der Untersuchung lassen Einblicke in das Leben der Menschen mit Migrationshintergrund zu. Verallgemeinerungen sind jedoch nicht möglich.

Aus der Auswertung der Gruppendiskussion zum Thema **Spracherwerb** wurde so z.B. geschlossen, dass die Veranstaltungsorte für Sprachkurse gleichmäßiger auf die Stadtteile Magdeburgs verteilt und die öffentliche Anbindung an den Nahverkehr bei der Auswahl stärker bedacht werden sollte. Außerdem erweist sich eine ethnisch heterogene Zusammensetzung hinsichtlich der Muttersprache der Teilnehmer als erfolgsversprechend. Auch vorhandene sprachliche Kompetenzen und Lernerwartungen sollten unbedingt beachtet werden, da der Spracherwerb so individuell am besten gefördert werden kann. Hierfür sollte eine Teilnehmerzahl von 15-20 Personen pro Sprachkurs nicht überschritten werden, da eine zu große Gruppe als nicht lernförderlich eingeschätzt wird. Aus der Auswertung der Gruppendiskussion ging außerdem hervor, dass die Qualität der Sprachkurse geprüft und gesichert werden sollte, indem die Lehrkräfte unter anderem an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, um auf die didaktischen Tätigkeiten und die zielgruppenspezifischen Besonderheiten vorbereitet zu werden. Zudem sollte sich die Gestaltung des Sprachunterrichtes an alltagsrelevanten Thematiken, wie zum Beispiel der gesundheitlichen Versorgung, Hauswirtschaft, (schulische) Ausbildung und Arbeitsmarkt etc. anlehnen. Den Aussagen der Diskussionsteilnehmer zur Folge dauern die Wartezeiten in Bezug auf die Auswertung von Sprachtests und -prüfungen oftmals zu lange an. Dadurch werden Menschen mit Migrationshintergrund teilweise an dem Erreichen eines höheren Sprachniveaus gehindert, da die Teilnahme an einem fortführenden Sprachkurs, an eine Ausbildung oder an eine Arbeitstätigkeit ohne Prüfungsergebnis nicht möglich ist. Darüber hinaus sind die Prüfungsbedingungen zu verbessern. In einem Fall wurde einem Teilnehmer eines Sprachtests für das Fehlverhalten anderer Teilnehmer die geleistete Prüfung nicht anerkannt und entsprechende Behörden in Kenntnis gesetzt. Diese Möglichkeit steht in der betreffenden Prüfungsordnung. Diese Ungerechtigkeit muss beendet werden. Neben dem Aufbau von Sprachkenntnissen durch

---

<sup>1</sup> Siehe Kapitel 4 für eine Begriffsbestimmung.

Sprachkurse, wünschen sich Menschen mit Migrationshintergrund außerdem vermehrt Möglichkeiten und Veranstaltungen, um mit Einheimischen in Austausch zu treten und so ihre Alltagssprache verbessern zu können. Dadurch würde sich auch die gesellschaftliche Teilhabe und Integration verbessern.

Auch in Bezug auf die **Arbeitsmarktintegration** sind Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland einigen Hürden ausgesetzt. In Bezug auf den Abbau dieser Barrieren spielt auch hier die Sprachförderung eine wichtige Rolle, da damit erhöhte Erfolgchancen am deutschen Arbeitsmarkt verbunden sind. Aus der Auswertung der Gruppendiskussion zu Arbeitsmarktintegration ging hervor, dass sich für einige Menschen mit Migrationshintergrund der Zugang zur sprachlichen Aus- oder Weiterbildung eher schwierig gestaltet, auch in finanzieller Hinsicht. Dennoch werden von nahezu allen Arbeitgebern Sprachkenntnisse als essentiell bewertet und hinsichtlich einer Bewerbung bzw. Einstellung als Voraussetzung angesehen. Daher sollten die Rahmenbedingungen angepasst werden und ein Zugang zur Sprachförderung für alle Menschen mit Migrationshintergrund gleichwertig möglich sein. Insbesondere wurde während der Gruppendiskussion auch die sprachliche Frühförderung von Asylsuchenden angesprochen. Des Weiteren wirken auch Zeitarbeitsfirmen der nachhaltigen Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund enorm entgegen. Daher sollte die Abhängigkeit in Bezug auf diese Firmen verringert werden, indem die Arbeitnehmer aus den unterschiedlichsten Herkunftsländern über ihre Rechte und Pflichten aufgeklärt werden sollten und die Beratungs- und Betreuungskonzepte in dieser Hinsicht ausgebaut werden sollte. Hier kommt insbesondere den Arbeitsämtern und den Jobcentern eine besondere Rolle zu, da fachlich fundierte Unterstützung benötigt wird. Da die Zeitarbeitsfirmen ihren Angestellten zudem größtenteils unmenschliche Bedingungen bieten, sollte an dieser Stelle gezielt die Einhaltung des Arbeitsrechts, Arbeitsschutzgesetzes etc. überprüft werden. Insgesamt sollte die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland ausgebaut werden und speziell auch an der Verbesserung der Bewilligungs- und Informationspraxis der Behörden (u.a. Ausländeramt, Arbeitsamt) gearbeitet werden, um beispielsweise das Anerkennen von Abschlüssen zu vereinfachen, welche im Ausland erworben wurden. Darüber hinaus sollten Arbeitsbedingungen/-möglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund unabhängig von ihrem Aufenthaltsrecht verbessert werden. Hierzu gehört auch insbesondere der Ausbau kommunaler Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit einem ungesicherten Aufenthaltsstatus, die dadurch sich gesellschaftlich einbringen können.

Auch bei der Auswertung der Gruppendiskussion zum Thema **Staatsbürgerschaft** konnten einige Handlungsempfehlungen abgeleitet werden. Dazu zählen z.B. die Aufklärung und das Anbieten von Bildungsmöglichkeiten für Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund bezüglich des Einbürgerungsprozesses. Insbesondere die Voraussetzungen für den Erhalt der deutschen

Staatsbürgerschaft und die Differenzierung der verschiedenen Aufenthaltsstature sollten durch kostenlose und niedrigschwellig angesetzte Kurse verständlicher gemacht werden, indem sie im besten Fall auch mehrsprachig angeboten werden. Zur Informationsvermittlung könnten dabei auch bereits bestehende Angebote und Veranstaltungen, wie Integrationskurse genutzt werden. Auch auf migrationspolitischer Ebene besteht Handlungsbedarf, da sich der Einbürgerungsprozess nicht für alle Ausländer gleich gerecht gestaltet. Es bestehen gegenwärtig Unterschiede und nicht alle Ausländer haben die gleichen rechtlichen Grundvoraussetzungen. Bürger der EU und der Schweiz dürfen ihre Staatsangehörigkeit im Vergleich zu Menschen anderer Staatsangehörigkeiten beispielsweise behalten. Das stößt bei den Benachteiligten auf Unverständnis und zieht teilweise psychosoziale Belastungen nach sich, da der Verlust der eigenen Staatsangehörigkeit auch mit dem Verlust der Rechte im Herkunftsland verbunden ist – abhängig vom Herkunftsland. Hinzu kommen gesellschaftliche Vorurteile, welche sich gegen Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund richten. Daher sollte der interkulturelle Austausch durch Begegnungsstätten und Informationsveranstaltungen gefördert werden, um diese gesellschaftlichen Vorurteile abzubauen. Außerdem sollten Aufklärungskampagnen entwickelt werden, um für das Thema Migration zu sensibilisieren. Andererseits kann dadurch auch ein Bekenntnis zur freiheitlichen Demokratie stärker gefördert werden.

Um die **gesellschaftliche Teilhabe** von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern ist es den Aussagen der Diskussionsteilnehmer zur Folge bedeutsam, die Strukturen des freiwilligen Engagements zu fördern bzw. auszubauen. In Verbindung dazu spielt auch die Erweiterung der Öffentlichkeitsarbeit für diese Angebote eine wichtige Rolle, um noch nicht partizipierende Menschen anzusprechen und den bereits Beteiligten mehr Möglichkeiten aufzuzeigen. Zusätzlich sollten die Veranstaltungen für freiwilliges Engagement niedrigschwellig und frei zugänglich sein. Außerdem sollte den Menschen mit Migrationshintergrund aufgezeigt werden, wie sie sich selbst freiwillig engagieren können. Dabei gilt auch die Ausbildung von Menschen mit Migrationshintergrund zu Multiplikatoren als ein vielversprechender Ansatz, da so Sprachbarrieren übergangen werden können. Neben Multiplikatoren erweist sich auch die Ausbildung von sogenannten Buddies als erfolgsversprechend. Ein Buddy unterstützt diejenigen, die beispielsweise Hilfe bei bürokratischen Angelegenheiten (Vereinsgründungen, Finanzpläne) etc. benötigen. Zuletzt kann die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund nachhaltig verbessert werden, indem die Kommunikation zwischen den Organisatoren der Strukturen des freiwilligen Engagements und der kommunalen Ebene angeregt und verbessert werden. Dazu könnten regelmäßige Treffen zum Austausch von Bedürfnissen und Veränderungsvorschläge mit beteiligten Vereinen, Menschen aus MSO's, Verbänden und Projekten stattfinden. Beispielsweise könnte eine Vernetzung von Kirchen, Moscheen, Synagogen, Vereinen untereinander und auch zu den kommunalen Akteuren

(Bürgermeister, kommunale Spitzenpolitiker und Beamte) verbessert werden, indem regelmäßige Treffen - mindestens jährlich - öffentlichkeitswirksam durchgeführt werden. Bei diesen Treffen sollten sowohl Informationen und Herausforderungen herausgearbeitet und angegangen werden als auch funktionierende Netzwerke etabliert werden. Dadurch könnte auch die Landeshauptstadt Magdeburg ein Zeichen für Vielfalt, Partizipation und Demokratie setzen.

Aus der Gruppendiskussion zum Thema **Willkommenskultur, Diskriminierung und Antisemitismus** wurde primär deutlich, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund willkommener fühlen, wenn ihnen Maßnahmen für den Zugang zu Sprachkenntnissen, (schulischer, beruflicher) Ausbildung und Arbeit bereitgestellt werden. Insgesamt äußerten die Teilnehmer den Wunsch nach mehr Unterstützung, Beratung und praktischer Hilfe. Daher sollte sich auch der Zugang zu Sozialarbeitern oder Ehrenamtlichen für Menschen mit Migrationshintergrund leichter gestalten, indem ihnen nach ihrer Ankunft Anlaufstellen genannt werden. Ähnlich wie bei der Gruppendiskussion zur gesellschaftlichen Teilhabe wurde auch zum Thema Willkommenskultur, Diskriminierung und Antisemitismus deutlich, dass Grundbedürfnisse, wie die soziale Teilhabe, in Integrationskonzepten stärker in den Fokus gerückt werden sollten. Politisch gesehen ist hier auch die Durchsetzung des Familiennachzugs ein bedeutender Punkt, da einigen Menschen mit Migrationshintergrund Bezugspersonen fehlen. Ungemein wichtig und dringend notwendig ist außerdem die Überprüfung und die Verbesserung der Umstände in den Aufnahmeunterkünften für Geflüchtete. Die Diskussionsteilnehmer äußerten, sich in ihrer Privatsphäre eingeschränkt zu fühlen, da nicht genügend Platz geboten wurde – dies betraf Einrichtungen außerhalb Magdeburgs. Es sollte in den Neuaufbau bzw. Ausbau von dezentralen Aufnahmeunterkünften investiert werden – da Migration und Integration eine Daueraufgabe ist. Leider wurden einige Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland mit diskriminierendem Verhalten konfrontiert. Darunter auch in den Aufnahmeunterkünften, indem die Security-Beauftragten verbale und körperliche Gewalt gegen die Bewohner richteten. In solchen Fällen müssen den Betroffenen Anlaufstellen und Ansprechpartner bekannt sein, an welche sie sich wenden können, um diese Problematik anzusprechen und überwinden zu können. Des Weiteren muss auch die Security selbst, stärkeren Kontrollen unterzogen werden, um Fehlverhalten von vornherein vermeiden zu können. Die Unterbringung in zentrale Aufnahmeunterkünften für Geflüchtete ist gleichzeitig so kurz wie möglich zu organisieren und eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen vorzuziehen, damit eine ethnische Konzentration von Menschen mit ungeklärten Perspektiven auf engen Raum unter staatlicher, kommunaler Kontrolle eine Ausnahme bleibt. Dadurch kann das Zusammenleben deutlich verbessert werden, weil die Kontaktmöglichkeiten zu den Einheimischen verbessert werden, im Alltag die deutsche Sprache mit den Einheimischen praktiziert wird und durch die soziale Mischung eine bessere gesellschaftliche Balance erreicht wird. Die Teilnehmer der Gruppendiskussion berichteten von dem teilweise

diskriminierendes Verhalten der deutschen Gesellschaft gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund. Hierfür fehlen Beratungs- und Therapiemöglichkeiten, welche dringend eingerichtet oder zugänglicher gemacht werden sollten, um die Folgen von Diskriminierung einzudämmen. Außerdem ist es enorm wichtig die deutsche Bevölkerung weiterhin und andauernd für das Thema Migration und Flucht zu sensibilisieren. Dies könnte beispielsweise auch vermehrt über den medialen Weg erfolgen oder bei zukünftigen Generationen schon in der Schulausbildung anzusetzen, um beispielsweise Deutschland als Einwanderungsland zu skizzieren und das Bekenntnis zur freiheitlichen Demokratie gestärkt werden. Aber auch durch Gesprächsrunden mit der Bevölkerung ist zu informieren, aufzuklären und für Offenheit, Toleranz und Solidarität zu werben. Aus der Gruppendiskussion kam außerdem zum Ausdruck, dass in einigen Herkunftsländern von Menschen mit Migrationshintergrund noch antisemitische Haltungen verbreitet werden. Auch in Deutschland ist Antisemitismus ein präsent Thema, welchem entgegengewirkt werden muss. Daher sollte verstärkt Aufklärungsarbeit geleistet und Bildungstage organisiert werden. Des Weiteren könnte diese Problematik auch bei Einführungsveranstaltungen und Integrationskursen thematisch aufgegriffen werden.

Die letzte Gruppendiskussion befasste sich mit der **nachbarschaftlichen Integration** von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Aus den Aussagen der Teilnehmer konnte abgeleitet werden, dass mehr Veranstaltungen und Aktionen benötigt werden, um die Integration in die Nachbarschaft zu stärken und zu festigen. Diese Veranstaltungen und Aktionen könnten im Rahmen von Straßenfesten oder Veranstaltungsreihen stattfinden und sich beispielsweise auf die Vorstellung der unterschiedlichen Kulturen, aber auch auf das gelungene Zusammenleben fokussieren. Zudem ist es wichtig einen niedrigschwelligen Zugang zu schaffen, welcher auch alle Altersgruppen anspricht. Wichtig ist auch stadtteilübergreifend auf die Veranstaltungen aufmerksam zu machen. Auch Freizeitmöglichkeiten, wie Jugendclubs oder kostenlose Sportangebote sollten verstärkt auf die Zusammenführung von Menschen ohne und Menschen mit Migrationshintergrund ausgerichtet sein. Durch öffentlich zugängliche Vorträge und Podiumsdiskussionen könnte außerdem Platz zum Austausch geschaffen werden, um Vorurteile gegen Menschen mit Migrationshintergrund abzubauen und so eine nachbarschaftliche Integration zu fördern. Außerdem sollte diese sensible Problematik auch an Schulen und Ausbildungsstätten thematisiert werden und dabei an Workshops oder Anti-Rassismus-Trainings Anlehnung finden. Eine der wichtigsten Handlungsempfehlungen, um die nachbarschaftliche Integration zu stärken, betrifft jedoch die Erweiterung von interkulturellen Wohnraum. In sehr vielen Städten wohnt ein Teil der Menschen mit Migrationshintergrund separat zu den Einheimischen, wodurch eine nachbarschaftliche Integration nahezu kaum stattfinden kann.

## Literaturverzeichnis

- Baur, Nina; Blasius, Jörg (Hrsg.) (2014): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Bohnsack, Ralf (2012): Orientierungsschemata, Orientierungsrahmen und Habitus. In: Karin Schittenhelm (Hrsg.): Qualitative Bildungs- und Arbeitsmarktforschung, Bd. 17. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 119–153.
- Döring, Nicola; Bortz, Jürgen (2016): Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften. Unter Mitarbeit von Sandra Pöschl-Günther. 5. vollständig überarbeitete, aktualisierte und erweiterte Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer (Springer-Lehrbuch). Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-642-41089-5>.
- Flick, Uwe; Kardorff, Ernst von; Steinke, Ines (Hrsg.) (2017): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 12. Auflage, Originalausgabe. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt's Enzyklopädie im Rowohlt Taschenbuch Verlag (Rororo Rowohlt's Enzyklopädie, 55628).
- Kleemann, Frank; Krähnke, Uwe; Matuschek, Ingo (2013): Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung in die Praxis des Interpretierens. 2., korrigierte und aktualisierte Aufl. Wiesbaden: Springer VS. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-93448-8>.
- Mey, Günter; Mruck, Katja (Hrsg.) (2010): Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nohl, Arnd-Michael (2009): Interview und dokumentarische Methode. Anleitungen für die Forschungspraxis. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden (Qualitative Sozialforschung, Bd. 16). Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-91539-5>.
- Przyborski, Aglaja (2004): Gesprächsanalyse und dokumentarische Methode. Qualitative Auswertung von Gesprächen, Gruppendiskussionen und anderen Diskursen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90347-7>.
- Przyborski, Aglaja; Riegler, Julia (2010): Gruppendiskussion und Fokusgruppe. In: Günter Mey und Katja Mruck (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 436–448.
- Reichertz, Jo (2016): Prämissen und Probleme der qualitativen Sozialforschung. In: Jo Reichertz (Hrsg.): Qualitative und interpretative Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 41–124.

Reichertz, Jo (Hrsg.) (2016): Qualitative und interpretative Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Vogl, Susanne (2014): Gruppendiskussion. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, Bd. 98. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 581–586.



